



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„DIE UKRAINE AUF DEM WEG ZUR EUROPÄISCHEN INTEGRATION:
ANALYSE DER PROBLEME UND PERSPEKTIVEN DES BEITRITTS DER
UKRAINE ZUR EUROPÄISCHEN UNION AUS UKRAINISCHER SICHT“

verfasst von / submitted by

Oksana Gnatenko

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale
Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Ass.-Prof. Dr. Eva-Maria Muschik, B.A.
M.A.

Ich bin meinen Eltern sehr dankbar, weil sie meine Entscheidungen, meine Pläne und meine Träume unterstützen und weil sie mir an erster Stelle mein Studium überhaupt ermöglicht haben.

Inhalt

1. Einleitung.....	5
1.1. Problemstellung.....	5
1.2. Forschungsfragen	6
2. Theoretischer Ansatz	7
2.1. Definition, Arten und Ursachen des Euroskeptizismus.....	7
2.2. Europaskepsis auf der Ebene der Eliten und der Massen	9
2.3. Populismus.....	10
2.4. Theoretischer Rahmen	12
3. Methodisches Vorgehen.....	13
3.1. Forschungsdesign und -strategie	13
4. Analyse.....	17
4.1. Analyse der Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union im Zeitraum 1991-2000	17
4.1.1. Die Geburtsstunde der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine	17
4.1.2. Die öffentliche Meinung im Zeitraum 1991-2000. Historischer Hintergrund	23
4.2. Analyse der Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union im Zeitraum 2000-2003	26
4.2.1. "Verlorene Zeit"	26
4.2.2. Die öffentliche Meinung im Zeitraum 2000-2003. Die Zwei-Vektoren-Natur der ukrainischen Gesellschaft.....	30
4.3. Analyse der Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union im Zeitraum 2004-2013	32
4.3.1. "Verhandlungszeitraum" oder "Zeit der nicht realisierten Chancen"	32
4.3.2. Die öffentliche Meinung nach der Orangen Revolution von 2004-2013: Neue Trends in der öffentlichen Meinung über den europäischen Integrationskurs der Ukraine	40
4.4. Analyse der Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union im Zeitraum 2014-2022	45
4.4.1. Die neueste Etappe.....	45
4.4.2. Die öffentliche Meinung im Zeitraum 2014-2022. Das Bewusstsein der ukrainischen Gesellschaft für die Notwendigkeit der Integration	52
5. Schlussfolgerungen	58
5.1. Resümee.....	58
5.2. Ausblick.....	62
6. Quellenverzeichnis	65
6.1. Literatur	65
6.2. Primärquellen und Medienberichte	73
7. Abstract	75
7.1. Abstract – Deutsch	75
7.2. Abstract - Englisch	76

Abkürzungsverzeichnis

bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
DGAP	Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
FTA	Freihandelszone(n)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GWR	Gemeinsame Wirtschaftsraum
IRI	International Republican Institute
KGB	Komitee für Staatssicherheit
KPU	Kommunistische Partei der Ukraine
MOE-Staaten	Mittel- und Osteuropäische Staaten
NATO	North Atlantic Treaty Association
NISS	Nationales Institut für Strategische Studien
Nr.	Nummer
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SeIPU	Bauernpartei der Ukraine
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
u.a.	und andere / unter anderem
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN-Generalversammlung	Generalversammlung der Vereinten Nationen
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
WTO	Welthandelsorganisation
z.B.	zum Beispiel

1. Einleitung

1.1. Problemstellung

Die Ukraine war ein Sonderfall für die EU-Erweiterung, angesichts ihrer (geo-) strategischen Lage und Bedeutung, ihrer geografischen Größe und wirtschaftlichen Bedeutung (vielleicht nur mit Polen in den späten 1990er Jahren vergleichbar) und der Tatsache, dass sie das größte Land innerhalb der EU-Initiative der Östlichen Partnerschaft ist (vgl. Naumenko et al. 2022:7).

Die europäische Integration der Ukraine ist ein komplexer, vielschichtiger und schrittweiser Prozess in verschiedenen Bereichen - politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell. Obwohl die Ukraine unmittelbar nach der Erlangung ihrer Unabhängigkeit (1991) die Integration in die europäische Gemeinschaft als Hauptvektor ihrer Entwicklung definierte (wie das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1994 beweist), befand sich das Land in der Praxis im Epizentrum zweier Integrationswellen - der europäischen und der eurasischen, die sich in Bezug auf Ziele, Bedingungen und Art grundlegend unterschieden, was dazu führte, dass Kiew fast 20 Jahre lang eine Politik des Pendelns zwischen Moskau und Brüssel betrieb. Die Position der Vertreter*innen aller Strukturen der ukrainischen Regierung und der Bürger wurde durch die Trägheit des sowjetischen Erbes, komplexe sozio-politische Prozesse innerhalb des Landes und starke externe Einflüsse beeinflusst. Unter diesen Bedingungen bildete sich in der ukrainischen Gesellschaft allmählich ein Kern von Befürwortern des europäischen Integrationskurses und von Euroskeptikern heraus und verstärkte sich.

Die Frage nach der Präsenz von Euroskeptikern in der Ukraine ist angesichts der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 von großer Bedeutung, da die proeuropäische Revolution der Würde (Euromaidan) von Russland als Vorwand für die Aggression in der Ostukraine und auf der Krim und später für eine umfassende Invasion genutzt wurde, was den Wunsch Russlands verdeutlicht, die Ukraine in seiner Interessensphäre zu halten, seine Kontrolle über einen Teil der Welt auszuweiten und die mit dem Zusammenbruch der UdSSR und dem wirtschaftlichen Niedergang verlorene globale Hegemonie zu bewahren.

Das Fehlen analytischer Studien über den Euroskeptizismus und die Beobachtung soziopolitischer Stimmungen in der Ukraine führt einerseits zu einer falschen Einschätzung der Bestrebungen des ukrainischen Volkes, Teil der EU zu werden, und andererseits zu einer falschen Einschätzung der Position der europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten. Dies schränkt die Möglichkeit ein, eine wirksame außenpolitische Strategie für die Ukraine zu entwickeln und umzusetzen, die

auf die Erlangung der EU-Mitgliedschaft abzielt, was zu einem falschen Verständnis des eigenen Potenzials und der geopolitischen Rolle des Landes in der Europäischen Union führt. Das Fehlen solcher Studien kann zu einer möglichen Vertiefung der Widersprüche in der ukrainischen Gesellschaft führen, die durch die Unzufriedenheit mit dem europäischen Integrationskurs und politische Spekulationen zu diesem Thema verursacht werden.

Bislang wurden keine nennenswerten Versuche unternommen, die Entstehung und Existenz des Euroskeptizismus in der Ukraine auf gesellschaftlicher und politischer Ebene umfassend zu untersuchen und die Möglichkeit seines Einflusses auf die weitere Entwicklung des außenpolitischen Kurses der Ukraine zu ermitteln. Doch die Zeit schreitet voran, die Ukraine entwickelt sich weiter, und dieses Thema gewinnt immer mehr an Bedeutung, und in der gegenwärtigen Phase des Staatsaufbaus findet es zunehmend Beachtung.

Dementsprechend füllt die von mir vorgeschlagene Studie nicht nur diese Lücke, indem sie sich speziell mit den Ursachen, dem Wesen und den Folgen des Euroskeptizismus als jüngstem Phänomen in der Ukraine befasst, sondern leistet auch einen innovativen Beitrag zur Untersuchung der Perspektiven der europäischen Integration für die Ukraine.

1.2. Forschungsfragen

Die oben genannte Probleme sind unabhängig vom offiziell verkündeten außenpolitischen Kurs des Staates und den Globalisierungstendenzen in der Welt relevant. Die mögliche Erweiterung der EU nach Osten und Süden des europäischen Kontinents verlangt von der Ukraine ein aktives und verantwortungsvolles außenpolitisches Handeln. Dies wiederum stellt die Fähigkeit, den politischen Willen und die öffentliche Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung für europäische Integrationsschritte in Frage.

Zu diesem Zweck habe ich die folgenden Forschungsfragen entwickelt, um meine Studie zu leiten:

- **Wie hat sich der Euroskeptizismus in der Ukraine zwischen 1991 und 2022 entwickelt?**
- **Welcher Art sind die euroskeptischen Einstellungen der ukrainischen Führungseliten und des ukrainischen Volkes, wie äußern sie sich und was sind ihre Besonderheiten?**

- **Wie hat sich der Euroskeptizismus im Laufe der Geschichte der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine auf die europäische Perspektive und die Chancen der Ukraine auf einen Beitritt zur EU ausgewirkt?**

2. Theoretischer Ansatz

2.1. Definition, Arten und Ursachen des Euroskeptizismus

Das Konzept des Euroskeptizismus ist unter führenden Forschern der Europastudien nach wie vor umstritten und wird in der Literatur als ein Konzept dargestellt, das im Allgemeinen auf die Opposition gegen die allgemein positive Haltung gegenüber der Europäischen Union, dem europäischen Integrationsprozess und seinen einzelnen Aspekten reduziert wird, die in verschiedenen Ländern durch historische, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen bedingt ist (vgl. Artemova 2014:241).

Der konzeptionelle Rahmen der Studie stützt sich hauptsächlich auf die Entwicklungen britischer (Szczerbiak und Taggart), deutscher (Petr Kopecký) und belgischer (Cas Mudde) Politikwissenschaftler, die in ihren wissenschaftlichen Arbeiten die theoretischen Grundlagen des Konzepts "Euroskeptizismus", seine Definition und Klassifizierung aufzeigen und vor allem die Gründe für seine Entstehung und Verbreitung untersuchen.

So definiert der britische Politikwissenschaftler Paul Taggart (1998), der oft als Begründer der Erforschung dieses Themas bezeichnet wird, das Phänomen des Euroskeptizismus als eine skeptische Haltung gegenüber dem EU-Integrationsprozess und scharfe Kritik an der EU-Politik. Gemeinsam mit Szczerbiak unterteilen sie mit Taggart den Euroskeptizismus in 2 Typen: "hart" und "weich", je nach Grad und Gründen der Ablehnung der Integration durch einen bestimmten Staat (vgl. Szczerbiak/Taggart 2003). In der Arbeit von Szczerbiak und Taggart "Theorising Party Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality" (2003) bieten die Autoren eine detaillierte Beschreibung ihrer gemeinsamen Theorie: "harter Euroskeptizismus" - Ablehnung der Idee des Funktionierens der Europäischen Union als Ganzes, Leugnung der Idee der europäischen Integration, Ablehnung der Teilnahme an diesem Projekt; "weicher Euroskeptizismus" umfasst ein breiteres Spektrum von Positionen - Warnung vor der Idee der Integration, Leugnung ihrer einzelnen Aspekte, Ausdruck einer qualitativen Opposition gegen bestimmte politische Maßnahmen der EU, die den Interessen des eigenen Landes nicht entsprechen oder entsprechen werden (vgl. Szczerbiak/Targatt 2003: 2).

Im Jahr 2002 kritisierten Kopecký und Mudde (2002: 300f) diese Art der Einteilung, insbesondere die Kategorie des "weichen Euroskeptizismus", und wiesen darauf hin, dass die Bandbreite der Positionen und Ebenen des Euroskeptizismus, die in dieser Kategorie enthalten sind, zu groß ist, und schlugen ihre eigenen drei Arten von Euroskeptizismus vor (abhängig von der Einstellung zur EU als Integrationsprojekt). So unterteilen Kopecký und Mudde den Euroskeptizismus in: 1) Euroskeptizismus an sich: Er drückt die Ablehnung der Methoden aus, unterstützt aber das europäische Integrationsprojekt als solches; 2) Europragmatismus: Ablehnung der europäischen Integration, sofern die Vorteile des Projekts realisiert werden; 3) Euro-Ablehnung: Ablehnung sowohl der Ideale der europäischen Integration als auch der Ergebnisse ihrer Umsetzung (vgl. Wajnschtejn 2015:41f).

Die Diskussion über die öffentliche Meinung über die EU hat die Wissenschaftler dazu veranlasst, verschiedene Dimensionen des Euroskeptizismus zu entwickeln. Die Skala und Einteilung des Euroskeptizismus von Taggart und Szczerbiak wurde vom Forscher Riishøj (2004) etwas erweitert, der in seinem Werk "Europeanisation and Euroscepticism. Experiences from Poland and the Czech Republic" in acht mögliche Typen unterteilt:

1. "Identitätsbasiert": Euroskeptizismus, der durch das Problem der nationalen und europäischen Identität angetrieben wird. Diese Art von Euroskeptizismus gewinnt aufgrund der Angst vor dem Verlust der eigenen nationalen Identität durch die Entwicklung supranationaler Organisationen an Bedeutung;
2. "Cleavage-basiert": verursacht durch Unterschiede in der sozialen und politischen Qualität. In diesem Bereich des Euroskeptizismus besteht die Befürchtung, dass die europäische Integration die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer spalten wird;
3. "Policy-basiert": basiert auf der Ablehnung bestimmter politischer und wirtschaftlicher Schritte der EU: Einführung des Euro, Agrarpolitik, freie Migration;
4. "Institutionell begründet": die Überzeugung, dass die europäischen Machtinstitutionen illegitim sind, sich grundlegend von effektiveren lokalen Institutionen unterscheiden und undemokratisch und rein bürokratisch sind;
5. "Nationale Interessen": die Opposition zwischen den vitalen Interessen der Bevölkerung und dem aktiven Prozess der europäischen Integration;
6. "Erfahrungsbasiert": Euroskeptizismus, der auf schlechten Erfahrungen und Eindrücken von den europäischen Institutionen beruht;
7. "Parteibasiert": ergibt sich aus der Ideologie der Partei und der Parteiführer, die die Partei leiten. Meistens handelt es sich dabei um ultraliberale und konservative Parteien;

8. "Atlantisch orientiert": ist das Ergebnis eines deutlichen Widerspruchs zwischen der europäischen und der atlantischen Ausrichtung der EU-Politik. Einige Staaten wollen keine von der atlantischen Politik getrennte Außen- und Verteidigungspolitik formulieren.

Auch Studien von Autoren wie Sarrazyn (2012), Smyrnow (2013), Wallerstein (1999) heben ihrerseits die Faktoren hervor, die den Prozess der europäischen Integration verlangsamen, insbesondere Nationalismus und Heterogenität, fehlende gemeinsame Interessen im Land und die Krise des Multikulturalismus.

Die Verlangsamung oder Unmöglichkeit der europäischen Integration als Folge von Euroskepsis wird von der ukrainischen Politikwissenschaftlerin Artemowa (2014) untersucht. So ist der Hauptgrund für die Europaskepsis in den Arbeiten von Artemowa (2014) das Problem der panischen Angst vor der Globalisierung und der Schutz der nationalen Identität. Eine andere ukrainische Forscherin, Netschajuk (2013), konzentrierte sich in ihrer Studie auf den Euroskeptizismus aus einer historischen Perspektive. Die Autorin identifiziert die historischen Voraussetzungen und die Geografie als Gründe für die Entstehung und Ausbreitung des Euroskeptizismus", und der Euroskeptizismus selbst hängt von wirtschaftlichen, sozialen, politischen, historischen und kulturellen Faktoren, Integrationsprozessen, dem Wunsch der Teilnehmerstaaten, ihre Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstdarstellung, Sprache und Kultur zu bewahren, ab (vgl. Netschajuk 2013:225). Nach Netschajuk (2013) ist der entscheidende Faktor bei der Messung des Euroskeptizismus die Bevölkerung selbst, die durch ihre Willensbekundung zeigt, dass sie mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft nicht einverstanden ist oder sie ablehnt, bestimmte Maßnahmen der Europäischen Union gutheißt oder verurteilt. Euroskeptiker gibt es in jedem Land, und ihre Zahl nimmt unabhängig von Alter, sozialem und finanziellem Status zu, und die Studie von Netschajuk (2013) zeigt deutlich, dass Euroskeptiker besonders zahlreich unter älteren Menschen sind.

2.2. Europaskepsis auf der Ebene der Eliten und der Massen

Um die Akteure der Opposition gegen die Idee der europäischen Integration zu identifizieren, wird häufig die von Taggart (2003) vorgeschlagene Unterteilung in zwei Gruppen verwendet: öffentlicher und parteilicher Euroskeptizismus. Aufgrund ihrer einfachen Handhabung ist diese Unterteilungstheorie eine der am häufigsten verwendeten in der Forschung. Die öffentliche Europaskepsis wird bei Wahlen, Referenden, Meinungsumfragen und Erhebungen ermittelt (Taggart 2003:365). Der zweite Typ, parteibasiert, bezieht sich auf die Aktivitäten der politischen

Parteien und ihrer Führer, die in demokratischen Systemen die Stimme der Öffentlichkeit sind (Taggart 2003:365).

Im Gegenzug kann man argumentieren, dass es im Zusammenhang mit der europäischen Integration eine gewisse Verbindung zwischen der Öffentlichkeit und den politischen Eliten gibt. So argumentieren einige Wissenschaftler, dass die politischen Eliten die euroskeptischen Einstellungen ihrer Wählerschaft übernehmen und in ihre politische Agenda integrieren und damit die tatsächlichen Bedürfnisse der Öffentlichkeit widerspiegeln (Steenbergen et al. 2007:13). Gleichzeitig gibt es eine andere Meinung, dass die Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber der europäischen Integration durch die von den politischen Parteien erhaltenen Informationen geprägt wird, deren Anhänger durch den Prozess der Information und Überzeugung eine bestimmte Person sind (vgl. Steenbergen et al. 2007:13). So argumentieren Steenbergen et al. (2007), dass der Euroskeptizismus ein Produkt der umgekehrten Kausalität ist, indem sie behaupten, dass politische Eliten und die breite Öffentlichkeit sich gegenseitig beeinflussen.

Den Autoren zufolge können Einstellungen zur EU sowohl von unten nach oben, d. h. von den Massen zu den Eliten, als auch von oben nach unten, d. h. von den Eliten zu den Massen, geformt werden, und außerdem können sich diese beiden Richtungen gegenseitig verstärken (vgl. Steenbergen et al. 2007:14). Beim Bottom-up-Ansatz fließen die Informationen von der breiten Öffentlichkeit zu den Eliten, d. h. die breite Öffentlichkeit versorgt die Parteien mit Informationen über ihre Einstellungen, so dass die politischen Eliten eine Repräsentationsfunktion ausüben; im Gegensatz dazu fließen bei einem Top-down-Ansatz die Informationen von den politischen Eliten zur breiten Öffentlichkeit, und die Parteien informieren die Wählerschaft über politische Themen (vgl. Steenbergen et al. 2007:14).

Es ist jedoch auch wichtig, das Problem Mittel- und Osteuropas mit dem Typus der sogenannten "visuellen Demokratie" zu berücksichtigen, wo die Grenze zwischen öffentlichen und politischen Positionen zum europäischen Integrationsprozess extrem dünn ist, wie Radoslaw Markowski (2015) schreibt. Das Fehlen einer starken Zivilgesellschaft führt auch zu Schwierigkeiten bei der Bewertung bestimmter politischer Kräfte (Parteien) aufgrund der starken Diskrepanzen zwischen der erklärten politischen Ideologie und den praktischen Aktivitäten (vgl. Markowski 2015).

2.3. Populismus

Besondere Aufmerksamkeit im Rahmen der Untersuchung des europäischen Integrationsweges und der außenpolitischen Maßnahmen ist auch dem "Populismus" gewidmet. Der Populismus steht

in direktem Zusammenhang mit dem Euroskeptizismus (den man oft als Synonym bezeichnet), denn es sind die Euroskeptiker, die sich einer Politik und Rhetorik bedienen, die an die einfachen Menschen, ihre Hoffnungen, Ängste und Unzufriedenheit mit dem Leben appellieren und so die Meinung der Mehrheit manipulieren.

Die ukrainischen Politikwissenschaftler Wira Burdjak und Jurij Makar (2012:131) weisen darauf hin, dass "Populismus eine Aktivität ist, die darauf abzielt, sich um den Preis unvernünftiger Versprechungen, demagogischer Slogans usw. bei den Massen beliebt zu machen. Ein Populist in der modernen Politik ist ein Akteur, der mit den Massen flirtet". Niederländischer Wissenschaftler Mudde (2004:544) stellte fest, dass "Populismus eine manichäische Weltansicht ist, in der es nur Freunde und Feinde gibt. Gegner sind nicht nur Menschen mit anderen Prioritäten und Werten, sie sind böse". Und die soziale Krise, so der Autor, ist eine Voraussetzung für das Aufblühen des Populismus, wenn die sozialen Begleitumstände wie ständige politische Ressentiments und die Anwesenheit eines attraktiven politischen Führers gegeben sind (vgl. Mudde 2004:547). Die ukrainischen Politikwissenschaftler Wira Burdjak und Jurij Makar (2012:133) fügen hinzu, dass Populismus am besten in Gesellschaften mit einem hohen Maß an Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik und einem niedrigen Niveau der politischen Bildung funktioniert.

Der deutsche Politologe und Politikhistoriker Müller Jan-Werner stellt in seinem Buch "Was ist Populismus?" (2016) fest, dass die Vorstellung von Populismus als etwas "Progressivem" oder mit den "Massen" Verbundenem vor allem ein amerikanisches Phänomen ist, während dieser Begriff in Europa anders verstanden wird; hier ist Populismus gleichbedeutend mit unverantwortlicher Politik oder verschiedenen Arten des politischen Flirts. Der Forscher stellt fest, dass Populisten zu Korruption und Massenklientelismus neigen und ihr Verhalten mit der Behauptung rechtfertigen, sie seien die einzigen Vertreter der Wünsche der Menschen (vgl. Müller, 2016).

Erwähnenswert ist auch die Studie von Laclau (2005), in der der Mechanismus der Umwandlung der Forderungen der Unzufriedenen in ein populistisches politisches Programm detailliert beschrieben wird. Der Autor schreibt, dass in einer demokratischen Gesellschaft die Bürgerinnen und Bürger eine Vielzahl von Forderungen an die Politikerinnen und Politiker stellen und dementsprechend verschiedene Politikerinnen und Politiker ihre Programme formulieren, die nur ein bestimmtes Segment der öffentlichen Forderungen abdecken, aber die Versuchung, auf die Forderungen möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger einzugehen, macht einen Politiker zu einem Populisten, der behauptet, die gewünschte Antwort auf verschiedene politische Forderungen geben zu können (vgl. Laclau 2005). Der Wunsch, mit einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu bleiben, und das Ringen um ihre Gunst lösen also eine besondere Logik der

Artikulation der Bedeutungen aus, die ein Populist als Antwort auf alle Anfragen zu vermitteln sucht und die sich vor allem auf der Ebene der Repräsentationsformen manifestiert, so Laclau (2005). Jeder der Unzufriedenen hört von ihm die Antwort auf seine Forderungen, und es spielt keine Rolle, dass verschiedene Gruppen von Unzufriedenen unterschiedliche Botschaften von einem Politiker hören, wie Laclau (2005) betont, wichtig ist, dass er (der Politiker) auf diese Weise die breiteste Basis von Unzufriedenen anziehen kann.

2.4. Theoretischer Rahmen

Fasst man die oben genannten Autoren zusammen, so versteht man den Euroskeptizismus als eine aufrichtige soziale und politische Reaktion auf die Prozesse der europäischen Integration. Dies ist meiner Meinung nach ein logisches und verständliches Phänomen, das in den demokratischen Gesellschaften der Länder, die der Europäischen Union angehören oder dies anstreben, sogar noch normaler ist. Da es zeigt, inwieweit eine Nation bereit ist, verschiedene globale Herausforderungen anzunehmen oder ihnen zu widerstehen, ermöglicht es uns, die Aussichten eines Beitrittskandidaten auf die europäische Integration vorherzusagen.

Auf der Grundlage des Konzepts des Euroskeptizismus kann davon ausgegangen werden, dass der lange Weg der Ukraine in die europäische Integration, d. h. die Erklärung der Entscheidung für die europäische Integration seit der Unabhängigkeit, die (manövrierende) zweigleisige Außenpolitik zwischen der EU und Russland, die Weigerung, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen (auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft am 28. und 29. November 2013 in Vilnius), was zum Euromaidan führte die Verzögerung bei der Umsetzung der Reformen ist das Ergebnis der Euroskepsis in der ukrainischen Gesellschaft und in den ukrainischen Machteliten (Parteien, politische Führer - der Präsident der Ukraine), die auf wirtschaftliche, soziale, politische, historische, geografische und kulturelle Faktoren zurückzuführen ist.

Diese Annahmen bilden die Grundlage für die ersten beiden Unterfragen, die sich mit den Merkmalen des ukrainischen Euroskeptizismus und seinen Veränderungen im Laufe der Zeit befassen. Das bedeutet, dass in dieser Studie untersucht werden soll, inwieweit sich der ukrainische Euroskeptizismus im Laufe der Zeit verändert hat, wobei das allgemein akzeptierte Grundprinzip seiner Klassifizierung - die Unterteilung in Akteure (Gesellschaft und politische Eliten) (führende politische Parteien oder Staatsoberhäupter) und der Grad der Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses selbst, wie er aus dem theoretischen Teil abgeleitet wurde - herangezogen wird.

3. Methodisches Vorgehen

3.1. Forschungsdesign und -strategie

Nach Ansicht des amerikanischen Soziologen McGrath (1982) gibt es keine einzige beste methodische Forschungsstrategie, um Erkenntnisse über ein Forschungsproblem zu gewinnen. Wie jeder Forscher habe ich jedoch die Methode gewählt, die mir am geeignetsten erschien, und in dieser Masterarbeit habe ich die dokumentarische Forschungsmethode verwendet.

Die dokumentarische Forschung ist ein wertvoller Ansatz, der bei der Untersuchung historischer Ereignisse, kultureller Phänomene und sozialer Trends eingesetzt wird, um ein tieferes Verständnis eines Themas oder einer Forschungsfrage zu gewinnen (vgl. McCulloch 2004), was für diese Masterarbeit von besonderem Interesse ist. Laut Monageng Mogalakwe (2006:221) ist diese Forschungsmethode genauso gut und manchmal sogar kostengünstiger als soziale Umfragen, Tiefeninterviews oder teilnehmende Beobachtung. Sie beinhaltet die Verwendung von Büchern, Artikeln aus wissenschaftlichen Zeitschriften, Wochenzeitungen, Online-Nachrichtenquellen, Berichten, Statistiken, Archivmaterial, amtlichen und rechtlichen Dokumenten, die Informationen über das Phänomen enthalten, das der Forscher untersuchen und erforschen möchte (Mogalakwe 2006).

Da das Ziel dieser Masterarbeit darin besteht, die Entwicklung des Euroskeptizismus sowohl der ukrainischen Bevölkerung als auch der ukrainischen politischen Eliten im Laufe der Zeit (1991-2022) zu untersuchen, erscheint die Dokumentationsforschung, die von Soziologen seit vielen Jahren genutzt wird, um eine Reihe von Ereignissen zu verstehen und zu erklären, die eingetreten sind oder in der Vergangenheit eingetreten sind (vgl. Mogalakwe 2006:223), sinnvoll und angemessen.

Appleton und Cowley (1997) wiederum verweisen auf die besondere Nützlichkeit der dokumentarischen Methode, wenn der Forscher vor der Aufgabe steht, eine Vielzahl von Dokumenten zu analysieren, die kein einheitliches Format haben. So stieß ich in der Phase der Identifizierung relevanter Ressourcen auf eine große Anzahl von Quellen, die verschiedene Arten von Informationen enthielten und Einblicke, Beschreibungen und Messungen des ukrainischen Euroskeptizismus lieferten. Die Datenerhebung basierte auf der von Taggart (1998) vorgeschlagenen Analyse der Akteure, die der europäischen Integration ablehnend gegenüberstehen, nämlich zwei Gruppen: öffentliche und parteipolitische Euroskepsis. Der öffentliche Euroskeptizismus, der auf der Theorie des britischen Politikwissenschaftlers Taggart

(1998:365) beruht, wird durch Wahlen, Referenden, soziologische Umfragen und Meinungsumfragen bestimmt; der zweite Typ, der Parteiskeptizismus, bezieht sich auf den Tätigkeitsbereich der politischen Parteien und der Staatsoberhäupter, die in demokratischen Systemen die Ausdrucksformen der öffentlichen Stimmung sind.

Um die öffentliche Meinung zur europäischen Integration und die Erscheinungsformen des Euroskeptizismus zu analysieren, wurden die Ergebnisse soziologischer Umfragen führender ukrainischer und internationaler soziologischer Institutionen ausgewertet. Die gründlichste und konsequenteste Forschung zu diesem Thema wurde vom Ukrainischen Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien, benannt nach Oleksandr Rasumkow, durchgeführt, einer führenden nichtstaatlichen Denkfabrik in der Ukraine, die direkt in die Forschung zur öffentlichen Politik eingebunden ist (vgl. Fedortschuk 2017). Das Zentrum führt seit 2002 Forschungen zu diesem Thema durch, was es uns ermöglicht, die Einstellungen der ukrainischen Bürger zur europäischen Integration über mehr als 20 Jahre hinweg zu verfolgen. Die Frage der öffentlichen Einstellungen zur europäischen Integration wird auch von der Rating Sociological Group, Nationales Institut für Strategische Studien (NISS), dem Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine und der Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation untersucht. Mögliche Lücken, wie fehlende statistische Daten vor 2002 und andere Ungenauigkeiten, wurden durch die Arbeiten der ukrainischen Soziologen Natalija Pohorila (2003), Marija Solkina (2014), Walerij Worona (2020), Yuliana Palagnyuk (2014), Kateryna Saremba (2020) und anderer ergänzt.

Um die Erscheinungsformen des Euroskeptizismus unter den politischen Eliten der Ukraine (Parteien oder Staatsoberhäupter) als eine der Hauptarten des Euroskeptizismus nach Szczerbiak und Taggart (2003) zu untersuchen, nutzte ich die wissenschaftlichen Arbeiten bekannter ukrainischer Historiker und Politikwissenschaftler Widnjanskyj (2018), Hissa (2017), Artikel aus Zeitschriften, Zeitungen und Online-Nachrichtenquellen, analysierte teilweise die Programme und Aktivitäten ukrainischer politischer Parteien seit 1991, als die Ukraine offiziell ihren Kurs auf einen EU-Beitritt bekannt gab. Besonderes Augenmerk richtete ich auf die politischen Parteien, die nach der Orangen Revolution ins ukrainische Parlament einzogen, als die Öffentlichkeit und die politischen Kräfte zwischen den Befürwortern der europäischen Integration und den Befürwortern eines engeren Bündnisses mit Russland gespalten waren und dieses Thema für alle politischen Parteien zu einem Verhandlungsmasse im Wahlkampf wurde. Da nach Angaben des ukrainischen Justizministeriums (Stand: 1. Januar 2021) in der Ukraine eine riesige Zahl politischer Parteien (mehr als 360) registriert ist, wurden für die Studie nur die Parteien ausgewählt, die bei den Parlaments- und Kommunalwahlen im Zeitraum (1991-2022) erfolgreich

waren, d. h. Parteien, deren politische Programme in der ukrainischen Bevölkerung den größten Rückhalt hatten, deren Programme eindeutig einen euroskeptischen oder pro-europäischen Kontext zum Ausdruck brachten, und insbesondere die Parteien der derzeitigen Präsidenten der Ukraine. Als Kriterien für die Manifestation von Euroskepsis habe ich nicht nur die Programme der politischen Parteien, sondern auch die Aussagen der Parteiführer und bestimmte außenpolitische Entscheidungen herangezogen. Die Wahlprogramme aller Teilnehmer an den Parlamentswahlen enthalten Punkte, die sich auf die Entwicklung der Außenpolitik und insbesondere auf Fragen der europäischen Integration beziehen.

Besonders wichtige Quellen zur Bestimmung des Grads der Europaskepsis in der Ukraine sind öffentliche Erklärungen, Reden und Interviews der ukrainischen Präsidenten in den führenden Medien und auf internationalen Konferenzen usw. Die Aktivitäten der Präsidenten wurden in ihren Werken von Forschern wie Iltchenko (2014), Bondarenko (2007), Sherr (1999) und anderen bewertet.

Zu den Quellen gehören auch solche, die die aktuelle politische Situation charakterisieren und den Prozess der Beeinflussung der ukrainischen Innen- und Außenpolitik durch den Euroskeptizismus sowohl einzelner EU-Mitgliedstaaten als auch der EU als Ganzes widerspiegeln. Um die Vollständigkeit der Studie zu gewährleisten, habe ich die Europäische Nachbarschaftspolitik (die Besondere Nachbarschaftsstrategie), die Östliche Partnerschaft, das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine von 2014, die Ergebnisse der Gipfeltreffen zwischen der EU und der Ukraine und andere, die die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Europäischen Union belegen, überprüft und analysiert.

Wie Marshall und Rossman (1995:111) schreiben, ist "Datenanalyse der Prozess der Organisation, Strukturierung und Bedeutungsgebung einer Masse von gesammelten Daten". Bei der Arbeit mit qualitativen Daten wurde die von mir verwendete Struktur also zunächst aus den Daten selbst abgeleitet, was bedeutet, sie systematisch zu analysieren, um Themen, Muster und Kategorien zu identifizieren (vgl. Easterby-Smith et al. 1999). Um zu einer klaren Schlussfolgerung zu gelangen, habe ich die Daten dementsprechend reduziert und dargestellt, indem ich sie durch historische Analyse, Inhaltsanalyse und vergleichende Analyse systematisch geordnet und strukturiert habe.

Die Methode der historischen Analyse in dieser Masterarbeit bestand also darin, Ereignisse zu untersuchen und zu analysieren, die in der Vergangenheit stattfanden, aber in Dokumenten wie Forschungsarbeiten von Historikern und Politikwissenschaftlern, Zeitungen und elektronischen Veröffentlichungen dokumentiert wurden, um vergangene Ereignisse genau zu verstehen und die

Informationen zum Verständnis der Gegenwart zu nutzen. Die Methode der "Inhaltsanalyse" bestand darin, den Inhalt von Dokumenten wie wissenschaftlichen Abhandlungen, Büchern und Reden in anderen Veröffentlichungen zu untersuchen und zu interpretieren, um Zusammenhänge zu finden, Ereignisse zu überprüfen und Muster oder Trends zu erkennen. Ich habe aber auch die "vergleichende Analyse" eingesetzt, um Dokumente aus verschiedenen Quellen zu vergleichen, um den Kontext und die Zeiträume zu verstehen und um Ähnlichkeiten oder Unterschiede zu erkennen. Besonders wichtig war es, die Ansichten ukrainischer Historiker und Politikwissenschaftler mit denen führender westlicher Historiker und Politikwissenschaftler zum gleichen Ereignis auf dem Weg zur europäischen Integration zu vergleichen. Zu diesem Zweck habe ich ukrainische Autoren und Veröffentlichungen mit denen europäischer Autoren verglichen: Gustav Gressel (2016), Alexander Schneider (2019), Kataryna Wolczuk (2004), James Sherr (1999) , Roman Goncharenko (2011), Neil MacFarlane und Anand Menon (2014), Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine und andere.

Meine Sprachkenntnisse in Englisch, Deutsch, Russisch und Ukrainisch gaben mir die einzigartige Möglichkeit, Quellen in vier Sprachen zu nutzen, was für diese Studie von besonderer Bedeutung ist.

Einer der entscheidenden Vorteile der dokumentarischen Forschungsmethode für diese Masterarbeit ist ihre Unparteilichkeit, da Aufzeichnungen und Dokumente in der Regel abgesprochen und für andere Zwecke verwendet werden (vgl. Webb et al. 1984:114). Wie Bailey (1982:303) feststellt: "Die Methoden der Datenerhebung selbst verändern die gesammelten Daten normalerweise nicht". Der Forscher ist nicht in der Lage, den untersuchten Personen gegenüber voreingenommen zu sein, und es ist unwahrscheinlich, dass die Verfasser der Dokumente von deren künftiger Verwendung in der Forschung ausgehen (vgl. Stewart 1984: 11). Appleton und Cowley (1997) schreiben, dass dokumentarische Belege dem Forscher eine große Menge an reichhaltigen und detaillierten Informationen liefern können, die bei der Datenerhebung nicht verzerrt werden, was genau das ist, was ich als ukrainischer Forscher zum Thema der europäischen Integration der Ukraine brauche.

Die Schlussfolgerungen, die aus dieser Diskussion der dokumentarischen Methodik gezogen werden können, sind, dass in diesem Fall die gewählten Methoden und die angewandten Ansätze zuverlässig, streng und angemessen sind und zuverlässige und nützliche Daten hervorgebracht haben.

4. Analyse

4.1. Analyse der Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union im Zeitraum 1991-2000

4.1.1. Die Geburtsstunde der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine

Die erste Phase von 1991 bis 2000 wird von ukrainischen und russischsprachigen Autoren als proaktiver und dynamischer außenpolitischer Versuch der Ukraine charakterisiert, eine Zusammenarbeit mit der EU aufzubauen (vgl. Widnjanskyj 2018). Obwohl die Ukraine das erste postsowjetische Land war, das das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften (1994) unterzeichnete, betrachteten die westlichen Länder laut dem ukrainischen Wissenschaftler Artomow (2007) die Ereignisse in der Ukraine bis 1993 ohne Interesse und schenkten ihre volle Aufmerksamkeit Russland, das vom Westen erhebliche Unterstützung erhielt. Die Gleichgültigkeit und neutrale Passivität der EU gegenüber der Ukraine wird auch von einem anderen ukrainischen Wissenschaftler, Widnjanskyj (2018), hervorgehoben. Der deutsche Jurist Prof. Dr. Jur. Alexander Schneider (2019) erklärt diese Situation als Folge der Gestaltung der politischen Landschaft einer bereits unabhängigen Ukraine durch die alten Führer der politischen und wirtschaftlichen Elite der Sowjet-Ära, die die Ukraine immer noch als Teil Russlands vertraten. James Sherr (1999: 48), Senior Research Fellow am Estnischen Institut für Außenpolitik, schreibt in seinem Werk *Ukraine's New Time of Troubles*, dass von Beginn der Unabhängigkeit an in der Ukraine und im Ausland die Meinung vorherrschte, dass "den Behörden der Wille und der Konsens in der breiteren Elite des Landes fehlt", der notwendig ist, um die Frage der Demokratie und der sozialen Orientierung der Ukraine auf dem Weg zu einem Rechtsstaat und damit zum Beitritt zur EU zu lösen.

Bei der Bewertung der frühen Geschichte der Ukraine und der Entstehung der Beziehungen zur EU in seinem Buch "Perspektiven und Herausforderungen eines EU-Beitritts der Ukraine. Politische Implikationen versus ökonomische Transformationsprozesse postsowjetischer Staaten" schreibt Schneider (2019) über den ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine Leonid Krawtschuk (1991-1994) als eine eher schwache und fragile Regierung, da er keine dringend notwendigen sozioökonomischen Reformen durchführte, so dass die nächste Wahl, so der Autor, 1994 Leonid Kutschma gewann. Die ukrainischen Politikwissenschaftler Tschekalenko und Fedunjak (2010) fügten hinzu, dass der erste Präsident der unabhängigen Ukraine, Leonid Krawtschuk, zu Beginn seiner Amtszeit die Aussichten des Landes auf eine europäische Integration etwas skeptisch beurteilte, aber kaum ein überzeugter Euroskeptiker war. Schneider (2019) ist der Ansicht, dass ein starkes Argument für die ukrainische Bevölkerung bei den Wahlen

1994 das Vertrauen in Kutschmas Fähigkeit war, die Ukraine aus der Wirtschaftskrise zu führen, das politische System zu stabilisieren und vor allem die Beziehungen zu Russland zu verbessern.

Im selben Jahr gewann der europaskeptische Block der Kommunistischen Partei (KPU) und der Bauernpartei der Ukraine (SeIPU) die Parlamentswahlen, erhielt 34 % der Sitze und bildete die größte Fraktion, so die ukrainischen Historiker Baranowska (2001:182f). Ihnen zufolge geriet das ukrainische Parlament faktisch unter die Kontrolle der Kommunisten, die die Annäherung der Ukraine an die EU entschieden ablehnten und das Heil des Landes in einer zwischenstaatlichen Union mit Russland sahen, was die Sehnsucht der Öffentlichkeit nach der sowjetischen Vergangenheit zum Ausdruck brachte und somit auf die fernen europäischen Integrationsperspektiven der Ukraine hinwies (vgl. Baranowska 2001: 182f).

Obwohl Kutschma wiederholt öffentlich europaskeptische Ansichten äußerte, die vor allem in der Zeit vor den Wahlen 1994 deutlich wurden, als sein politisches Programm den Wählern klar zeigte, dass er sich auf die Wiederherstellung und Vertiefung der Beziehungen zu Russland konzentrierte, während die westlichen Partner im Hintergrund blieben (vgl. Iltschenko 2014: 289ff), wurde später, nach den Präsidentschaftswahlen, aus denen Leonid Kutschma als Sieger hervorging, deutlich, dass der Mythos vor den Wahlen ein Vorwand für seine erfolgreiche Etablierung als Präsident der Ukraine war. Später, nach der Wahl, die zum Sieg von Leonid Kutschma führte, wurde klar, dass der pro-russische und antiwestliche Kutschma ein Vorwand für seine erfolgreiche Einsetzung als Präsident der Ukraine war. Schließlich gab Präsident Kutschma im Januar 1996 auf einer Tagung des Europäischen Rates in Straßburg eine Erklärung über die Entscheidung der Ukraine ab, Schritte zu unternehmen, um Mitglied der EU zu werden, und kündigte damit den Kurs des Landes in Richtung europäische Integration an, wie der ukrainische Historiker und Politikwissenschaftler Bondarenko (2007) argumentiert. In der Folge wurde das Hin und Her des neuen Präsidenten zwischen Russland und der EU als "multivektorale" Außenpolitik interpretiert (vgl. Bondarenko 2007: 39f).

Laut dem Forscher für Weltgeschichte, internationale Beziehungen und Außenpolitik der Ukraine, dem ukrainischen Historiker Widnjanskyj (2018), änderte sich die Haltung gegenüber der Ukraine in den Jahren 1996-1998 nach dem Inkrafttreten des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit der EU (1994 angenommen und 1998 in Kraft getreten), das als Rechtsgrundlage für die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU diente und einen ständigen partnerschaftlichen Dialog zwischen der Ukraine und der EU einleitete sowie den europäischen Integrationskurs der Ukraine proklamierte und festigte.

Den ukrainischen Historikern Fedonjuk und Kortschun (2011) zufolge betonte das PKA die Achtung grundlegender sozialer Werte als Grundlage für die Zusammenarbeit, bot einen geeigneten Rahmen für den politischen Dialog und stellte die wichtigsten gemeinsamen Ziele vor, die auf harmonischen Wirtschaftsbeziehungen, nachhaltiger Entwicklung, Zusammenarbeit in einer Reihe von Sektoren und der Unterstützung der demokratischen Bemühungen der Ukraine sowie der Schaffung eines institutionellen Netzwerks zur Erreichung dieser Ziele beruhten. Das PKA war ein wichtiges Instrument, um die Ukraine in den rechtlichen Rahmen des europäischen Binnenmarkts und des Systems der Welthandelsorganisation (WTO) einzubinden, und es enthielt auch eine Reihe revolutionärer Bestimmungen, darunter die Aussicht auf eine Freihandelszone (Fedonjuk und Kortschun 2011:710). Laut Kataryna Wolczuk (2004:5), Professorin für osteuropäische Politik an der Universität Birmingham, lagen die wirtschaftlichen Vorteile der europäischen Integration für die Ukraine auf der Hand. Ziel des EU-Beitritts war es laut Wolczuk (2004:5), die technologische Rückständigkeit und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Ukraine zu überwinden, indem sie Zugang zu ausländischen Krediten, Investitionen und Technologien erhält, die mit der EU-Mitgliedschaft einhergehen, ganz zu schweigen von ihren Märkten.

Da Russland und die GUS in dieser Zeit die größten Handelspartner der Ukraine blieben, geriet die Ukraine laut Wolczuk (2004) in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit und war nicht in der Lage, sich zu modernisieren. Die Autorin stellt fest, dass es geopolitische und sicherheitspolitische Erwägungen waren, die seit 1991 die Bestrebungen der Ukraine nach einer EU-Mitgliedschaft angetrieben haben (Wolczuk 2004:5). Angesichts der Tatsache, dass viele in Russland an der Lebensfähigkeit der ukrainischen Unabhängigkeit zweifelten, diktierte die Logik der Verteidigung der Unabhängigkeit der Autorin zufolge der europäischen Integration als integrales außenpolitisches Ziel für eine unabhängige Ukraine (vgl. Wolczuk 2004:5).

Trotz der so genannten "europäischen Integrationsbestrebungen" der Ukraine gewann 1998 die euroskeptische Kommunistische Partei (25 %) die Parlamentswahlen zur Werchowyna Rada, die die meisten Sitze erhielt (121), und die Präsidentschaftswahlen im zweiten Wahlgang gewann der damalige Staatschef Leonid Kutschma (vgl. Tarnawskyj 2018:40). Kutschma erhielt 15,9 Millionen Stimmen (56,25 %), aber interessanterweise war auch die Wahlunterstützung des eingefleischten Euroskeptikers und Führers der ukrainischen Kommunisten Symonenko mit 10,7 Millionen Stimmen (37,80 %) recht hoch (vgl. Tarnawskyj 2018:40). Letztendlich zeigten die Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen laut dem ukrainischen Wissenschaftler Tarnawskyj (2018) eine signifikante Differenzierung der ukrainischen Gesellschaft, einschließlich einer Wertespaltung, und demonstrierten einen ziemlich stabilen, wenn auch nicht ideologisch gefärbten Euroskeptizismus in der Öffentlichkeit. Trotz der großen öffentlichen Unterstützung für

die euroskeptischen Kommunisten argumentiert Tarnawskyj (2018:40), dass die außenpolitischen Aktivitäten des Staates außerhalb ihres Einflusses lagen.

Dem ukrainischen Historiker Widnjanskyj (2018) zufolge spielten die Konsultationen auf höchster politischer Ebene - die EU-Ukraine-Gipfel, von denen der erste am 5. September 1997 in Kiew stattfand - eine wichtige Rolle im Prozess der Annäherung zwischen der Ukraine und der EU, deren Ergebnisse die ukrainische Führung dazu veranlassten, aktive Schritte in Richtung europäische Integration zu unternehmen. Bereits am 8. Juni 1998 erklärte die ukrainische Seite auf der ersten Sitzung des im PKA vorgesehenen Kooperationsrates EU-Ukraine offiziell den Wunsch der Ukraine, assoziiertes Mitglied der EU zu werden, und am 11. Juni desselben Jahres verabschiedete Präsident Kutschma die "Strategie der Integration der Ukraine in die EU", die aus 140 Kapiteln bestand und die Hauptrichtungen der Arbeit der Exekutivbehörden im Hinblick auf die Erlangung des Status eines assoziierten Mitglieds der Europäischen Union im Jahr 2007 festlegte, was als "die wichtigste außenpolitische Priorität der Ukraine" definiert wurde (vgl. Widnjanskyj 2018). Ukrainische Wissenschaftler betrachten dieses Dokument als offizielle Proklamation und Konsolidierung des ukrainischen Kurses zur europäischen Integration.

In jenen Jahren schätzten ukrainische Wissenschaftler, die auf der Welle der ukrainischen Europa-Romantik ritten, wie Widnjanskyj (2018) und andere, dass die Ukraine auf dem Weg zu einer assoziierten und vollen Mitgliedschaft in der EU nicht weit hinter anderen mitteleuropäischen Ländern liegen würde. So bewertet der ukrainische Historiker Widnjanskyj (2018) die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine als äußerst positiv und produktiv und verweist auf den EU-Ukraine-Gipfel in Wien im Oktober 1998, bei dem die ukrainische Seite vorschlug, Verhandlungen über die Gewährung des Status eines assoziierten Mitglieds für die Ukraine aufzunehmen. Am 10. Dezember 1999 billigte der Rat der Europäischen Union auf seiner Tagung in Helsinki die Gemeinsame Strategie der EU für die Ukraine mit folgenden Prioritäten: Unterstützung von Reformen, Förderung der Demokratie, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Integration der Ukraine in den europäischen sozioökonomischen Raum usw (vgl. Widnjanskyj 2018). Als Reaktion darauf intensivierte die Ukraine ihre Bemühungen um die europäische Integration, und am 14. April 2000 wurde per Dekret von Präsident Kutschma ein detailliertes Programm für die Integration der Ukraine in die EU verabschiedet, nach dem die ukrainische Regierung begann, jährliche Aktionspläne für dessen Umsetzung zu entwickeln (vgl. Widnjanskyj 2018). So setzte Präsident Kutschma im September 2000 per Dekret den Nationalen Rat für die Anpassung der ukrainischen Gesetzgebung an die EU-Gesetzgebung ein und übernahm dessen Vorsitz, und die Regierung verabschiedete das Staatliche Programm zur Information der Öffentlichkeit über die europäische Integration der Ukraine (vgl. Widnjanskyj 2018).

Europäische Wissenschaftler, darunter James Sherr (1999:12), waren jedoch eher skeptisch, was die Leistungen der Ukraine angeht. Nach Ansicht des Autors waren die politische Elite und der ukrainische Präsident Kutschma von Anfang an ein Hindernis für die europäische Integration der Ukraine (vgl. Sherr 1999:12). Wie Sherr (1999:12) feststellte, "Die politischen Führer der Ukraine haben manchmal so getan, als ob sie die Integration durch eine Erklärung oder einfach durch den Beitritt und die Teilnahme an internationalen organisatorischen und politischen Clubs erreichen könnten, anstatt konkrete strukturelle Veränderungen vorzunehmen".

Die gleiche Meinung vertritt Kataryna Wolczuk (2004), die feststellt, dass die ukrainischen Eliten seit den ersten Tagen der ukrainischen Unabhängigkeit die Vorstellung von der "geopolitischen Bedeutung" der Ukraine für den Westen gepflegt haben. Obwohl in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre das Interesse sowohl der EU als auch der USA an der Ukraine in der Tat deutlich zunahm, waren die ukrainischen Eliten zu zögerlich, um zu erkennen, dass die EU sich mehr um die demokratische Entwicklung und die wirtschaftliche Leistung potenzieller Kandidatenländer als um deren geopolitische Lage in Europa kümmerte, wie Wolczuk (2004:5) analysiert. Die Autorin charakterisiert die Arbeit und die Bemühungen der ukrainischen Behörden von Anfang an auf dem Weg zur europäischen Integration als ineffektiv, da sie nicht darauf achteten, wie wichtig die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen des PKA war, und keine wirklichen Reformen durchführten, weshalb sich die EU gegenüber der Ukraine vorsichtig und kühl verhielt, "um deutlich zu machen, dass geopolitische Faktoren allein für die Integration in Europa nicht ausreichen" (Wolczuk 2004:5).

Und selbst die Tatsache, dass die EU die Ukraine "auf Distanz" hielt, ermutigte die ukrainischen Behörden und Kutschma nicht, sich aktiver um eine EU-Mitgliedschaft zu bemühen, schreibt Kataryna Wolczuk (2004:13). Deshalb sagte Kutschma, indem er auf die Meinung des ukrainischen Volkes spekulierte und sich rechtfertigte: "In Europa wartet niemand auf uns" (Hromadski et al. 2005:33). Wolczuk (2004:13) wiederum schreibt, dass viele ukrainische pro-europäische Politiker der späten 1990er Jahre die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft anstrebten, aber die damalige Regierungspartei und insbesondere Präsident Kutschma wollten ihr "Europäertum" nicht durch Taten unter Beweis stellen und sahen das Europäertum eher als eine Form der internationalen Anerkennung denn als einen Anreiz für innenpolitische Reformen.

Obwohl die makroökonomische Stabilisierung der Ukraine unter Präsident Kutschma in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erreicht wurde, ging sie laut Kataryna Wolczuk (2004:13) nicht mit den notwendigen mikroökonomischen Reformen einher, wie z. B. der Umstrukturierung von

Industrien und Unternehmen sowie umfassenden Steuer-, Verwaltungs- und Zollreformen. Kataryna Wolczuk (2004:13) zufolge machte es der Rückstand bei den Wirtschaftsreformen in der Ukraine unmöglich, dem wirtschaftlichen Druck Russlands zu widerstehen, und schuf zusätzliche Unsicherheit. Infolge solcher Maßnahmen "ist die Ukraine geschwächt und daher anfällig für den wirtschaftlichen Druck Russlands geworden, das in strategischen Sektoren der ukrainischen Wirtschaft Fuß gefasst hat" (Wolczuk 2004:13).

Obwohl der ukrainische Historiker Widnjanskyj (2018) die Institution der Präsidentschaft und insbesondere Präsident Kutschma als Quelle der europäischen Bestrebungen in der Ukraine einbezieht, bewerten die Europawissenschaftler Wolczuk (2004) und Schneider (2019) die Institution der Präsidentschaft als das größte Hindernis für die Verwirklichung dieser Bestrebungen. Insbesondere Kataryna Wolczuk (2004:10) argumentiert, dass die Unfähigkeit, echte Reformen auf dem Weg in die EU durchzuführen, die mangelnde Bereitschaft, sie umzusetzen, und das Zögern von Präsident Kutschma von ukrainischen Oligarchen beeinflusst wurden, deren Beziehungen zum damaligen Präsidenten Kutschma seit Mitte der 1990er Jahre sehr aktiv waren. Auch der deutsche Jurist Alexander Schneider (2019) schreibt über die Verbindungen Kutschmas zu den Oligarchen und die Ausweitung seiner Machtsphäre. Wolczuk (2004:10) schreibt darauf hin, dass sich ukrainische Oligarchen bereichert haben, indem sie für ihre wirtschaftlichen Zwecke Zugang zur politischen Entscheidungsfindung erhielten. Schneider (2019) fügt hinzu, dass die herrschende Elite und Kutschma selbst ausgeklügelte Schlupflöcher nutzten, um ehemalige staatliche Industrieunternehmen zu Preisen weit unter dem Marktwert zu privatisieren und "sich so andere Industrieunternehmen, den Bankensektor und die Medien anzueignen".

Wolczuk (2004:12) zufolge waren es "Kutschma, die Oligarchen und die Kommunisten, die als Garanten der russischen Interessen in der Ukraine galten", da sie alle die politische Unterstützung Russlands genossen. Dies wird durch die Tatsache belegt, dass Russland Kutschma bei den Wahlen 2002 offen unterstützte (vgl. Wolczuk 2004: 12). Wolczuk (2004:12) zufolge hat Russland daher "beharrlich versucht, die Ukraine in engere politische und wirtschaftliche Beziehungen zu ziehen, während es gleichzeitig die regionale Integration der Ukraine entlang der westlichen Achse als Bedrohung der russischen geopolitischen Interessen ansah". Neben der Zusammenarbeit mit Russland waren nicht weniger skandalöse und ungeheuerliche Fakten der Demoralisierung des damaligen Präsidenten Kutschma seine Verwicklung in das Verschwinden und den Mord an dem Journalisten Gongadse und andere Skandale, die zur Zerstörung seines Ansehens im Westen führten, schreibt Wolczuk (2004:14). Die Autorin ist überzeugt, dass all diese Faktoren nur "die

Desillusionierung der Öffentlichkeit gegenüber der postsowjetischen Politik vertieft und die ukrainische Gesellschaft politisch entmündigt haben" (Wolczuk 2004:10).

4.1.2. Die öffentliche Meinung im Zeitraum 1991-2000. Historischer Hintergrund

Laut dem ukrainischen Politikwissenschaftler Professor Feliks Baranowskyj (2017:208) stützte sich die Zivilgesellschaft in der Ukraine in den Jahren der Gründung der Ukraine und der Zusammenarbeit der Ukraine mit der EU hauptsächlich auf die Bemühungen der staatlichen Behörden im Prozess der europäischen Integration, und die Gesellschaft selbst hatte in erster Linie die Aufgabe, den Prozess zu überwachen und Empfehlungen zu geben. Die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen konzentrierten sich eher darauf, auf die Maßnahmen der Regierung zu reagieren, als die Entscheidungsfindung zu beeinflussen, so der Autor Baranovsky (2017:208).

Die ukrainische Soziologin Natalija Pohorila (2003:22) stellt bei der Auswertung der ersten soziologischen Umfragen in der bereits unabhängigen Ukraine, die erst 1994 durchgeführt wurden, fest, dass bei der Frage nach den möglichen Wegen der Entwicklung der Ukraine die Optionen "Entwicklung von Beziehungen zur GUS" und "zu Russland" 40 bzw. 17 % der Stimmen erhielten, während die Verbindung mit dem Westen 13 % und ein unabhängiger Weg der Entwicklung 13% ausmachte (vgl. Pohorila 2003: 22). Im Jahr 1997 erschien die Option "Stärkung des ostslawischen Blocks mit Russland und Weißrussland", und diese Option fand die Hälfte der Befürworter sowohl der Beziehungen zur GUS als auch der Beziehungen zu Russland (vgl. Pohorila 2003: 22). In den 2000er Jahren erwies sich der Ostslawische Block als das beliebteste Projekt, das 23-34 % der Befragten ansprach, so die Soziologin Pohorila (2003:22). Die Beliebtheit anderer Entwicklungsstrategien variierte in unsystematischer Weise. Die Befürwortung von Beziehungen zu den entwickelten westlichen Ländern lag zwischen 11 und 17 %; nur die Idee der Entwicklung von Beziehungen hauptsächlich zu Russland war weniger populär - 4 bis 10 %, so Pohorila (2003:22). Der Wunsch nach einer ausschließlich auf eigenen Ressourcen basierenden Entwicklung nahm in den 1990er Jahren leicht zu - von 13 auf 22 %, und im Jahr 2000 schwankte er zwischen 17 und 22 % (vgl. Pohorila 2003:22).

Auch die ukrainische Soziologin Pohorila (2003) stellte fest, dass zwischen 1994 und 2000 die östlichen Regionen der Ukraine (Donezk, Luhansk) und der Süden der Ukraine hauptsächlich den Entwicklungsvektor des "Ostslawischen Blocks mit Russland und Weißrussland" befürworteten, während der Westen der Ukraine die Entwicklung in Richtung der westlichen Länder unterstützte. Dementsprechend hat der Faktor der geografischen Nähe der östlichen Region zur Ukraine nach

Ansicht ukrainischer Wissenschaftler einen erheblichen Einfluss auf die mangelnde Unterstützung dieser Regionen für den europäischen Integrationsweg der Ukraine. Dementsprechend ist es meiner Meinung nach in dieser Masterarbeit äußerst wichtig, die Stimmungen in der ukrainischen Gesellschaft besser zu verstehen, um die Stimmungen in den euroskeptischen östlichen und südlichen Regionen der Ukraine herauszufinden, zu analysieren und zu begründen, und zwar vor dem historischen Hintergrund.

In dem Artikel von Sanuda und Dorosch (2015), die das Problem der künstlichen Umsiedlung und Zwangsassimilation von Russen und Weißrussen in der Süd- und Ostukraine unmittelbar nach dem Holodomor¹ von 1932-33 beleuchten, wird diese Tatsache beispielsweise als Folge der Verbundenheit (freundschaftlichen Haltung) dieser Regionen mit Russland und ihrer Einstellung zum Krieg und zur europäischen Integration bezeichnet.

So fanden die Autoren unter Berufung auf die Geheimarchive des KGB heraus, dass die sowjetischen Behörden nach der Hungersnot in der Ukraine 1932-1933 damit begannen, russische Einwohner in die östlichen und südlichen Regionen der Ukraine umzusiedeln, die durch die Hungersnot verwüstet worden (nach der Hungersnot ausgestorben) waren (vgl. Sanuda/Dorosch 2015). Die vom Holodomor-Museum gesammelten Dokumente beziehen sich auf die zweite Hälfte der Jahre 1933-1934, d. h. auf das erste Jahr nach der Hungersnot, und zeigen, dass die Region Donezk (die damals das Gebiet der heutigen Region Luhansk umfasste) als erste umgesiedelt wurde, die Gebiete Dnipro (das teilweise die heutige Oblast Saporischschja umfasste) und Charkiw aus Russland umgesiedelt wurden und das Gebiet Odesa (das damals die heutigen Oblaste Mykolaiv und Cherson umfasste) aus Belarus und Russland umgesiedelt wurde (vgl. Sanuda/Dorosch 2015).

Laut den ukrainischen Forschern Sanuda und Dorosch (2015) wurde der größte Teil der ukrainischen Bevölkerung während der Hungersnot getötet, aber der Boden musste gepflegt werden, und so wurden bis Ende 1933 109 Züge mit Migranten und ihren Waren aus der westlichen Region der RSFSR in die Region Dnipro geschickt, 80 Züge wurden aus der zentralen Schwarzerde-Region Russlands in die Region Charkiw geschickt, 44 Züge aus der Region Iwanowo in die Region Donezk, während 61 Züge aus der Weißrussischen SSR in die Region Odesa und 35 Züge mit Menschen aus der Region Horky geschickt wurden. Nach Schätzungen

¹ Das Europäische Parlament erkennt den Holodomor, die vom Menschen verursachte Hungersnot von 1932-1933 in der Ukraine, die durch das vorsätzliche Handeln des sowjetischen Regimes verursacht wurde, als Völkermord an der ukrainischen Bevölkerung an; verurteilt nachdrücklich derartige Handlungen des totalitären sowjetischen Regimes, die zum Tod von Millionen von Ukrainern führten und die Grundlagen der ukrainischen Gesellschaft erheblich untergruben.

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/presse/pr_info/2008/EN/03A-DV-PRESSE_IPR\(2008\)10-22\(40408\)_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/presse/pr_info/2008/EN/03A-DV-PRESSE_IPR(2008)10-22(40408)_EN.pdf)

der ukrainischen Forscherin Jewhenija Olijnyk (2015) gab es 329 Staffeln von Vertriebenen, was etwa 23.000 Familien und mehr als 117.000 Menschen entspricht.

Sanuda und Dorosch (2015) stellen fest, dass die Migranten (d. h. Russen und Weißrussen), die in den Dörfern im Osten und Süden des Landes ankamen, die verhungert waren, erhebliche Vorteile erhielten. Sie waren von allen Steuern befreit, mussten drei Jahre lang keine Agrarsteuer zahlen, durften ein Jahr lang keine Milch und kein Fleisch an den Staat liefern, und jede Familie erhielt ein kostenloses Haus und ein Grundstück, dessen Reparatur vor der Umsiedlung von den örtlichen Kolchosen übernommen werden sollte (vgl. Sanuda/Dorosch 2015). Diejenigen, die keine Kuh besaßen, erhielten kostenlos eine Kuh, und für jeweils zwei oder drei Familien wurde ein Pferd zur Verfügung gestellt, schreiben die Autoren (vgl. Sanuda/Dorosch 2015). Die Umsiedler erhielten Getreide, das von den Ukrainern konfisziert wurde, und wurden nicht nur in Familien, sondern auch in ganzen Kolchosen angesiedelt, schreibt die ukrainische Forscherin Jewhenija Olijnyk (2015). Bei der Volkszählung im Jahr 1939 wurde eine Veränderung der ethnischen Bevölkerung auf dem Gebiet der Ukraine festgestellt (vgl. Olijnyk 2015).

"Die Binnenvertriebenen wurden unter weitaus besseren Bedingungen untergebracht als die einheimische Bevölkerung, die nach dem Holodomor zurückgeblieben war. Die Menschen hatten zwei Jahre lang an Unterernährung gelitten, und in den letzten neun Monaten waren sie an Hunger gestorben. Aber nicht nur, dass sie keine Hilfe erhielten, sie mussten auch die Häuser der Toten für die Besucher aus Russland und Weißrussland instand setzen. Außerdem mussten sie so viel Getreide aus der Ernte verteilen, wie die Vertriebenen in ihren Scheunen zu Hause übrig gelassen hatten. Laut den Dokumenten mussten sie sogar Tische und Stühle bereitstellen", schreiben Sanuda und Dorosch (2015).

Sofija Panaßjuk (2022) fügt hinzu, dass die Russen bis in die 1950er Jahre vor allem in die großen ukrainischen Städte und Industriezentren abwanderten, und zwar aktiver als die Ukrainer. Der Anteil der Russen an der städtischen Bevölkerung stieg von 25 % im Jahr 1926 auf 29 % im Jahr 1959 (vgl. Panaßjuk 2022). Generell stieg die Zahl der Russen in der Ukraine während der Sowjetära von fast 3 Millionen im Jahr 1926 auf mehr als 11 Millionen im Jahr 1989 (vgl. Panaßjuk 2022).

Parallel zur Umsiedlung von Russen kam es zu ständigen Deportationen von Ukrainern. Die Praxis der Zwangsumsiedlung war unter der Sowjetherrschaft besonders verbreitet, schreibt Panaßjuk (2022). Nach Panaßjuk (2022) Schätzungen gab es zwischen den 1920er und 1960er Jahren etwa 10 Deportationen. Die Opfer waren hauptsächlich Ukrainer und Krimtataren, aber auch andere

Völker: Deutsche, Tschechen, Polen und Armenier (vgl. Panaßjuk 2022). Die östlichen Gebiete der Ukraine litten am meisten in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, als die so genannten "Kulakenvertreibungen" stattfanden (vgl. Panaßjuk 2022). Wohlhabendere Bauern wurden ins Innere Russlands geschickt, wobei ihr Eigentum zuvor konfisziert wurde; allein in den Jahren 1930-1931 wurden 63.817 Bauernfamilien aus der Ukraine (damals Ukrainische SSR) in den Ural, nach Ost- und Westsibirien, in den Fernen Osten und nach Jakutien deportiert (vgl. Panasiuk 2022). Während des Zweiten Weltkriegs wurden die Ukrainer aus dem Osten zur Zwangsarbeit nach Deutschland geschickt, man nannte sie "Ostarbeiter" (Panaßjuk 2022). Vom Bahnhof "Charkiw" aus startete im Januar 1942 die erste Staffel der "Ostarbeiter" (Panaßjuk 2022). Das Hauptziel aller Deportationen war die Assimilierung der Völker und die vollständige Zerstörung ihrer Identität, schreibt Panaßjuk (2022).

Sanuda und Dorosch (2015) weisen unter Berufung auf die ukrainische Wissenschaftlerin und Holodomor-Forscherin Lapchynska darauf hin, dass die Umsiedlungsgebiete bei genauer Betrachtung der ukrainischen Landkarte mit jenen modernen Gebieten übereinstimmen, die nach der Unabhängigkeitserklärung die russische Richtung der Zusammenarbeit unterstützen. So bewerten ukrainische Wissenschaftler den Holodomor von 1932-33 als einen kräftigen Schlag gegen die ukrainische Unabhängigkeit und eine gewaltsame Assimilationspolitik, deren Idee es war, einen Teil der ukrainischen Bevölkerung auszurotten und an ihrer Stelle Menschen anzusiedeln, deren nationale Idee nicht bekämpft werden musste, die von den Russen unterstützt wurden und werden und die weiterhin prorussische Positionen unterstützen werden, weil die ukrainische Regierung und Gesellschaft solche Bürger nicht integriert (vgl. Olijnyk 2015).

4.2. Analyse der Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union im Zeitraum 2000-2003

4.2.1. "Verlorene Zeit"

Ukrainische Wissenschaftler bezeichnen den Zeitraum 2000-2004 häufig als die sogenannte "unruhige Zeit" in den Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU, in der einerseits Präsident Kutschma neue pro-europäische organisatorische und legislative Schritte unternahm, um einen strategischen außenpolitischen Kurs der europäischen Integration zu entwickeln, und andererseits die autoritären Tendenzen seiner Herrschaft und die Abhängigkeit der ukrainischen Außenpolitik von schwerwiegenden innenpolitischen Herausforderungen (Korruption, Schattenwirtschaft, Unterdrückung der Meinungsfreiheit - der Gongadse-Fall etc., Waffenverkäufe an den Irak im Jahr 2002), die bei den westlichen Partnern Enttäuschung hervorriefen (vgl. Widnjanskyj 2018).

Die offizielle Dokumentation der Europäischen Kommission machte Kiew keine Hoffnungen auf einen vollwertigen Platz in der EU, was laut Widnjanskyj (2018) unter anderem eine wachsende Euroskepsis unter den pro-europäischen ukrainischen Politikern hervorrief, die sich ständig darüber beschwerten, dass die EU die Festlegung einer klaren politischen Perspektive für die Ukraine verzögere. In Anbetracht dessen spalteten sich die politischen Parteien zu Beginn des neuen Jahrtausends deutlich in diejenigen, die eine solche Politik des Staatsoberhauptes unterstützen, und diejenigen, die kategorisch dagegen sind, schreibt Tarnawskyj (2017). Zum Beispiel zeigten Kommunisten, Sozialisten und nationalistische Parteien, einschließlich der ukrainischen Nationalversammlung, die in den 1990er Jahren nicht von Euroskepsis geprägt war, weiterhin recht konsequent Euroskepsis (vgl. Tarnawskyj 2017).

Wie der ukrainische Historiker Widnjanskyj (2018) jedoch feststellt, haben die positiven aktiven Schritte der Ukraine in Richtung EU die Situation verändert. Insbesondere wurde 2002 durch ein Dekret von Präsident Kutschma der Staatsrat für euro-atlantische und europäische Integration der Ukraine gegründet, und 2002 hielt Leonid Kutschma seine Rede "European Choice" vor der neu gewählten, pro-europäisch orientierten Werchowna Rada der Ukraine (vgl. Widnjanskyj 2018). Konzeptionelle Grundlagen der Strategie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Ukraine für den Zeitraum 2002-2011, in der praktische Schritte zur europäischen Integration skizziert wurden, um die notwendigen Voraussetzungen für eine vollständige EU-Mitgliedschaft zu schaffen (vgl. Widnjanskyj 2018). Bei den Parlamentswahlen 2002 wurde die europaskeptische Kommunistische Partei der Ukraine zum ersten Mal aus ihrer Führungsposition verdrängt und verlor gegen den proeuropäischen Block von Wiktor Juschtschenkos "Unsere Ukraine" (Nascha Ukrajina), der sich damals gegen die Regierung stellte und auf der Notwendigkeit einer entschiedenen europäischen Integration der Ukraine bestand (vgl. Tarnawskyj 2017:40). So verabschiedete die Werchowna Rada der Ukraine 2002 einen Appell an die Parlamente, Regierungen und die Öffentlichkeit der EU-Mitgliedstaaten, in dem sie diese aufforderte, den Kurs der Ukraine in Richtung europäische Integration zu unterstützen (vgl. Widnjanskyj 2018).

Laut Widnjanskyj (2018) war es diese Aktivität der Ukraine in Richtung europäische Integration, die der EU den Anlass gab, im März 2003 eine neue Gemeinsame Strategie der EU für die Ukraine, die sogenannte Europäische Nachbarschaftspolitik, zu veröffentlichen. Das Ziel dieses Konzepts, wie es von der Europäischen Kommission definiert wurde, war die Stärkung der regionalen Stabilität, Sicherheit und des Wohlstands, und es war auch ein ergänzender Mechanismus zur Aufrechterhaltung des politischen Dialogs, der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit (vgl. Widnjanskyj 2018).

Sowohl ukrainische als auch europäische Wissenschaftler stehen der sogenannten Nachbarschaftspolitik jedoch recht kritisch gegenüber. Roman Goncharenko (2011), Redakteur der Deutschen Welle (Osteuropa, Bonn, Deutschland), bewertete dieses Konzept sehr kontrovers, denn "es wurde für 16 sehr unterschiedliche EU-Nachbarländer entwickelt und stellt damit die Ukraine auf eine Stufe mit Marokko", was nach Meinung des Autors inakzeptabel ist.

Der ukrainische Historiker Widnjanskyj (2018) bewertete auch die Europäische Nachbarschaftspolitik und den Aktionsplan (2003), die von der EU für die Ukraine entwickelt wurden und auf 3 bis 5 Jahre ausgelegt waren, skeptisch. Nach Ansicht des Autors enthielten sie hauptsächlich Anforderungen an die Ukraine und sahen wiederum nicht die erwartete Gewährung einer assoziierten Mitgliedschaft in der EU im Falle ihrer Umsetzung vor, was wiederum auf die Skepsis der EU gegenüber den europäischen Integrationsaussichten der Ukraine hinwies (vgl. Widnjanskyj 2018). Der Autor stellt fest, dass Kutschma 2003 erklärte, die Ukraine habe die Gültigkeit ihres Antrags auf EU-Mitgliedschaft bewiesen und hoffe, dass beim nächsten EU-Ukraine-Gipfel die Frage der assoziierten Mitgliedschaft der Ukraine in die Praxis umgesetzt werden könne (vgl. Widnjanskyj 2018). Einige Tage später wurde, wie zur Bestätigung dieser Aussage, der Europatag zum ersten Mal gefeiert, zunächst in Kiew und dann in anderen Städten der Ukraine (vgl. Widnjanskyj 2018).

Und um seinen Multivektorisismus zu bestätigen, entschied sich Kutschma, wie Widnjanskyj (2018) erklärt, nicht zuletzt aus strategischen Gründen, die Bestrebungen zur europäischen Integration aufzugeben und das von Russland initiierte Projekt des sogenannten Gemeinsamen Wirtschaftsraums (Russland, Belarus, Kasachstan) zu unterzeichnen. Widnjanskyj (2018) erklärt, dass 2003 eine Zeit intensiver politischer Kämpfe in der Ukraine am Vorabend der Präsidentschaftswahlen war, in der Kutschma versuchte, zwischen zwei Stühlen zu sitzen, ein Buch mit dem Titel "Die Ukraine ist nicht Russland" veröffentlichte und behauptete, dass "die Ukraine zusammen mit Russland nach Europa geht", obwohl Russland in Wirklichkeit nie "nach Europa gegangen ist".

Roman Gontscharenko (2011) schreibt, dass die politische Situation in der Ukraine in den letzten Jahren der Herrschaft Kutschmas nicht auf die Erfüllung der erklärten Aussagen und die Einführung europäischer Standards ausgerichtet zu sein schien und dass der damalige Präsident Kutschma Reformen eindeutig vermied.

Laut Widnjanskyj (2018) hat dieser multivektorale Ansatz des ukrainischen Präsidenten die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU logischerweise und auf natürliche Weise verkompliziert, aber es gab tiefere Gründe dafür. Nach Ansicht vieler Experten wurde die Ukraine von der EU nicht nur wegen der ukrainischen Innen- und Außenpolitik, z. B. wegen der Nichterfüllung der Kopenhagener Kriterien, effektiv ignoriert. Der wichtigste Faktor, so der ukrainische Historiker Widnjanskyj (2018), war jedoch die Politik der führenden EU-Staaten. So betonten Experten des deutschen und des französischen Außenministeriums, dass "die Ukraine niemals in die EU aufgenommen werden wird, da dies zu einer Isolierung Russlands führen würde. Russland führen würde" (Widnjanskyj 2018). In der Tat ist es der pro-russische Charakter der westlichen Politik, den viele ukrainische internationale Experten als Hauptgrund für das mangelnde Interesse Europas an einer Aufnahme der Ukraine in die EU ansehen (vgl. Widnjanskyj 2018).

Die Reaktion der EU auf den ersten ukrainisch-russischen Konflikt um die Insel Tuzla², oder vielmehr das Ausbleiben einer solchen Reaktion, diente dazu, die Interessen Russlands zu schützen und die Ukraine völlig zu ignorieren, so der ukrainische Autor Anton Petscherskyj (2022). Am 29. September 2003 wurde vom Territorium der Russischen Föderation aus mit dem Bau eines Staudamms durch die Straße von Kertsch zur ukrainischen Insel Tuzla (ukrainisches Territorium) begonnen, ohne jegliche Absprache mit der ukrainischen Seite (vgl. Petscherskyj 2022). Der offizielle Zweck des Baus bestand nach Angaben der russischen Seite darin, das russische Ufer der Meerenge in der Nähe des Dorfes Taman, Bezirk Temryuksky, Region Krasnodar, mit Tuzla zu verbinden. Der eigentliche Zweck der Arbeiten war laut Anton Petscherskyj (2022) ein anderer: Am Beispiel des Konflikts um Tuzla wollte Russland die Reaktion des ukrainischen Staates und der ukrainischen Gesellschaft sowie der internationalen Gemeinschaft testen und Mechanismen zur Informationsunterstützung entwickeln.

Von Ende September bis Ende Oktober 2003 baute Russland illegal auf ukrainischem Territorium und hielt sich dort auf, aber die russische Seite verheimlichte und leugnete die Tatsache des Baus, ignorierte die ukrainische Seite, benutzte einen Rauchvorhang und schob die Verantwortung für die Bauinitiative auf die lokalen Behörden in den Regionen (vgl. Petscherskyj 2022). Das ukrainische Außenministerium übergab dem russischen Vertreter eine Protestnote, doch die russische Seite reagierte nicht auf die Worte und Handlungen des offiziellen Kiews (vgl. Pecherskyi 2022). Anton Petscherskyj (2022) verweist auf die eklatante Missachtung des

² Die Insel hat eine Fläche von etwa 3,5 Quadratkilometern (6,5 km Länge und etwa 500 m Breite). Die Insel liegt fast in der Mitte der Meerenge von Kertsch. Nach der administrativen Aufteilung der UdSSR gehörte sie zur Region Krim, die 1954 Teil der Ukrainischen SSR wurde. Nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine wurde Tuzla ein integraler Bestandteil des souveränen Territoriums der Ukraine.

ukrainisch-russischen Konflikts durch die westlichen Partner. Obwohl die Ukraine Tuzla verteidigte und Ende 2003 ein ständiger Grenzposten auf der Insel errichtet wurde, führten viele Verhandlungsrunden über die Abgrenzung der ukrainisch-russischen Seegrenze nicht zu einem Abschlussdokument (vgl. Petscherskyj 2022).

Die Bewertung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU in den Jahren 2000-2003 zeigt, dass die ukrainische Regierung die Entscheidung für Europa über viele Jahre hinweg entweicht hat, indem sie weiterhin eine so genannte Multivektor-, in Wirklichkeit aber eine Zwei-Vektoren-Außenpolitik (Russland-EU) verfolgte, was nicht nur zum Verlust wertvoller Zeit, sondern auch zu einer ernsthaften Verschlechterung der Bedingungen für die Rückkehr nach Europa führte. Infolgedessen wurden die europäische Idee und die demokratischen Werte teilweise diskreditiert, der Europäismus wuchs, und die Enttäuschung über die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit den westlichen Partnern und der EU insgesamt nahm zu, wie die Ergebnisse der damaligen Meinungsumfragen zeigten.

4.2.2. Die öffentliche Meinung im Zeitraum 2000-2003. Die Zwei-Vektoren-Natur der ukrainischen Gesellschaft

Die Multivektor- bzw. Zwei-Vektoren-Regierung unter Kutschma (2000-2003) spiegelte sich in der Gesellschaft wider, nicht zuletzt wegen der Manipulationen der damaligen Regierung, die eine zweideutige und eher widersprüchliche Haltung zur außenpolitischen Orientierung, einschließlich der europäischen Integration, einnahm.

So ergab eine soziologische Umfrage des Zentrums für Sozial- und Marketingforschung im Juni 2000, dass 57% der Bürger einen EU-Beitritt der Ukraine wünschten, während nur 14% dieser Aussicht skeptisch gegenüberstanden (vgl. Baranowska 2001: 182f). Der ukrainische Historiker und Politikwissenschaftler Tarnawskyj (2018) führt diesen Wandel in den außenpolitischen Orientierungen der einfachen Ukrainer auf die Durchführung einer Informationskampagne zurück, die 1998 von Präsident Leonid Kutschma genehmigt wurde (vgl. Tarnawskyj, 2018). Infolgedessen stieg das öffentliche Bewusstsein für die Vorteile der europäischen Integration der Ukraine etwas an, und infolgedessen wurde die Kommunistische Partei der Ukraine bei den Parlamentswahlen 2002 zum ersten Mal von ihrer Führungsposition verdrängt und verlor gegen Viktor Juschtschenkos pro-europäischen Block "Unsere Ukraine", der sich gegen die damalige Regierung stellte und auf der Notwendigkeit einer entschiedenen europäischen Integration der Ukraine bestand (vgl. Tarnawskyj, 2018). Seitdem ist die europäische Integration der Ukraine laut Tarnawskyj (2018) zu einem immer wichtigeren Thema im öffentlichen Raum geworden, was die

politische und ideologische Differenzierung der ukrainischen Gesellschaft gefördert und zu einem wachsenden Euroskeptizismus geführt hat.

Wie aus anderen Quellen hervorgeht, reichte das Bewusstsein der Ukrainer jedoch noch nicht aus, da die meisten Meinungsumfragen in den Jahren 2000-2003 zeigten, dass viele Menschen in der Ukraine weiterhin eine gleichzeitige Stärkung der Beziehungen sowohl zu Russland/GUS als auch zu Europa befürworteten. Dementsprechend sah die Gesellschaft selbst keinen Widerspruch zwischen dem Streben nach einer EU-Mitgliedschaft und engeren politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland, obwohl Russland seine Absicht, der Europäischen Union beizutreten, nicht zum Ausdruck brachte, so Kataryna Wolczuk (2004: 6f), Professorin für osteuropäische Politik an der Universität Birmingham. Der ukrainische Politikwissenschaftler und Journalist Mykola Rjabtschuk (2003) untermauert die Annahme, dass die Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung zwischen den östlichen und westlichen Entwicklungsvektoren verwirrt sind, mit dem Vorhandensein eines postsowjetischen Bewusstseins in der unabhängigen Ukraine, dessen integraler Bestandteil die gleichzeitige Unterstützung sich gegenseitig ausschließender Werte, Grundsätze, politischer Vektoren und Orientierungen ist.

Kataryna Wolczuk (2004) zufolge deutet der Multi-Vektor-Faktor auf einen Mangel an Bewusstsein und Wissen der ukrainischen Gesellschaft über die Funktionsweise der EU im Allgemeinen und die Dynamik der europäischen Integration im Besonderen hin. Zur Untermauerung ihrer Einschätzung fügt die Autorin eine im Jahr 2000 durchgeführte soziologische Umfrage hinzu, wonach 60 % der Ukrainer einen EU-Beitritt der Ukraine in den nächsten fünf Jahren befürworteten, die ukrainische Gesellschaft sich jedoch nicht darüber im Klaren war, wie weit die Ukraine dafür bereit war, oder vielmehr, dass sie in allen Bereichen absolut unvorbereitet war und dass dieser Prozess unmöglich war (vgl. Wolczuk, 2004: 6f). Die Manipulationen des damaligen Präsidenten Kutschma, der der Öffentlichkeit und allen Fernsehsendern versicherte, dass die Ukraine bereit sei, der EU beizutreten, schufen bei den einfachen Ukrainern der Arbeiterklasse das Vertrauen, dass die Ukraine zu einem solchen Schritt bereit sei. In Wirklichkeit waren diese "ehrgeizigen" Pläne der damaligen Regierung und Kutschmas nach Ansicht von Experten jedoch überhaupt nicht realistisch. So kündigte Präsident Kutschma im Juli 2002 auf dem sechsten EU-Ukraine-Gipfel offiziell die konkreten Bestrebungen der ukrainischen Seite an: Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU bis 2003-2004, Erfüllung aller Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens bis 2004-2007, Errichtung einer Zollunion mit der EU bis 2005-2007 und Erfüllung aller Voraussetzungen für die EU-Mitgliedschaft bis 2007-2011 (vgl. Widnjanskyj 2018). Dieser europäische Integrationskurs der Staatsführung beeinflusste die öffentliche Meinung, und dementsprechend verzeichneten

Umfragen in den Jahren 2002-2003 den höchsten Prozentsatz an Unterstützung für den EU-Beitritt in der Geschichte der Beobachtungen (bis zu 65%) (vgl. Rosumnyj 2021). Die Popularität der gegenteiligen Ansicht, nämlich eines Kurses der Annäherung an Russland, war rekordverdächtig niedrig: weniger als 20 % der Bürger waren gegen den Beitritt (vgl. Rosumnyj 2021). Bei der Bewertung der öffentlichen Meinung in den Jahren 2000-2003 stellte Wolczuk (2004) fest, dass die EU-Mitgliedschaft in jenen Jahren weniger Spaltungen in der ukrainischen Gesellschaft verursachte als die Beziehungen zu Russland. Die Autorin erklärt diese Situation mit der uneingeschränkten Unterstützung für Russland im linken Ufer der Ukraine (Osten) und der kategorischen Ablehnung des Entwicklungsvektors in Richtung Russland in der Westukraine (vgl. Wolczuk 2004: 6f). Dies wird einmal mehr durch die ständige Spaltung der ukrainischen Gesellschaft zwischen den pro-europäischen westlichen Regionen der Ukraine und den pro-russischen (euroskeptischen) östlichen und teilweise südlichen Regionen der Ukraine bestätigt.

Dementsprechend spiegelte sich die Popularität des europäischen Integrationsweges in der Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung für die Idee eines Beitritts zur Europäischen Union Mitte 2004 (vor der Orangen Revolution) wider, wie das Nationale Institut für Strategische Studien (NISS), das Mitte April (2004) eine landesweite Umfrage unter 1.800 Befragten durchführte, zeigte: 39,4 % der Bevölkerung sprachen sich für einen Beitritt zur EU aus (vgl. Jewrobuleten 2004:9). Soziologische Daten zeigen auch, dass weniger als ein Drittel der Ukrainer ihr Land als Mitglied des Gemeinsamen Wirtschaftsraums (GWR), d.h. in einer engeren Union mit Russland, sehen möchten (vgl. Jewrobuleten 2004:9). Der Direktor des Nationalen Instituts für Strategische Studien, Anatolij Galchynskyi, kommt zu dem Schluss, dass die ukrainische Bevölkerung zu dieser Zeit eine ausgewogene und freundliche Einstellung zur geostrategischen Politik des Staates hatte, die sich nicht gegen die östliche und westliche Politik stellte (vgl. Jewrobuleten 2004:9). Oleksandr Resnik (2022), Leiter des Zentrums für politische Soziologie, erklärt diese enge Beziehung zum Osten mit dem Mangel an Interaktion mit Europäern, da die schwierige sozioökonomische Lage und die Visaregelung keine Reisen nach Europa förderten.

4.3. Analyse der Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union im Zeitraum 2004-2013

4.3.1. "Verhandlungszeitraum" oder "Zeit der nicht realisierten Chancen"

Der ukrainische Historiker Widnjanskyj (2018) beschreibt diese Phase als "Verhandlungszeitraum", die trotz der Intensität der Ereignisse sowohl in der Ukraine als auch in den Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union als "Zeit der nicht realisierten Chancen" bezeichnet werden kann, da die Annäherung des ukrainischen Staates an die EU meist nur

deklariert und nachgeahmt wurde und es praktisch keine realen Ergebnisse gab, nicht zuletzt wegen der zu "vorsichtigen" Haltung der EU.

In diesem Zeitraum kam es zu äußerst bedeutsamen geopolitischen Veränderungen in Europa, nämlich zur Erweiterung der EU (2004-2007), der acht postsozialistische Staaten Mittel- und Osteuropas beitraten: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakische Republik; darüber hinaus fand 2007 die "sechste" Erweiterung der EU statt, als zwei weitere MOE-Staaten - Bulgarien und Rumänien - der EU beitraten und der Eintritt eines mächtigen Wirtschaftsakteurs - der Europäischen Union - an die Grenzen der Ukraine (vgl. Widnjanskyj 2018). Im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung wurde die politische Situation um die Ukraine von ukrainischen Wissenschaftlern äußerst positiv für die Ukraine interpretiert, insbesondere von Artomow (2007), der prognostizierte, dass die Nähe der Ukraine zur EU deren Einfluss auf die Ukraine objektiv erhöhen würde, da die EU seiner Meinung nach daran interessiert ist, Frieden und Stabilität in der Nähe ihrer Grenzen zu gewährleisten, und die aktive Umsetzung europäischer Normen und Standards in allen Lebensbereichen in der Ukraine fördern wird. Der Autor argumentiert, dass die Nachbarländer nach dem EU-Beitritt ihre Beziehungen zur Ukraine auf der Grundlage von EU-Normen und -Regeln und unter Berücksichtigung der Gemeinsamen Strategie der EU für die Ukraine aufbauen werden, so dass der Beitritt von Staaten, zu denen die Ukraine traditionell gute Beziehungen unterhält (z. B. Polen), und der Erhalt entsprechender Quoten in den EU-Gremien (EU-Rat, Europäische Kommission) die ukrainischen Interessen in der EU fördern können (vgl. Artomow 2007:59).

Ein wichtiger Faktor in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine war nach Ansicht ukrainischer Wissenschaftler die interne Situation in der Ukraine, nämlich die Orangene Revolution von 2004, die die Bestrebungen des ukrainischen Volkes nach europäischer Integration deutlich machte. Es handelte sich um eine Massenbewegung des zivilen Ungehorsams, die von Anhängern des pro-europäischen Oppositionskandidaten nach der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen 2004 in der Ukraine organisiert wurde (vgl. Widnjanskyj 2018). Widnjanskyj (2018:3) schreibt, dass die Orangene Revolution zwar nur 12 Tage dauerte - vom 22. November an (als sich am Tag nach der Bekanntgabe des Sieges von Janukowitsch in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen durch die Zentrale Wahlkommission bis zu 100.000 Demonstranten auf dem Maidan Nezalezhnosti gegen Wahlbetrug versammelten), und dass sich insgesamt, laut Soziologen, 5 bis 6 Millionen Menschen im ganzen Land an den Aktionen des zivilen Ungehorsams beteiligten; die Proteste dauerten bis zum 3. Dezember 2004 (als der Oberste Gerichtshof der Ukraine einen zweiten Wahlgang anordnete) und lösten ein breites Echo in der Welt aus: Die führenden Vertreter internationaler Organisationen, einschließlich der Europäischen

Union und einzelner europäischer Staaten, sowie die Regierungen der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten blieben von diesen Ereignissen nicht verschont. Nach Ansicht des ukrainischen Autors Tarnawskyj (2018) war die Orange Revolution die kritischste Phase in der Entwicklung des Euroskeptizismus in der Ukraine.

Während der revolutionären Ereignisse waren auch die politischen Parteien in zwei Lager gespalten. Bemerkenswert ist, dass Partei "Freiheit" (Swoboda), die von Euroskepsis geprägt war, die Kandidatur von Wiktor Juschtschenko, einem Befürworter der europäischen Integration der Ukraine, unterstützte und sich aktiv an der Orangen Revolution beteiligte, indem sie Sicherheitsfunktionen übernahm. Dem ukrainischen Wissenschaftler Mykola Rjabtschuk (2003) zufolge war diese Neuausrichtung der Partei darauf zurückzuführen, dass die ukrainischen Nationalisten nach ihrer Emanzipation von Russland nicht nur gezwungen waren, ihr "Europäertum" (im Gegensatz zum russischen "Asiatentum") öffentlich zu bekräftigen, sondern auch die westlichen liberal-demokratischen Werte volens-nolens zu übernehmen, als wären sie für die Ukrainer "natürlich" (vgl. Rjabtschuk 2003:25). Die Kommunisten änderten erwartungsgemäß ihre antieuropäische Rhetorik nicht, sondern verschärften sie im Gegenteil noch, indem sie beschlossen, dass die EU für sie eine bürgerliche und kapitalistische Formation ist (in einer negativen Konnotation), wie Lytwyn (2005:158) analysiert, sich aber gleichzeitig weigerten, einen der Kandidaten zu unterstützen.

Die Massenproteste gegen Wahlbetrug und ein korruptes Regime, das nicht gewillt war, seine Positionen aufzugeben, waren erfolgreich, und am 26. Dezember 2004 wurde Wiktor Juschtschenko in einem erneuten zweiten Wahlgang mit 52 % der Stimmen zum Präsidenten gewählt (vgl. Widnjanskyj 2018). Aufgrund dieser Entwicklungen, so die Analyse von Widnjanskyj (2018), begannen mehr und mehr europäische Politiker zu glauben, dass es unangemessen ist, ein so großes europäisches Land wie die Ukraine für immer im "Flur" der EU zu halten, zumal die neue ukrainische Regierung unter dem pro-europäischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko begann, in ihrer täglichen diplomatischen Praxis die faktische Abkehr von einem multivektoralen außenpolitischen Kurs umzusetzen, und die Ukraine zum ersten Mal seit ihrer Unabhängigkeit versuchte, die Rolle einer regionalen Führungsalternative zu Russland zu spielen, was natürlich die ukrainisch-russischen Beziehungen extrem verschlechterte.

Laut Widnjanskyj (2018) demonstrierte Präsident Juschtschenko (2005-2010) seine pro-europäische Einstellung in seiner Rede vor der Werchowyna Rada der Ukraine, in der er den Beitritt zur EU als wichtigstes strategisches Ziel der Ukraine bezeichnete und überzeugende Argumente für die europäische Ausrichtung der Ukraine anführte. Der Autor bewertet die europäischen

Integrationsschritte des damaligen Präsidenten recht positiv und nennt einige der folgenden Errungenschaften (vgl. Widnjanskyj 2018). Am 21. Februar 2005 unterzeichnete der ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko in Brüssel den Aktionsplan Ukraine-Europäische Union für 2005-2008, und am 25. Februar billigte die EU den Status der besonderen Nachbarschaft für die Ukraine (vgl. Widnjanskyj 2018). Das neue Programm sah eine Intensivierung des Dialogs über alle Fragen der Zusammenarbeit vor, und das letztendliche Ziel des Aktionsplans war der Abschluss eines neuen Abkommens über politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration (FTA) mit der EU, das das derzeitige PKA nach 2008 ersetzen sollte (vgl. Widnjanskyj 2018). Im April 2005 billigte die ukrainische Regierung die Maßnahmen zur Umsetzung des Aktionsplans EU-Ukraine und hob am 1. September die Visaregelung für EU-Bürger auf (vgl. Widnjanskyj 2018). Im November 2005 begann die entscheidende Phase der Verhandlungen über die Rückübernahme (Rückkehr illegaler Migranten) und Visaerleichterungen für bestimmte Kategorien ukrainischer Bürger, und Anfang März 2007 begannen die Verhandlungen über ein neues, verbessertes Abkommen über politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration zwischen der Ukraine und der EU (die bekanntlich mehr als fünf Jahre dauerten - bis zur Paraphierung des vollständigen Textes des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine am 30. März 2012) (vgl. Widnjanskyj 2018). Es ist auch wichtig zu erwähnen, dass mit Unterstützung der EU, die im Dezember 2005 eine politische Entscheidung traf, die Ukraine als Marktwirtschaft anzuerkennen, im Mai 2008 die Ukraine schließlich Mitglied der WTO wurde (vgl. Widnjanskyj 2018).

Obwohl Juschtschenko als Demokrat und pro-europäischer Präsident wichtige Schritte in Richtung EU unternahm, tat er nichts, um die nationalen demokratischen Kräfte wirklich zu vereinen und die Ost-West-Spaltung des Landes zu überwinden. Wiktor Juschtschenkos öffentliche Konfrontation mit Julia Timoschenko nivellierte das durch den Maidan gewonnene internationale Image der Ukraine und führte nach Ansicht des ukrainischen Forschers Leonid Schkljar (2006:132) zu einem langsamen, aber stetigen Anstieg des Ratings der führenden oppositionellen und euroskeptischen Kraft, der Partei der Regionen. Dies wurde durch die Ergebnisse der Parlamentswahlen bestätigt, sowohl 2006, als 32 % der Wähler für die euroskeptische Partei der Regionen (Janukowitsch) und 14 % für den proeuropäischen Block "Unsere Ukraine" (Nascha Ukrajina) (Juschtschenko) stimmten, als auch 2007, als die "Regionen" 35 % der Stimmen erhielten und die "Orangen" 13 % (Schkljar 2006:132). Im Gegensatz zur Sozialistischen Fortschrittspartei und Svoboda zeigten die Wähler außerdem eine beträchtliche Unterstützung für andere permanente Euroskeptiker aus der Kommunistischen Partei der Ukraine, die in den beiden Parlamentswahlen 2006 und 2007 die führende Partei unter anderen war (vgl. Schkljar 2006:132). Im Jahr 2006 erhielt sie 3,66 % der Stimmen, 2007 5,39 % (Schkljar 2006:132). Diese Zahlen zeigen laut Leonid Schkljar (2006) nicht nur die Unzufriedenheit der

Wähler mit der Regierung, sondern auch einen entsprechenden Anstieg des Euroskeptizismus, der auch auf Zweifeln an den Aussichten der Ukraine auf eine Mitgliedschaft in der EU aufgrund der geringen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des ukrainischen Staates beruht.

Der ukrainische Historiker Widnjanskyj (2018) macht für die Niederlage des pro-europäischen Präsidenten Juschtschenko und der Führung des euroskeptischen Janukowitsch und seiner Partei die europäische Elite verantwortlich, die seiner Meinung nach die Möglichkeiten der neuen Situation, die durch die Orange Revolution und die post-orangefarbene Ukraine entstanden ist, nicht richtig eingeschätzt hat, und insbesondere Präsident Juschtschenko wurde von der EU nicht wirklich unterstützt. Dem Autor zufolge verfolgten die Staats- und Regierungschefs und die Bürokratie der EU, die der Revolution und ihren Anführern Beifall zollten, weiterhin eine Politik der Eindämmung gegenüber der Ukraine und ignorierten effektiv die Forderungen Kiews nach einer Annäherung an die europäische Integration der Ukraine (vgl. Widnjanskyj 2018). Widnjanskyj (2018) schreibt: " Der Ukraine wurde kein grünes Licht gegeben wie anderen Ländern, von denen sich viele in einer schlechteren Lage befanden als die Ukraine". Stattdessen argumentiert der Autor, dass die EU der Ukraine 2009 das Programm der Östlichen Partnerschaft angeboten hat, eine aktualisierte Version der ENP, die ebenfalls keine Aussicht auf eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU bot und auch vom polnischen Außenminister Witold Waszczykowski scharf kritisiert wurde, der erklärte, dass dieses Programm im Grunde eine Katastrophe war, da es in den teilnehmenden Ländern eine Illusion schuf, ihnen aber keine Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft bot (vgl. Widnjanskyj 2018).

Roman Goncharenko (2011) sieht das Angebot der Östlichen Partnerschaft an die Ukraine als Antwort der EU auf den russisch-georgischen Krieg im August 2008, da die EU befürchtete, dass die Ukraine zum nächsten "Konfliktherd in Europa" werden könnte, aber die Teilnahme der Ukraine an der Östlichen Partnerschaft war eher begrenzt. Winfried Schneider-Deters, Publizist und ehemaliger Leiter des Kiewer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, erklärte ebenfalls, dass die Östliche Partnerschaft den Bestrebungen der Ukraine, Mitglied der Europäischen Union zu werden, nur geschadet habe, denn "die Ukraine steht wieder einmal in derselben Reihe wie die Länder, die in den nächsten 50 Jahren keine Chance haben, EU-Mitglied zu werden" (Goncharenko 2011). Winfried Schneider-Deters unterschied die Ukraine von den anderen an der Östlichen Partnerschaft teilnehmenden Ländern (Moldau, Georgien, Weißrussland, Armenien, Aserbaidschan) und betonte, dass nur die Ukraine eine echte Chance hat, Mitglied der EU zu werden (vgl. Goncharenko 2011).

Eine ähnliche Skepsis gegenüber der Östlichen Partnerschaft und der Teilnahme (bzw. den Aussichten) der Ukraine an ihr wurde von westlichen Staaten geäußert, insbesondere vom deutschen Politiker und ehemaligen EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen (1999-2004), er argumentierte, dass "die Östliche Partnerschaft von einigen als ein sehr bequemes Instrument gesehen wird, um schwierige reale Entscheidungen zu vermeiden... Diese ganze Östliche Partnerschaft ist in meinen Augen sehr, sehr fragwürdig, wenn sie den östlichen Partnern als Ersatz für eine realistische Beitrittsperspektive angeboten wird" (Goncharenko 2011).

Laut Roman Goncharenko (2011) hat die EU deutlich gemacht, dass die Östliche Partnerschaft nicht als Vorbedingung oder Sprungbrett für die Ukraine zu einem vollwertigen EU-Mitglied betrachtet werden sollte, d.h. dass die Östliche Partnerschaft keine Garantien für eine zukünftige Mitgliedschaft bietet. Daher kommt der Autor zu dem Schluss, dass "die Ukraine, das flächenmäßig größte Land des Kontinents, de facto vom europäischen Einigungsprozess ausgeschlossen geblieben ist" (Goncharenko 2011).

Trotz aller negativen Einschätzungen westlicher Experten, Autoren und Medien wird das Konzept der Östlichen Partnerschaft von dem ukrainischen Wissenschaftler Sinkowskyj (2010) als äußerst positiv für die Ukraine bewertet, da das Konzept nach Ansicht des Autors auf der Tatsache beruht, dass die Ukraine und die EU objektiv aneinander interessiert sind. Sinkowskyj (2010) argumentiert, dass die EU in diesem Konzept die Ukraine und andere Länder der ehemaligen Sowjetunion als separaten Block der EU-Außenpolitik auswählt, ohne diesen Block in ein "politisches Ghetto oder eine Sanitätszone" zu verwandeln, und dass das Format der Östlichen Partnerschaft selbst der Ukraine einen realen, nicht virtuellen Status einer regionalen Führungsmacht sichert.

Es ist jedoch eine unbestreitbare Tatsache, dass die EU-Erweiterung und die Östliche Partnerschaft das Problem der geostrategischen Lage der Ukraine zwischen den beiden Machtzentren der EU und Russlands verschärft haben, da die Ukraine in der politischen Literatur immer wieder als "Zwischeneuropa" bezeichnet wird, schreibt Goncharenko (2011). So stellte der deutsche Politiker und EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen (1999-2004) fest, dass "die Ukraine in einer Pufferzone zwischen der Europäischen Union und der NATO einerseits und Russland andererseits liegt, während Russland seine eigenen militärischen und wirtschaftlichen Integrationsstrukturen hat. Die Situation ist so, dass es unmöglich ist, sie zu ändern - egal was passiert. Es wird nie ein Deutschland an der Nordostgrenze der Ukraine geben. Russland wird immer dort sein. Wir müssen das berücksichtigen und unsere Strategie und Pläne entsprechend anpassen" (Gontscharenko 2011).

Goncharenko (2011) analysiert, dass sich die Ukraine nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zwar von einem Machtzentrum lösen, sich aber keinem anderen anschließen konnte, so dass die Annäherung zwischen der Ukraine und der EU von Russland nicht "gemocht" werden konnte. Nach der Analyse des ukrainischen Politikwissenschaftlers Kruhlaschow et al. (2010:219f) führten das Erstarken euroskeptischer (prorussischer) Parteien, das Scheitern der Orangen Koalition und infolgedessen der allgemeine Pessimismus der Bevölkerung 2010 zur Wahl von Viktor Janukowitsch zum Präsidenten der Ukraine, der eine offen prorussische Position vertrat, die bei den Bewohnern der Autonomen Republik Krim und des Donbass Unterstützung fand, wo 2006-2011, wo den Ergebnissen sozialer Umfragen zufolge eine ständig wachsende negative Einstellung gegenüber der europäischen Integration der Ukraine zu verzeichnen war.

Gontscharenko (2011) stellt jedoch fest, dass Janukowitsch vor allem die Interessen der ukrainischen Oligarchen vertrat, die Europa (die EU ist bereits der wichtigste Handelspartner der Ukraine) Russland vorgezogen hatten, so dass Janukowitsch den europäischen Kurs seines Vorgängers Juschtschenko fortsetzte, um es allen Parteien recht zu machen und den "multivektoralen" Ansatz zu wahren. Tarnawskyj (2017) schreibt, dass der europaskeptische Diskurs über den Integrationskurs der Ukraine zu Beginn der Amtszeit Janukowitschs nicht sehr ausgeprägt war und sich in der Öffentlichkeit kaum manifestierte. Nach Ansicht des ukrainischen Politikwissenschaftlers Pawljuk (2013: 46ff) war dies auf die Illusion der Unterstützung für den europäischen Integrationskurs des Staates zurückzuführen, die von Janukowitsch und seinem Team um der pro-europäischen Wählerstimmen willen geschaffen wurde, da er erklärte, dass "die Assoziierung mit der EU nicht von der Regierung oder der Opposition, sondern von der Ukraine benötigt wird".

In einem Interview am Vorabend der UN-Vollversammlung am 22. September 2010 sagte der ukrainische Präsident Janukowitsch dem Wall Street Journal: "Die Ukraine bewegt sich stetig in Richtung europäische Integration", und fügte hinzu: "Wir wollen niemanden beleidigen, wenn wir diesen Weg gehen" (Fairclough/Freedman 2010). Der zweite Teil dieses Zitats ist wahrscheinlich als Rückblick auf Russland zu verstehen, nämlich der Wunsch der ukrainischen Führung, gute Beziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten und dessen Interessen im Prozess der Annäherung der Ukraine an die EU nicht zu verletzen.

In ihrem Artikel sehen die Professoren der Oxford University, Neil MacFarlane und Anand Menon (2014: 96-97), die Erweiterung der EU und die Zusammenarbeit mit der Ukraine als Gefahr für die Ukraine. Die Position der EU schien den Autoren sehr naiv zu sein, da sie nicht in der Lage

war, das tatsächliche wirtschaftliche und geopolitische Dilemma einzuschätzen, in dem sich die Ukraine befand, da die EU (Östliche Partnerschaft) keine Mitgliedschaft anbot und Russland auf alle möglichen Arten Druck ausübte, wodurch die Ukraine sowohl von Russland als auch von der EU abhängig wurde (vgl. MacFarlane/Menon 2014: 96f). Angesichts ihres großen Territoriums, ihrer Bevölkerung und ihres wirtschaftlichen Gewichts konnte die Ukraine keine Pufferzone zwischen der EU und Russland bleiben, und daher wurde die Frage der Wiederbelebung des Projekts der Zollunion 2011 für Russland äußerst akut, stellen die Autoren fest (vgl. MacFarlane/Menon 2014:100).

So erklärte der damalige Präsident der Russischen Föderation Dmitri Medwedew (2008-2012): "Wenn die Ukraine eine europäische Richtung wählt, dann wird es für sie natürlich schwieriger sein, Lösungen im Rahmen des gemeinsamen Wirtschaftsraums und der Zollunion, an der Russland, Kasachstan und Weißrussland teilnehmen, zu finden ... Man kann nicht auf zwei Hochzeiten tanzen, man muss sich entscheiden" (Gontscharenko 2011). Roman Goncharenko (2011) begründet diese Zunahme des russischen Drucks auf die Ukraine als Reaktion auf die mögliche wirtschaftliche Integration der Ukraine in den europäischen Binnenmarkt als Ergebnis der Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, die von den ukrainischen Behörden geführt wurden. Der Autor argumentiert, dass die Ukraine im Falle der Unterzeichnung und Ratifizierung des Assoziierungsabkommens keine Chance hätte, zu gemeinsamen Integrationsstrukturen mit Russland und anderen Ländern der Zollunion zurückzukehren, so dass eine Änderung des europäischen Integrationskurses der Ukraine politisch schwierig und praktisch unmöglich wäre (vgl. Goncharenko 2011).

Während der Präsidentschaft von Wiktor Janukowitsch fanden jedoch keine Veränderungen und Reformen statt, wie Roman Goncharenko (2011) analysiert. Der ukrainische Politikwissenschaftler Boshko (2012:82) schreibt, dass Wiktor Janukowitsch und sein Team einen pragmatischen Ansatz verfolgten und versuchten, hauptsächlich einige wirtschaftliche Vorteile aus der Zusammenarbeit mit der EU in Form von Handelspräferenzen, Krediten und Investitionen zu ziehen, während die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien (insbesondere deren politischer Teil) und die Mitgliedschaft in der Union kein vollwertiges Ziel der Außen- und Innenpolitik war und Europa somit eine halbherzige Wahl für die herrschende ukrainische politische Elite blieb. Roman Goncharenko (2011) fügt hinzu, dass man eher von Rückschritten als von Fortschritten sprechen kann, da "die Meinungsfreiheit, die Menschenrechte und die Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit in einem schlechten Zustand waren". Wie Widnjanskyj (2018) feststellt, wurde unter starkem Druck Russlands am 21. April 2010 Der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch unterzeichnete unter starkem Druck Russlands die sogenannten Charkiw-

Abkommen über die Verlängerung des Aufenthalts der russischen Schwarzmeerflotte in der Ukraine, wodurch sich die Ukraine von der EU abwandte und Russland wieder in die Arme lief, was nach Ansicht vieler Experten gleichzeitig zur Annexion der Krim durch Russland im März 2014 führte. Die hyperaktive Phase des Euroskeptizismus in der ukrainischen Öffentlichkeit ereignete sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 und Anfang 2014, als die politische Elite unter dem Druck der Russischen Föderation und antieuropäischer, prorussischer Kräfte in der Ukraine plötzlich den außenpolitischen Vektor der Ukraine änderte und die Aussetzung der europäischen Integration der Ukraine und die Neuausrichtung auf die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation erklärte (vgl. Krywoschejin 2016:37ff). Nach Ansicht des ukrainischen Politikwissenschaftlers Krywoschejin (2016:37-58) war dieser Schritt der herrschenden Elite nicht nur ein deutlicher Ausdruck ihrer latenten Europaskepsis, sondern löste auch eine Welle von Massenprotesten aus, die sich später zu einer groß angelegten Revolution der Würde (Euromaidan) ausweitete. Tausende Bürgerinnen und Bürger organisierten unter der Führung von Bürgermeisterinnen und Politikern in den meisten Städten der Ukraine lokale "Euromaidans" und forderten von den Behörden die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU und die Wiederaufnahme des europäischen Integrationskurses des Landes (vgl. Krywoschejin 2016:37ff). Im Gegensatz dazu entstand der "Anti-Maidan" spontan und brachte euroskeptische, regierungsfreundliche Politiker und Bürger der Ukraine zusammen - zumeist Anhänger der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei der Ukraine sowie die prorussischen gesellschaftlichen Organisationen "Ukrainian Choice", deren Führer den Prozess anführten (vgl. Krywoschejin 2016:37ff). Krywoschejin (2016) zufolge waren die von ihnen organisierten Kundgebungen extrem antieuropäisch und verdeutlichten einmal mehr die gesellschaftspolitische Kluft in der Ukraine in Bezug auf die Unterstützung der europäischen Integration des Landes.

Die Revolution der Würde (Euromaidan) führte zu einem Regierungswechsel und markierte den Beginn einer neuen Phase in den Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU.

4.3.2. Die öffentliche Meinung nach der Orangen Revolution von 2004-2013: Neue Trends in der öffentlichen Meinung über den europäischen Integrationskurs der Ukraine

Laut Maksym Rosumnyj (2016), Experte für politische und juristische Programme am Razumkov-Zentrum, wurde die Frage der geopolitischen Ausrichtung in den Jahren 2004-2013 aktiv für den Kampf zwischen den verschiedenen politischen Lagern in der Ukraine instrumentalisiert, wobei die öffentliche Meinung zu diesem Thema am unsichersten und ziemlich unbeständig war, wie die folgenden statistischen Daten zeigen.

Nach Rosumnyj (2016) zeigte sich die pro-europäische Haltung der Mehrheit der Ukrainer in der Orangen Revolution und der landesweiten Unterstützung für Wiktor Juschtschenko - als Verkörperung des ukrainischen Patriotismus und des Wunsches, die Ukraine in die EU zu integrieren - sowie in der Ablehnung der Präsidentschaft von Wiktor Janukowitsch, der von einem Teil der Bevölkerung unterstützt wurde, der gegen die europäische Integration der Ukraine war und eine enge Zusammenarbeit mit Russland befürwortete. Eine von Palagnyuk (2014:77) durchgeführte Analyse der öffentlichen Meinung zur europäischen Integration der Ukraine, die sich auf allgemeine Daten ukrainischer Soziologen des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine stützt, ergab, dass seit 2006 die positive Haltung der ukrainischen Bürger gegenüber dem EU-Beitritt der Ukraine die negativen Einschätzungen dieses Vektors der staatlichen Entwicklung überwiegt. Der Leiter des Zentrums für Politische Soziologie, Resnik (2022), stellt insbesondere fest, dass die pro-europäischen Orientierungen zu dieser Zeit weitgehend von den Bewohnern der westlichen und zentralen Landesteile, den ethnischen Ukrainern und den ukrainischsprachigen Bürgern bestimmt wurden.

Wie Rosumnyj (2016: 176) jedoch feststellte, griff Janukowitschs Team während der Orangen Revolution, um die europäische Perspektive der Ukraine zu diskreditieren, zur Erpressung mit dem Szenario des Donbass-Separatismus (d.h. der Abspaltung eines Teils des östlichen Territoriums, das sich Russland anschließt, wenn die Ukraine der EU beitrifft), das von der russischen Propagandamaschine vorbereitet und gesteuert wurde. Dies wirkte sich unweigerlich auf die Stimmung in der Bevölkerung aus und hatte laut Kultschyzkyj (2005:100) verheerende Auswirkungen auf die junge nationale Staatlichkeit. Dies wird durch soziologische Untersuchungen des Rasumkow-Zentrums aus dem Jahr 2004 bewiesen. Sie zeigen, dass sich die Dynamik der Einstellungen in Janukowitschs Zitadelle in weniger als sechs Monaten (von Juli bis Dezember 2004) erheblich verändert hat: Die Zahl der Bewohner der Region Donezk, die eine Abspaltung von der pro-europäischen Ukraine befürworten, stieg von 5,2 % auf 40,8 %.

Infolgedessen wurde die wichtige Idee der Orangen Revolution - die Herausbildung einer positiven Einstellung der Ukrainer gegenüber der europäischen Perspektive der Ukraine und der Wunsch, das Streben der Ukrainer nach einer europäischen Identität zu bekräftigen - nicht verwirklicht, wie der ukrainische Politikwissenschaftler Hissa (2017: 85) betont. Auch der ukrainische Historiker Widnjanskyj (2018) stellt fest, dass die Orange Revolution leider nicht zu den von der ukrainischen Öffentlichkeit erwarteten radikalen Veränderungen geführt hat. Er vergleicht die Orangene Revolution mit den Revolutionen von 1968 in Frankreich, Deutschland und der Tschechoslowakei, wo es ebenfalls Hoffnungen gab, die sich nicht erfüllt haben (Widnjanskyj 2018). Doch heute, fast ein halbes Jahrhundert nach diesen Ereignissen, kann man

sagen, dass diese Revolutionen nicht umsonst waren: Sie haben nicht nur das moderne Gesicht dieser Länder geprägt, sondern auch viele Merkmale des modernen vereinten Europas bestimmt, weil die Völker damals einen moralischen Sieg errungen haben - den Sieg der Freiheit über die Tyrannei, des Rechts über die Gesetzlosigkeit, der Zukunft über die Vergangenheit (vgl. Widnjanskyj 2018). Laut Widnjanskyj (2018) gehören zum positiven Arsenal der Orangen Revolution insbesondere die Demokratisierung der Gesellschaft und die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Elemente, die Unterstützung des Volkes für faire demokratische Wahlen, die Herausbildung von nationalem Ehrgeiz und das Erwachen von Patriotismus, die erzwungene Erhöhung der Aufmerksamkeit der Behörden gegenüber den Wählern und schließlich die Entscheidung der Menschen in der Ukraine für die europäische Integration.

Wie der ukrainische Forscher Schkljar (2006) analysierte, sollte die Integration der Ukraine in die Europäische Union eine nationale Idee sein, die alle Regionen der Ukraine vereinen sollte, was jedoch nicht geschah. Bald waren einige Wähler, die zuvor mit der Orangen Partei sympathisiert hatten, von der postrevolutionären Regierung desillusioniert (Schkljar 2006). Nach Ansicht des Forschers Schkljar (2006) wurde dies durch den langsamen, aber stetigen Anstieg der Umfragewerte der führenden oppositionellen und euroskeptischen Kraft, der Partei der Regionen, bestätigt (vgl. Schkljar 2006: 132). Dem ukrainischen Forscher Boshko (2012:75ff) zufolge hing ihre Euroskepsis mit den fehlenden Aussichten der Ukraine auf eine "Rückkehr nach Europa" zusammen, die von den meisten Ukrainern als eine nicht ganz realistische, etwas abstrakte oder sogar ferne Idee wahrgenommen wurde.

Der Post-Maidan-Euroskeptizismus der ukrainischen Bevölkerung wurde auch bei den Präsidentschaftswahlen 2010 deutlich. Laut der ukrainischen Journalistin Iryna Kyrytschenko (2012) verhalfen die Bewohner der Autonomen Republik Krim und des Donbass Janukowitsch zur Präsidentschaft, wo den Ergebnissen sozialer Umfragen zufolge in den Jahren 2006-2011 eine stetig wachsende negative Einstellung gegenüber der europäischen Integration der Ukraine zu beobachten war, vor allem unter Menschen im Rentenalter. Der Autor, der sich auf Soziologen beruft, betont auch, dass eine solche Haltung gegenüber dem europäischen Vektor der ukrainischen Entwicklung in vielen Fällen mit unzureichenden Informationen und daher einem minimalen Wissen über die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft bei den Bewohnern dieser Regionen verbunden ist (vgl. Kyrytschenko 2012: 480ff).

Die ukrainische Soziologin Yuliana Palagnyuk (2014:77) stellt außerdem fest, dass nach den Ergebnissen der oben erwähnten Umfrage aus dem Jahr 2011 (durchgeführt von der Ilko-Kucheriv-Stiftung für demokratische Initiativen und dem Ukrainischen Soziologischen Dienst) die

Einstellung der ukrainischen Bürger zur europäischen Integration der Ukraine je nach geografischer Region des Landes und je nach Alter unterschiedlich ist. So unterstützt traditionell weit über die Hälfte der Bevölkerung im Westen des Landes (74,2 %) die europäische Integration, während im Zentrum und im Nordosten etwa die Hälfte (49,7 %) und im Süden und Südosten sowie im Donbass und auf der Krim deutlich weniger als die Hälfte (36,0 % bzw. 26,4 %) dafür sind (vgl. Palagnyuk 2014:77). Eine andere politische Analystin, Solkina (2014), identifiziert klar die Stimmungen im Donbass, die sich nicht nur von denen in den westlichen und zentralen Regionen, sondern auch von denen in den südlichen und östlichen Regionen abheben. Der Donbass war die einzige euroskeptische Region der Ukraine, in der die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Meinung war, dass die vorrangige Richtung der Integration die Mitgliedschaft in der Zollunion sein sollte - 68 % (2011) der Bewohner der Region waren dieser Meinung, so Solkina (2014:14). Gleichzeitig hat der Donbass im Vergleich zu anderen Regionen die geringste Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft – 13% (vgl. Solkina 2014:14). Die Autorin analysiert, dass im Süden und Osten (Dnipropetrovska, Zaporizka und Kharkivska oblats) ebenfalls keine Präferenz für eine EU-Mitgliedschaft besteht, aber die Stimmung unterscheidet sich dennoch deutlich von der öffentlichen Meinung im Donbass, da im Süden und Osten die öffentliche Meinung mehr oder weniger gleichmäßig zwischen der Unterstützung für die Idee der Integration verteilt ist (vgl. Solkina 2014:14).

Was den Unterschied nach Alter betrifft, so weist die promovierte Soziologin Palagnyuk (2014:77) darauf hin, dass mehr als die Hälfte (58 %) der jungen Menschen und etwa die Hälfte der Menschen mittleren Alters (46,3 %) die europäische Integration unterstützen. Andererseits unterstützten Rentner als Altersgruppe den Beitritt der Ukraine zur EU nicht, schreibt die Autorin (vgl. Palagnyuk 2014:77).

Andere Studien zeigen auch, dass es eine Korrelation zwischen Bildung und der Einstellung zu einem bestimmten außenpolitischen Kurs des Staates gibt: Je höher das Bildungsniveau, desto weiter distanzieren sich die Bürger von "brüderlichen" Illusionen mit Russland und unterstützen die europäische Integration der Ukraine (vgl. Kyrytschenko 2012:480ff). Diese Tatsache wird von Solkina (2014), einer Expertin der Ilko-Kucheriv-Stiftung für demokratische Initiativen, analysiert, die darauf hinweist, dass laut der Analyse der öffentlichen Meinung eine Korrelation zwischen dem Kenntnisstand über die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU und der Unterstützung für die Mitgliedschaft der Ukraine in dieser Vereinigung besteht. So wussten 2011 beispielsweise 52% der Befürworter eines EU-Beitritts der Ukraine von den Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU, während nur 37% derjenigen, die

den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen beiden Seiten nicht kannten, eine positive Einstellung zur europäischen Integration der Ukraine hatten (vgl. Palagnyuk 2014:78).

Trotz der Versuche der damaligen Regierung Janukowitsch und ihrer Anhänger bzw. in Opposition zu dieser Regierung wuchs von Ende 2011 bis Anfang 2014 die Unterstützung für die europäische Perspektive in der ukrainischen Gesellschaft, wie die ukrainische Politologin Solkina (2014) in ihrer Arbeit feststellt. Die Autorin argumentiert, dass der Anstieg der Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft zu einem Zeitpunkt begann, als der europäische Integrationskurs gebremst wurde. Die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU gerieten in eine Phase der politischen Stagnation und Krise (vgl. Solkina 2014:16). Erklärungen über die Priorität der europäischen Ausrichtung und die offizielle Verankerung dieses Gedankens im Gesetz "Über die Grundsätze der Innen- und Außenpolitik" (2010) wurden von der Monopolisierung der Macht in der Ukraine und der Stärkung autoritärer Tendenzen begleitet (vgl. Solkina 2014:16). Dementsprechend analysiert Solkina (2014), dass die ukrainische Gesellschaft auf die Beschneidung der europäischen Integrationspolitik mit einer zunehmenden Unterstützung für diesen Kurs reagierte. So wurden die Position und die Politik der damaligen ukrainischen Regierung, sowohl innerhalb des Staates als auch in der außenpolitischen Dimension, zu einem der entscheidenden Faktoren für die Entwicklung eines neuen Trends - der weit verbreiteten Unterstützung der europäischen Integration. Solkina (2014) bezeichnet das Jahr 2011 als den ersten Wendepunkt in der Gesamtgeschichte der Entwicklung der öffentlichen Meinung über die EU.

Im Mai 2013 führten die Ilko-Kucheriv-Stiftung für demokratische Initiativen und das Rasumkow-Zentrum eine Meinungsumfrage durch, aus der ebenfalls hervorging, dass 42 % der Bevölkerung den Beitritt zur EU als die wichtigste Integrationsrichtung der Ukraine ansehen. Gleichzeitig waren nur 21% der ukrainischen Bevölkerung jemals in Westeuropa oder Nordamerika gewesen, und die wenigsten von ihnen kamen aus dem Osten der Ukraine (13,2%), verglichen mit 32,8 % aus dem Westen der Ukraine (vgl. Palagnyuk 2014:78). Der extrem niedrige Prozentsatz von Menschen aus der Ostukraine, die noch nie in Europa waren, erklärt die geringe Unterstützung für den Weg der europäischen Integration und den Euroskeptizismus, da der Vektor der Annäherung an Russland klarer und näher zu sein scheint (kein Visum) als das ferne und "unbekannte" Europa. So haben laut einer 2013 von der Stiftung für demokratische Initiativen und dem nach Oleksandr Rasumkow benannten ukrainischen Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien durchgeführten soziologischen Umfrage 70 % der befragten Ukrainer keinen ausländischen Pass (was wiederum darauf hindeutet, dass die meisten Ukrainer das Land nie verlassen haben), 84 % der über 60-Jährigen haben keinen und 78 % haben nicht die Absicht, einen solchen zu beantragen (vgl. Nowyny 24 2017).

Eine vom Razumkov-Zentrum im April 2013 durchgeführte soziologische Umfrage ergab außerdem, dass die Befürworter eines EU-Beitritts der Ukraine, die bereits EU-Mitgliedstaaten besucht haben und wissen, wie die EU funktioniert, ihre Position am häufigsten mit wirtschaftlichen Gründen begründen: einer Steigerung des Wohlstands der Bürger nach dem Beitritt. Nach den wirtschaftlichen Gründen für den EU-Beitritt geben die Befürworter der europäischen Integration auch den sozialen Aussichten, den sozialen Veränderungen, die nach der Mitgliedschaft der Ukraine in der EU eintreten sollten, sowie der Vereinfachung der Freizügigkeit innerhalb der EU für ukrainische Bürger, d. h. der Liberalisierung oder Abschaffung der Visaregelung zwischen der EU und der Ukraine, den Vorrang, schreibt Palagnyuk (2014:79).

Laut der ukrainischen Soziologin Palagnyuk (2014) ist eine wichtige Verallgemeinerung der Analyse der öffentlichen Meinung über die Integration der Ukraine in die EU, dass die überwiegende Mehrheit aller ukrainischen Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von regionalen und altersmäßigen Unterschieden, keine positive Einstellung zu diesem Prozess hat. Allerdings begann sich diese Situation laut Palagnyuk (2014) Ende 2013 - Anfang 2014 in Richtung einer größeren Unterstützung für die europäische Integration der Ukraine zu ändern (vgl. Palagnyuk 2014:80). Laut Solkina (2014) ist der wichtigste Faktor, der zu Veränderungen in der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Integrationsorientierung der Bevölkerung führte, die Weigerung von Wiktor Janukowitsch und seinem Team, das Assoziierungsabkommen in Vilnius zu unterzeichnen, und der Beginn des Maidan. Diese Tendenz, die Attraktivität des europäischen Weges zu erhöhen, wurde später durch die Eskalation der Proteste zu einer Revolution, die Aggression der Russischen Föderation und die Annexion der ukrainischen Krim verstärkt (vgl. Solkina 2014). Der Schlüssel zu der neuen Welle von Veränderungen in der öffentlichen Meinung war nicht nur die wachsende Unterstützung für die EU, sondern auch ein starker Rückgang der Integrationsattraktivität der Zollunion für ehemalige Befürworter der Vereinigung, schreibt Solkina (2014).

4.4. Analyse der Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union im Zeitraum 2014-2022

4.4.1. Die neueste Etappe

Laut dem ukrainischen Historiker Widnjanskyj (2018) begann die jüngste Phase der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine mit den Ergebnissen der Revolution der Würde (Euromaidan) von 2013-2014, nämlich als die Europäische Union ihre Bereitschaft bekundete, die Ukraine moralisch und politisch zu unterstützen, und 2014 mit ihr zunächst die politische und dann die

wirtschaftliche Komponente des Assoziierungsabkommens unterzeichnete, was von vornherein zu einer Tatsache und einem Faktor bei der entscheidenden zivilisatorischen Entscheidung der Ukraine wurde.

Der Autor analysiert, dass die ukrainische Revolution der Würde (Euromaidan) von 2013-2014 in Bezug auf ihre geopolitischen Folgen viel wichtiger ist als selbst der Zusammenbruch der UdSSR im Jahr 1991 (vgl. Widnjanskyj 2018). Im historischen Kontext sieht Widnjanskyj (2018) das Assoziierungsabkommen als eine funktionale Herausforderung für die ukrainische Gesellschaft und Elite, gleichzeitig europäische Reformen umzusetzen und den Donbass und die Krim zu reintegrieren. Mykola Kapitonenko (2020), außerordentlicher Professor für internationale Beziehungen und Außenpolitik am Institut für internationale Beziehungen der Kiewer Nationalen Universität, sieht ebenfalls die russische Aggression im Donbass und die Besetzung der Krim im Jahr 2014 als Grund für die endgültige Ablehnung der prorussischen Alternativen und die Aufgabe der ukrainischen Multivektorpholitik. Der Aufenthalt der Ukraine in der "grauen Sicherheitszone" in Osteuropa wird von ukrainischer Seite letztlich als die Hauptursache zahlreicher aktueller nationaler Sicherheitsprobleme angesehen, so dass nach der russischen Aggression die Möglichkeiten russischer politischer Lobbyarbeit entscheidend reduziert wurden, argumentiert Kapitonenko (2020). Ab 2014, so Kapitonenko (2020:90), fand der Kurs in Richtung Europa schließlich die Unterstützung sowohl der Bevölkerung als auch der politischen Eliten in der Ukraine. Diese Tatsache wurde bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2014 bestätigt, als die euroskeptische Partei der Regionen entmachtet wurde und faktisch aufhörte zu funktionieren, und eine Reihe russischer nationalistischer Parteien mit Sitz in der Autonomen Republik Krim ebenfalls aufhörte zu funktionieren, der europaskeptische Oppositionsblock, der die Partei der Regionen ersetzte, gewann 29 Sitze in der Werchowyna Rada, das sind 156 weniger als 2012, und wurde zur einzigen europaskeptischen Partei im Parlament der achten Legislaturperiode (2014-2019), und der öffentliche Diskurs über den Euroskeptizismus der nationalistischen Parteien war 2013 und Anfang 2014 während die Selbstorganisation der Gesellschaft zum Widerstand gegen die russische Aggression und zur Bekämpfung des Separatismus zur Bildung von patriotischen Parteien mit einer europäischen Integrationsperspektive führte (vgl. Kopynez 2021:161). Nach Ansicht des ukrainischen Historikers und Politikwissenschaftlers Kopynez (2021:161) ist diese Verteilung der Stimmen und die Unterstützung für pro-europäische Kräfte bei den Parlamentswahlen nur das Ergebnis der Tatsache, dass nach der Bildung der so genannten "unabhängigen" Republiken in den Regionen Luhansk und Donezk und der Annexion der Krim die Zahl der Wähler, die prorussische Parteien unterstützen, deutlich zurückgegangen ist und die Wähler in den südöstlichen Regionen ihre Wahlpräferenzen aufgrund des von Russland gegen die

Ukraine entfesselten bewaffneten Konflikts zugunsten pro-ukrainischer politischer Kräfte geändert haben.

Sowohl ukrainischen als auch europäischen Wissenschaftlern zufolge waren die fruchtbarsten Jahre in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine die Jahre der pro-europäischen Präsidentschaft von Petro Poroschenko (2014-2019), der als Folge der Revolution der Würde (Euromaidan) gewählt wurde. So bewertet Gherasimov (2019:2), wissenschaftliche Mitarbeiterin am Robert-Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, die Amtszeit von Petro Poroschenko als durchaus positiv und produktiv, da das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union (2014), das vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen mit der EU sowie die Visafreiheit mit der EU unterzeichnet und paraphiert wurden. Der Autorin zufolge gelang es Poroschenko auch, die Glaubwürdigkeit der Ukraine in der internationalen Arena herzustellen und zu stärken und die Unterstützung internationaler Partner zu gewinnen, die die territoriale Integrität und den demokratischen Wandel der Ukraine unterstützten (vgl. Gherasimov 2019:2).

Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine wurde 2014 unterzeichnet und ist seit 2017 in Kraft. Es wird von ukrainischen Wissenschaftlern, darunter Widnjanskyj (2018), häufig nicht nur als ein Abkommen über neue wirtschaftliche und politische Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU interpretiert, das der Ukraine helfen soll, sich der EU in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Recht anzunähern, sondern auch als letzter Schritt auf dem Weg in die EU. Joel Reland (2022) bewertet das Assoziierungsabkommen jedoch nicht als "Beitrittsabkommen" für das Land. Der Autor bezeichnet den Hauptzweck der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens durch die EU mit der Ukraine als "die Angleichung der wirtschaftlichen und rechtlichen Standards des Landes an die der EU", was den Weg für eine eventuelle künftige Mitgliedschaft der Ukraine in der EU ebnen könnte (vgl. Reland 2022).

Laut Cristina Gherasimov (2019) wurde der Erfolg der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens durch den pro-europäischen ukrainischen Präsidenten Poroschenko nicht durch die Umsetzung des Reformprogramms bestätigt, und die weit verbreitete Korruption machte es unmöglich, das Land zu verbessern (vgl. Gherasimov 2019:2). Der österreichische Politikwissenschaftler Gustav Gressel (2016), darauf hin, dass es in den Jahren der Präsidentschaft Poroschenkos einige Erfolge bei den Reformen und der Annäherung an die EU gegeben hat: "Die Ukraine hat in einigen Sektoren - vor allem in der Verteidigung, im Bankwesen und in der Landwirtschaft - bedeutende Fortschritte gemacht" (Gressel 2016:7). Nach Meinung des Autors ist die Gesamtleistung der Ukraine jedoch aufgrund erheblicher Lücken und der "Sowjetisierung"

der Ukraine durchwachsen, da die Reformen in wichtigen staatlichen Institutionen, wie der Justiz, wenig oder gar keine Ergebnisse gebracht haben (vgl. Gressel 2016:7). "Sowohl der Präsident als auch das Parlament nutzen ihre weitreichenden Befugnisse zur Ernennung von Richtern, um Urteile zu beeinflussen und Streitigkeiten zu ihren Gunsten zu entscheiden", schreibt der Autor (Gressel 2016: 39). Der Autor fügte hinzu, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten aktiv bei der Umsetzung von Reformen in der Ukraine geholfen haben, da die Ukraine nicht das erste postkommunistische Land ist und die EU bereits über Erfahrungen verfügt und bewährte Verfahren weitergibt (vgl. Gressel 2016:7f). Gressel (2016:7f) bewertet die Hilfe der EU als erfolgreich, da "die EU besonders in der Regulierungspolitik, der ländlichen Entwicklung und der Reform des Energiesektors hilfreich war... mehr Kontrollen wurden eingeführt, um die Korruption zu bekämpfen", und im Allgemeinen hat die Ukraine "nach dem Maidan" unter der Aufsicht der EU mehr Veränderungen und Reformen durchgeführt als während der gesamten Zeit ihrer Unabhängigkeit. Allerdings stellt der Autor selbst "einige problematische Fragen" und eine unklare Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten für den europäischen Integrationsweg der Ukraine unter Präsident Poroschenko im Allgemeinen und die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens im Besonderen fest (vgl. Gressel 2016:7f).

Die kritische Haltung gegenüber der Mitgliedschaft der Ukraine in der EU wurde beispielsweise durch die negativen Ergebnisse des konsultativen Referendums in den Niederlanden im April 2016 über die Genehmigung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine deutlich, bei dem 61 % der Wähler, die an dem Referendum teilnahmen, gegen die Genehmigung des Abkommens und damit gegen den Beitritt der Ukraine zur EU stimmten (vgl. BBC NEWS Ukrajina 2016). Obwohl das Referendum selbst beratenden und korrigierenden Charakter hatte und von der niederländischen Wahlkommission annulliert wurde, nachdem 420.000 Unterschriften für das Referendum für gültig befunden worden waren, kommentierte der russische Premierminister Dmitri Medwedew: "Die Ergebnisse des Referendums über die Assoziierung zwischen der EU und der Ukraine sind ein Indikator für die Haltung der Europäer gegenüber dem politischen System der Ukraine" (BBC NEWS Ukrajina 2016).

Der ukrainische Historiker Widnjanskyj (2018) stellt fest, dass die Ukraine zwar wie nie zuvor die europäische Integration anstrebte und die herrschenden Eliten und die Gesellschaft der Ukraine zu einem solchen Schritt bereit waren, dass es aber die europäische Gemeinschaft war, die die Entscheidung verzögerte. Ein weiterer ukrainischer internationaler Wissenschaftler, Kapitonenko (2020), argumentiert, dass die Ukraine infolge der russischen Aggression keine Alternative mehr hatte und ihr Weg klar ist, aber der Autor stellt fest, dass die Prioritäten der EU noch nicht so klar sind. Der Autor argumentiert, dass frühere Erweiterungswellen tiefgreifende und manchmal

komplexe Veränderungen in der EU hervorriefen und dass der Höhepunkt der Migrationskrise im Jahr 2015 mit einer großen Zahl von Migranten aus Kriegsländern, insbesondere aus Syrien, der Anstieg des internationalen Terrorismus, die Stimmung des "Euroskeptizismus" in einer Reihe von Ländern wie dem Vereinigten Königreich und der spätere Austritt des Vereinigten Königreichs (2020) aus der EU auch zu einer Herausforderung in der europäischen Gemeinschaft selbst wurde (vgl. Kapitonenko 2020:90). Dementsprechend schätzt der ukrainische Völkerrechtler Kapitonenko (2020:90) die Integration neuer Mitglieder als unmöglich ein, darunter auch die Integration der Ukraine. Der Autor ist davon überzeugt, dass der Stand der Beziehungen zwischen Kiew und Brüssel für den Zeitraum 2014-2018 zwiespältig ist, da die Parteien füreinander wichtige Partner sind und sich dieser Bedeutung bewusst sind, aber die ehrgeizigen Pläne der Ukraine aus verschiedenen Gründen in den kommenden Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, wahrscheinlich nicht realisiert werden können (vgl. Kapitonenko 2020:90).

Nach Ansicht der Oxford-Professoren MacFarlane und Menon (2014:96-97) sind die fehlende Reaktion der europäischen Gemeinschaft und die Uneinigkeit der EU-Mitgliedstaaten über die Annexion der ukrainischen Krim ein Beweis für die Verzögerung und Gleichgültigkeit der EU gegenüber der Ukraine. Trotz Russlands eklatanter Missachtung des Völkerrechts bestanden nur Polen und die baltischen Staaten auf einer starken europäischen Reaktion, während andere EU-Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien versuchten, gute Beziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten, argumentieren die Autoren (vgl. MacFarlane/Menon 2014:100). Neil MacFarlane und Menon (2014:100) stellen klar, dass die Europäer dabei die ernsthafte Bedrohung der Ukraine durch Russland ignorierten und fahrlässig handelten, und, wie die Autoren schreiben, "sie (die europäischen Länder) versäumten es, eine praktikable Antwort auf die russische Intervention zu entwickeln". MacFarlane und Menon (2014:100) sind daher der Meinung, dass dieses Versäumnis, die kollektive Stärke der EU-Mitgliedstaaten zu nutzen, nur zu einer Eskalation des Konflikts führen würde, und dass die Folgen von denjenigen zu tragen wären, denen die EU eigentlich helfen sollte.

Laut Gherasimov (2019), war der Wendepunkt sowohl in den Beziehungen der Ukraine zur EU als auch auf ihrem Weg zur europäischen Integration im Jahr 2019 der Sieg von Selenskyj bei den spannendsten und unvorhersehbarsten Wahlen in der Geschichte der Ukraine, bei denen er 73,22% der Stimmen erhielt und zum sechsten Präsidenten der Ukraine wurde. Von Anfang an unterstützte Selenskyj nur den Kurs der europäischen Integration und erklärte: "Wir (die Ukraine) wollen uns in Europa integrieren, der Europäischen Union beitreten, ein europäisches Land sein. Das ist die Entscheidung der Menschen, die Ukrainer sind. Das ist das Wichtigste. Ich bestätige und unterstütze diesen Kurs", sagte Selenskyj (Jewropejska prawda 2019).

Gherasimov (2019:1) schreibt, dass "sein Sieg ein Beweis für eine dynamische Zivilgesellschaft ist, die bereit ist, Risiken einzugehen und weitere Veränderungen zu ertragen, um ihre fragile Demokratie zu stärken". Die Autorin argumentiert, dass dieser Zusammenhalt und die Mobilisierung der Wähler eine Folge der Enttäuschung des gesamten ukrainischen Volkes über die Regierung als solche und ihres mangelnden Vertrauens in die Wirksamkeit der Reformen ist, die die Ukraine näher an die europäischen Normen und Lebensstandards heranführen sollen (vgl. Gherasimov 2019:1).

Die Parlamentswahlen 2019 bestätigten auch die Bestrebungen der Ukraine zur europäischen Integration. Der ukrainische Wirtschaftswissenschaftler Ljaschenko (2021:414) bezeichnet diese Wahlen in mehrfacher Hinsicht als einzigartig, da zum ersten Mal in der Geschichte des ukrainischen Parlamentarismus eine politische Kraft (Selenskyjs Partei "Diener des Volkes" (Sluha narodu)) so souverän gewonnen hat (sowohl nach dem Verhältniswahlrecht als auch nach dem Mehrheitswahlrecht), dass sie eine sogenannte "Mono-Mehrheit" bilden konnte, ohne eine Koalition eingehen zu müssen. Darüber hinaus hat sich die politische Elite aufgrund des Willens der Bevölkerung deutlich erneuert, und zwar auf Kosten von Personen, die zuvor nicht nur keinen Bezug zur Politik, sondern sogar zu öffentlichen Aktivitäten hatten (vgl. Ljaschenko 2021:414). Dem ukrainischen Politikwissenschaftler Kopynez (2021: 166) zufolge kam die Partei "Diener des Volkes", die sich selbst als pro-europäisch bezeichnete, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort und nutzte die (meist populistischen) Botschaften, die die einfachen Wähler brauchten, wie die Konzentration auf wichtige Themen im Wahlkampf: Beendigung des Krieges, Verbesserung des Wohlergehens der Bevölkerung, Bekämpfung der Korruption usw. "Schon morgen".

Trotz der beeindruckenden Ergebnisse der Wahlen, die die Konfiguration des ukrainischen Parteiensystems radikal verändert haben, da die Partei "Diener des Volkes" in 21 Regionen der Ukraine gewonnen hat, hat die prorussische, euroskeptische Oppositionspartei "Plattform - Für das Leben" (Oposyzijna platforma – Sa schyttja) in zwei Regionen (Donezk und Luhansk) gewonnen, was auf das Vorhandensein euroskeptischer Stimmungen im Lande hinweist, schreibt Kopynez (2021:166).

Europäische Wissenschaftler sind recht skeptisch, was das erste Jahr (2020) der Präsidentschaft von Selenskyj angeht, da der Präsident und sein Team nicht nur keine positive Dynamik bei den innenpolitischen Reformen gezeigt haben, die das Vertrauen der westlichen Partner und damit der europäischen Integration verdienen würde, sondern es gibt Anzeichen für einen Rollback (Verschlechterung in dieser Hinsicht). Aufgrund dieser Praxis in der Geschichte der Beziehungen

zwischen der EU und der Ukraine argumentiert Gherasimov (2020), dass die EU-Mitgliedstaaten das Vertrauen in den politischen Willen des Präsidenten und der Regierung verlieren, die eigenen Interessen zu bekämpfen. Dies zeige sich an den Angriffen auf die ukrainischen Antikorruptionsinstitutionen und den häufigen Umbesetzungen (Austausch von Beamten) in diesen Institutionen sowie an den mangelnden Fortschritten bei wichtigen strafrechtlichen Ermittlungen (vgl. Cherasimov 2020). Die ukrainische Zeitung *Jewropejska prawda* (2022) schreibt ebenfalls über das Scheitern von Reformen, nämlich die Unterzeichnung (im Dezember 2020) des Gesetzentwurfs Nr. 7662 über die "Verbesserung des Verfahrens zur Auswahl von Kandidaten für das Amt eines Richters des Verfassungsgerichts" durch den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, obwohl diese Formulierung der aktualisierten Stellungnahme der Venedig-Kommission widerspricht, da das neue Verfahren das Verfassungsgericht unter die Kontrolle der Behörden bringen könnte, was auf eine weitere Manifestation der Korruption hindeutet.

Bei der Bewertung der Aussichten für den europäischen Integrationsweg der Ukraine sehen ukrainische Wissenschaftler in der Regierung Selenskyj jedoch Bemühungen, den europäischen Integrationskurs fortzusetzen und die Partnerschaften mit der EU zu vertiefen sowie bei der Umsetzung der im Assoziierungsabkommen festgelegten Aufgaben voranzukommen (vgl. Zentr Rasumkowa 2020:4). Die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine verweist auf bestimmte Errungenschaften und wirksame Maßnahmen von Selenskyj und seinem Team, wie die Intensität des politischen Dialogs, positive Trends in der Partnerschaft mit der EU, die Solidarität und wirtschaftliche Unterstützung der EU bei der Bekämpfung der russischen Aggression und die Umsetzung einer Reihe von europäischen Normen, die tatsächlich auf eine europäische Integrationsposition hindeuten (vgl. Zentr Rasumkowa 2020:4).

Allerdings stellen ukrainische wie auch europäische Experten fest, dass sich die europäische Integrationsbewegung der Ukraine unter Selenskyj verlangsamt hat und die öffentliche Verwaltung ineffizient ist, was der Grund für die Defizite bei einem der problematischsten Phänomene in der Ukraine ist - der Korruptionsbekämpfung (vgl. Widnjanskyj 2018). So liegt die Ukraine im Jahr 2022 auf Platz 116 des Korruptionswahrnehmungsindex, auf dem gleichen Niveau wie Algerien, Angola und die Philippinen, während der Korruptionswahrnehmungsindex der EU-Mitgliedstaaten wesentlich besser ist (vgl. CORRUPTION PERCEPTIONS INDEX 2022).

Wie in den vergangenen Jahren ist die herrschende Elite ein Hindernis für die europäische Integration in der Ukraine. Das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine verweist hier

auf die Elite, deren Geschäftsinteressen und -vorteile eng mit der Russischen Föderation verknüpft sind, da bekanntlich Sanktionen, Verbote und Beschränkungen, die infolge der russischen Aggression im Jahr 2014 verhängt wurden, der "effektiven Zusammenarbeit" schaden und ihre finanziellen Gewinne schmälern (vgl. Zentr Rasumkowa 2020).

Es liegt auch im Interesse der herrschenden Elite, den Prozess der europäischen Integration zu verzögern, da die Einhaltung transparenter Regeln der zivilisierten Wirtschaft, wie sie von den europäischen Ländern vorgelebt werden, die Möglichkeiten dieser politischen Eliten, durch Machtmissbrauch und illegale Nutzung staatlicher Ressourcen übermäßige Gewinne zu erzielen, erheblich einschränkt (vgl. Zentr Rasumkowa 2020). Dementsprechend sind solche Machteliten nach Angaben der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine zwar "auf dem Papier" Befürworter der europäischen Integrationsstrategie, in der Praxis behindern sie jedoch aufgrund ihrer weitreichenden Macht und ihrer materiellen Möglichkeiten zur Beeinflussung der Entscheidungsfindung und Umsetzung die für den EU-Beitritt erforderlichen Reformen (vgl. Zentr Rasumkowa 2020).

Nach Ansicht des Zentr Rasumkowa (2020:113) wird die europäische Integration vor allem dadurch unmöglich gemacht, dass Selenskyj die Aufgabe der "Entoligarchisierung" und der Schwächung des Einflusses der Oligarchen auf die Politik behindert. Die Außenpolitik der ukrainischen Führung wird von Experten durchaus kritisch bewertet - die meisten halten sie für inkonsequent, unausgewogen, intransparent, nicht offen, ineffektiv, unverständlich für die Gesellschaft und die Partnerländer und ohne klare Strategie (vgl. Zentr Rasumkowa 2020).

4.4.2. Die öffentliche Meinung im Zeitraum 2014-2022. Das Bewusstsein der ukrainischen Gesellschaft für die Notwendigkeit der Integration

Seit 2014 ist die geopolitische Ambivalenz der ukrainischen Gesellschaft, die sich laut dem ukrainischen Soziologen Worona (2020) in der Bereitschaft der großen Mehrheit der Gesellschaft manifestierte, sowohl westliche als auch östliche Entwicklungswege zu wählen, nicht mehr vorherrschend. Stattdessen zeigen Studien von Jahr zu Jahr die Vorherrschaft des europäischen Integrationsmodells und der pro-europäischen Gefühle im öffentlichen Bewusstsein und einen völligen Rückgang des Niveaus und der Ausprägung des Euroskeptizismus in der ukrainischen Bevölkerung, schreibt der Autor (vgl. Worona, 2020:42).

So bezeichneten sich nach soziologischen Erhebungen im Jahr 2008 nur 32,4 % der ukrainischen Bürgerinnen und Bürger in gewissem Maße als Europäer, doch nach 2014 änderte sich die

Situation radikal: 2014 bezeichneten sich mehr als 70 % der ukrainischen Bürgerinnen und Bürger als Befürworter der europäischen Option (vgl. Solkina, 2014). Eine Umfrage im Mai 2014 verzeichnete einen weiteren Anstieg der Unterstützung für den europäischen Vektor auf 50,5 % und einen leichten Rückgang sowohl in der Kategorie der "Integrationslosen" (von 19,6 % auf 17,4 %) als auch in der Kategorie der Unentschlossenen (von 13,4 % auf 10,6 %), so die ukrainische Politologin Solkina (2014).

Der ukrainische Historiker Widnjanskyj (2018) erklärte, dass die Ereignisse des Jahres 2014, nämlich der Euromaidan, die Annexion der Krim und die Aggression in der Ostukraine, den meisten Ukrainern gezeigt haben, dass die Ukraine, wenn sie ihre Unabhängigkeit bewahren und ihre territoriale Integrität wiederherstellen, den demokratischen Charakter der nationalen Regierung stärken und das Wohlergehen der Bevölkerung verbessern will, ein vollwertiger europäischer Staat und nicht ein eurasisches Zwischenland werden muss.

Solkina (2014) führt diese positive Dynamik der Unterstützung für die europäische Integration der Ukraine in der Bevölkerung auf die Aussicht auf Fortschritte in Richtung eines höheren Lebensstandards und einer besseren Lebensqualität zurück. Der Autorin zufolge sehen die Ukrainer nach 2014 den Vektor der Annäherung an Russland im Vergleich zu 2009 immer weniger, und die Unterstützung der Bevölkerung für die Teilnahme an der Zollunion hat sich dramatisch verändert (vgl. Solkina, 2014). Einer soziologischen Umfrage zufolge befürworteten Ende 2009 58 % der Ukrainer die Idee eines Beitritts zur Zollunion als solche, und nach 2014 waren bereits 61 % der Ukrainer gegen diese Aussicht (vgl. Solkina, 2014).

Ein weiteres interessantes Merkmal, das nach der Analyse der Autorin nicht typisch für die Ukraine ist, ist, dass nach den Ereignissen von 2014 zum ersten Mal in der Geschichte der Ukraine die Idee einer EU-Mitgliedschaft von der Mehrheit der Vertreter jeder Altersgruppe unterstützt wird (vgl. Solkina, 2014). Wie bereits in der Masterarbeit erwähnt, sind junge Menschen traditionell die größten Befürworter der europäischen Integration der Ukraine. Solkina (2014) führt diesen starken Anstieg der Unterstützung für die europäische Integration auf die Reaktion auf die russische Aggression und die Einsicht zurück, dass eine Integration mit dem nördlichen Nachbarn unmöglich ist. Die Autorin geht davon aus, dass die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft bei Menschen mittleren Alters und älteren Menschen in Zukunft leicht zurückgehen könnte, aber das Gesamtverhältnis zugunsten der europäischen Integration wird sich nie ändern und in Zukunft nur wachsen (vgl. Solkina, 2014). Solkina (2014) fügt hinzu, dass weitere Veränderungen in der Einstellung junger Menschen von der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU, der Haltung der EU zu den europäischen Perspektiven der

Ukraine und der Wirksamkeit der Reformen, die im Rahmen der Umsetzung des Assoziierungsabkommens durchgeführt werden, abhängen werden.

Leider ist die neue regionale Verteilung der Integrationsprioritäten nach 2014 noch nicht erforscht. Da es in der ukrainischen Gesellschaft regionale Unterschiede in der Einstellung der Bevölkerung zu den Integrationsvektoren gab, wurde die europäische Integration von den Bewohnern der westlichen und zentralen Makroregionen unterstützt, während die Bewohner des Südens und Ostens die Idee einer Mitgliedschaft der Ukraine in der Zollunion bevorzugten. Es war jedoch nicht möglich, eine objektive Meinungsumfrage in den vorübergehend besetzten Gebieten der Regionen Luhansk und Donezk sowie auf der Krim durchzuführen, so dass diese bedingte Grenze zwischen Befürwortern und Gegnern der europäischen Integration auf regionaler Basis fraglich bleibt.

Die Arbeit der ukrainischen Politologin Kateryna Sarembo³ (2020), die untersucht hat, wie sich die Einstellungen in der Ostukraine gegenüber der Europäischen Union seit 2014 verändert haben, kann etwas Licht in die Situation bringen. Die Autorin stellt fest, dass trotz der geringen Unterstützung für die europäische Integration in der Ostukraine die Regionen Donezk und Luhansk nicht anti-europäisch eingestellt sind (vgl. Sarembo 2020:11). Europa und die damit verbundene Europäische Union verfügen in der Region über eine beträchtliche weiche Macht und Attraktivität als Träger von Normen und Werten, die für die Bewohner unzugänglich und/oder wünschenswert sind (selbst wenn sie eine Mitgliedschaft ablehnen), analysiert Sarembo (2020:11). Interessanterweise stellt die Autorin fest, dass sich die Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft und die Integration mit Russland für einige Bewohner des Donbass nicht gegenseitig ausschließen, und ein gewisser Anteil sieht keinen Widerspruch zwischen den beiden Integrationsprojekten (vgl. Sarembo 2020:11).

Zu den Gründen für die geringe Unterstützung der europäischen Integration der Ukraine in der Region, die in der Studie von Sarembo (2020:11) von den Befragten in Fokusgruppen am häufigsten genannt wurden, gehören zwei: "andere Mentalität" der ukrainischen Bevölkerung (im Gegensatz zu den EU-Bürgern) und "die Ukraine ist nicht bereit".

Obwohl die Mehrheit der Bewohner des Donbass keine Befürworter der europäischen Integration sind, ist dieses Thema selbst nicht in der Lage, öffentliche Konfrontationen oder Proteste in der Ostukraine auszulösen, wie die Umfrageergebnisse in der Studie von Sarembo (2020:11) zeigen. Gleichzeitig wird die Abschwächung der europaskeptischen Gefühle in den östlichen Regionen

³ Die Studie wurde in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten durchgeführt.

der Ukraine durch die Tatsache belegt, dass die Region nach 2014 eine "Explosion" von zivilgesellschaftlichem Aktivismus, sozialen Bewegungen und Organisationen erlebte (vgl. Sarembo 2020:19). Laut Sarembo (2020:19) sind sie im Wesentlichen Förderer europäischer Praktiken der Interaktion zwischen Bürgern und Staat. Fokusgruppen und Interviews haben gezeigt, dass sich die Einstellung zur EU in der Region seit 2014 zum Besseren gewandelt hat. Laut Sarembo (2020:14) hat diese Situation mehrere Gründe: erstens die russische Aggression, die Russlands weiche Macht in der Region untergrub und die Attraktivität des europäischen Integrationsprojekts erhöhte; zweitens die große Zahl westlicher Projekte im Allgemeinen und europäischer Projekte im Besonderen, die nach Beginn des Konflikts in der Region entstanden. Man kann sagen, dass der Donbass zwar nicht in die EU ging, die EU aber in Form von Projekten und Geldern in den Donbass kam; drittens ist eine neue Generation von Menschen entstanden, die durch Bildungsaustausch und Reisen in europäische Länder, Nutzung der Visafreiheit usw. europäische Werte kennengelernt hat. So hat der Autor einige Interviews mit Bewohnern des Donbass herausgegriffen, die feststellten, dass 2016-2017 ein gewisser Wahrnehmungswandel einsetzte, als sich die Kämpfe an der Frontlinie stabilisierten und der Donbass in den Fokus der westlichen Geber rückte (vgl. Sarembo 2020:14).

Cherasimov (2020) rechtfertigt jedoch den immer noch bestehenden Trend der antieuropäischen Stimmung in diesen Teilen der Ukraine mit der "mangelnden Klarheit über die künftigen Ziele in den Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU" der politischen Führung, die es den ukrainischen Euroskeptikern, prorussischen Kräften und Oligarchen ermöglicht, die öffentliche Meinung in der Ukraine zu manipulieren.

Den Beweis und die Demonstration einer klaren Entscheidung für das Entwicklungsmodell der europäischen Integration liefert eine von der soziologischen Gruppe Rating im Auftrag des International Republican Institute (IRI) durchgeführte Umfrage, in der 70 % der Ukrainer mit der Richtung, in die sich ihr Land bewegt, unzufrieden sind, d. h. mit Poroschenkos Präsidentschaft und den Maßnahmen der Behörden (vgl. Cherasimov 2019:3). Am Ende von Poroschenkos Amtszeit (2018-2019) wuchs in der Zivilgesellschaft das Misstrauen gegenüber der Bereitschaft und Fähigkeit der ukrainischen Regierung, sinnvolle Reformen durchzuführen, wie Sarembo (2020:20) betont. Das heißt, wie Cherasimov (2019) erklärt, ist das ukrainische Volk begierig auf globale Veränderungen und Reformen, und das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2019 ist das Ergebnis eines Protests des gesamten ukrainischen Volkes und demonstriert einen "Durchbruch für den postsowjetischen Raum", so dass die Ukrainer ihren Wunsch nach einer neuen Art von Politik und einem neuen Führungsstil zum Ausdruck brachten. Schließlich sind die Ukrainer müde und desillusioniert vom "ukrainischen politischen Establishment", das in Korruption versinkt und

nur Versprechungen macht, aber in der Praxis sehr wenig tut. Deshalb haben sie für das neue Gesicht der ukrainischen Politik - Selenskyj - gestimmt und ihm "die Aufgabe anvertraut, der Ukraine wieder einen prominenten Platz auf der europäischen Agenda zu verschaffen", womit sie ihren Wunsch, Teil Europas zu werden, und ihre pro-europäische Entscheidung zum Ausdruck bringen, analysiert Cherasimov (2019:3).

Zentr Rasumkowa (2022) beschrieb wichtige Trends in der öffentlichen Meinung über die Partnerschaft zwischen der EU und der Ukraine. So ergab eine im März 2021 durchgeführte Umfrage, dass die Hälfte (50 %) der Befragten die Beziehungen zwischen Kiew und Brüssel als instabil, 16 % als gut und 17 % als schlecht bewerteten (Zentr Rasumkowa 2022: 99). Die Autoren bringen die Meinung der Mehrheit der Gesellschaft mit dem Tempo der Annäherung der Ukraine an die EU in Verbindung (vgl. Zentr Rasumkowa 2022:100). Die ukrainischen Bürger wiederum sind mit dem Tempo der europäischen Integration weitgehend unzufrieden, und der Kurs der ukrainischen Behörden und des Präsidenten Selenskyj wird als "deklarativ" und ohne klare praktische Maßnahmen bewertet, was zu einem Mangel an Ergebnissen und erfolgreichen Schritten in Richtung der europäischen Integrationsbestrebungen der Ukraine führt (vgl. Zentr Rasumkowa 2022: 100). Diese Situation ist die Grundlage für Frustration und Desillusionierung in der ukrainischen Gesellschaft (vgl. Zentr Rasumkowa 2022:100).

Auf der Grundlage von Meinungsumfragen, die in den Jahren 2019-2021 durchgeführt wurden, erklären die Autoren des Artikels die Hindernisse für die europäische Integration mit einer Reihe von internen und externen Faktoren. Unter den internen Faktoren heben die Befragten selbst das hohe Maß an Korruption in der Ukraine als einen unüberwindbaren Faktor hervor, der die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine behindert, und zeigen damit ein klares Verständnis der europäischen Werte (vgl. Zentr Rasumkowa 2022: 100). Die Korruption selbst macht nach Ansicht der Befragten die weitere Entwicklung des Landes unmöglich, schadet der Partnerschaft zwischen Kiew und Brüssel und beeinträchtigt das internationale Image des Landes (vgl. Zentr Rasumkowa 2022: 100). Die Befragten wiesen auch auf den Mangel an Reformen hin, der sowohl zu einer geringen wirtschaftlichen Entwicklung als auch zu demokratischen Problemen in der Ukraine führt (vgl. Zentr Rasumkowa 2022: 100).

Die ukrainische Gesellschaft (laut Meinungsumfragen in den Jahren 2019-2021) (28 %) betrachtet den von Russland gegen die Ukraine geführten Krieg als externes Hindernis für die europäische Integration der Ukraine, da es eine riesige Menge an materiellen und finanziellen Ressourcen, Menschenleben und diplomatischen Bemühungen zur Verteidigung seines Territoriums einsetzt, die für die Arbeit und die Annäherung an Europa genutzt werden könnten (vgl. Zentr Rasumkowa

2022:101). Außerdem ist ein erheblicher Teil der ukrainischen Gesellschaft (21 %) davon überzeugt, dass Russland den Weg der Ukraine zur europäischen Integration durch seine Aggression im Osten absichtlich blockiert und versucht, die Ukraine in Richtung euro-asiatische Integration umzuorientieren (vgl. Zentr Rasumkowa 2022:101). Im Gegenzug ergab die Umfrage 2019-2021 einen signifikanten Prozentsatz von Ukrainern (20%), die glauben, dass prorussische Ansichten in der EU weit verbreitet sind und dass die EU die Beziehungen zur EU nicht verschlechtern will (vgl. Zentr Rasumkowa 2022:101). In dem Artikel des Razumkov-Zentrums (2022:101) stellen die Experten jedoch eindeutig fest, dass sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland in Wirklichkeit in einem "kritischen Zustand" befinden und sich allmählich verschlechtern, was durch die Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine (die 2014 begann), die Verhängung von Sanktionen gegen Russland, die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine und die Nichtanerkennung der besetzten Gebiete (Krim, Donezk und Luhansk) auf internationaler Ebene belegt wird.

Dementsprechend sieht ein signifikanter Teil der ukrainischen Bevölkerung (24%) im Jahr 2021 den fehlenden Willen der EU, sich der Ukraine anzunähern, als Hindernis für die europäische Integration an, da die EU auch mit ihren eigenen Problemen, wie z.B. dem Kovid-19, belastet ist und deshalb die Erweiterung verschiebt, was neue Probleme und Herausforderungen mit sich bringen wird (vgl. Zentr Rasumkowa 2022:101).

Laut einer soziologischen Umfrage unter der ukrainischen Bevölkerung im Jahr 2021 sind das Tempo der europäischen Integration und die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine im Allgemeinen immer noch kritisch, aber das Wichtigste ist, dass die Unterstützung für die Ideen der europäischen Integration seit vielen Jahren in der ukrainischen Gesellschaft vorherrscht (vgl. Zentr Rasumkowa 2022:102) und 59 % der ukrainischen Bürger den Beitritt der Ukraine zur EU unterstützen (vgl. Zentr Rasumkowa 2022:101). Den Autoren des Razumkov-Zentrums (2022:102) zufolge sind die "russische Aggression, die darauf abzielt, die europäische Integrationsbewegung zu blockieren und die Kontrolle über die Ukraine zu sichern", und der Unglaube an die "Friedfertigkeit des brüderlichen Russlands" die überzeugendsten Argumente für die Wahl eines Kurses in Richtung EU-Integration geworden. Wenn im Jahr 2021 in der gesamten Ukraine ein landesweites Referendum über den Beitritt der Ukraine zur EU abgehalten würde, würden 72 % der ukrainischen Bürger daran teilnehmen und 80 % von ihnen würden für den Beitritt der Ukraine zur EU stimmen (vgl. Zentr Rasumkowa 2022:102). Den Autoren zufolge zeigen solche Indikatoren deutlich, dass die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung den Weg der europäischen Integration nach wie vor unterstützt und "vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft" werden will (vgl. Zentr Rasumkowa 2022:102).

5. Schlussfolgerungen

5.1. Resümee

In dieser Masterarbeit werden die Positionen der regierenden Parteien und Präsidenten der Ukraine sowie die Einstellungen der ukrainischen Bevölkerung zum EU-Beitritt seit 1991 untersucht. Die Hauptforschungsfragen waren, wie und aus welchen Gründen sich die Positionen verändert haben, welche Art, Erscheinungsformen und Elemente des Euroskeptizismus identifiziert werden können und in welchem Verhältnis die Haltungen der herrschenden Elite und der Bevölkerung zueinander stehen. Dies wiederum ermöglichte es uns, eine Vermutung (Schlussfolgerung) darüber anzustellen, wie der Euroskeptizismus die europäische Perspektive und die Chancen der Ukraine auf einen EU-Beitritt im Laufe der Geschichte der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine beeinflusst hat.

Im Allgemeinen lässt die Studie die folgenden Schlussfolgerungen zu. So waren die Erscheinungsformen des Euroskeptizismus in der Ukraine bereits zu Beginn der Unabhängigkeit der Ukraine spürbar und wurden in erster Linie mit den Aktivitäten der Bauernpartei der Ukraine (SeIPU) und der Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) in Verbindung gebracht. Es ist jedoch wichtig festzustellen, dass der Widerstand in Form von Euroskeptis in den 1990er Jahren kein zentrales Phänomen der ukrainischen Politik war, da die europäische Integration der Ukraine selbst nur langsam voranschritt.

Der ukrainische Euroskeptizismus ist nicht nur auf einen Flügel der politischen Ideologie beschränkt. Seit Anfang der 1990er Jahre und bis 2022 wird er sowohl von linken als auch von rechten politischen Kräften für ihre Aktivitäten genutzt. Das bedeutet auch, dass die ukrainischen Euroskeptiker trotz gewisser Gemeinsamkeiten in ihrer Einstellung zur europäischen Integration in dieser Hinsicht nicht wirklich gefestigt sind. Die Analyse zeigt also deutlich, dass der Euroskeptizismus häufig ein Instrument zur politischen Mobilisierung von Wählern ist, das politische Akteure situativ und opportunistisch einsetzen, um Stimmen zu gewinnen. Wie in der Studie von Laclau (2005) versuchten ukrainische Parteien und Staatsoberhäupter, "auf unterschiedliche politische Forderungen" aus der West- und Ostukraine zu reagieren, und manövierten somit oft zwischen der europäischen und der östlichen Ausrichtung der Ukraine. Die einzige Partei, die sich bis vor Kurzem zur Europaskeptis bekannte (und 2015 verboten wurde), und zwar hauptsächlich aus ideologischen Gründen, war die Kommunistische Partei der Ukraine. Alle anderen Parteien und Führungspersonlichkeiten des Landes änderten ihre Positionen je nach den Umständen. Dementsprechend zeigt die Analyse, dass alle anderen politischen Parteien und Führer der Ukraine, die sich durch Euroskeptis auszeichnen, vom Populismus

durchdrungen sind. Die von Mudde (2004) beschriebenen sozialen Krisen sind zu einer Bedingung für den Aufstieg des Populismus in der Ukraine geworden, da die Ukrainer in den letzten drei Jahrzehnten eine ständige Quelle des Unmuts gegen die soziopolitische Situation hatten. Die Orangene Revolution (2004-2005) und die Revolution der Würde (Euromaidan) (2013-2014) sind nur zwei der wegweisenden gesamtukrainischen Proteste, die Massen von Bürgern aufbrachten, die über die aktuelle Regierungspolitik empört waren.

Die Analyse zeigt deutlich, dass die meisten Staatsführer und ukrainischen Parteien direkt oder indirekt von Oligarchen geschaffen oder unterstützt wurden, dass sie keine grundlegenden Werte haben, die sich in ihren Programmen widerspiegeln, dass die Ideologie der schwächste Punkt der ukrainischen Parteien ist, dass die meisten nur bestimmte ideologische Klischees verwenden, um Wähler zu mobilisieren, dass der Zweck solcher Parteien und Führer darin besteht, die Interessen ihrer Eigentümer oder einer kleinen Gruppe von Mitgliedern zu befriedigen, und nicht darin, ihre Werte, Visionen und Programme im öffentlichen Leben umzusetzen. Ein entschlossener und begründeter Euroskeptizismus kommt daher nicht in Frage.

Die Popularität populistischer Führer und Parteien wiederum deutet darauf hin, dass die ukrainische Gesellschaft durch ein niedriges Niveau an politischer Kultur und sozialer Mobilität gekennzeichnet ist und es kein einheitliches nationales Paradigma der nationalen und staatlichen Entwicklung gibt, was von diesen Kräften als Mittel der politischen Manipulation ausgenutzt wird.

Die Analyse hat gezeigt, dass es die russische Aggression im Donbass und die Besetzung der Krim im Jahr 2014 waren, die zur endgültigen Ablehnung der prorussischen Alternativen und zur Aufgabe der ukrainischen Multivektorphilosophie geführt haben, was wiederum den Euroskeptizismus in der Ukraine vollständig reduziert hat.

Obwohl ukrainische Autoren die Institution der Präsidentschaft als Quelle der europäischen Bestrebungen in der Ukraine interpretiert haben, zeigt die Analyse deutlich, dass die Institution der Präsidentschaft das größte Hindernis für die Verwirklichung dieser Bestrebungen ist. Besonders deutlich wird dies im Fall des zweiten Präsidenten der unabhängigen Ukraine, Kutschma (1994-2005), der, obwohl er nicht als Euroskeptiker galt, versuchte, "zwischen zwei Stühlen zu sitzen" - sich für die europäische Integration zu entscheiden und gleichzeitig Abkommen zu schließen und mit Russland zu kooperieren. Der vierte Präsident der Ukraine, Janukowitsch (2010-2014), verfolgte eine ähnliche Politik wie Kutschma, der ebenfalls versuchte, einen doppelten Weg einzuschlagen, indem er Russland entgegenkam und gleichzeitig die Beziehungen zu Europa nicht verschlechterte. In den Reden, Äußerungen und Handlungen von

Kutschma und Janukowitsch finden sich jedoch keine Anzeichen für einen ausgeprägten Euroskeptizismus, wie etwa die Ablehnung der Idee der Europäischen Union als Ganzes, die Ablehnung der Idee der europäischen Integration oder die Ablehnung der Teilnahme an diesem Projekt.

Die Präsidenten Juschtschenko (2005-2010) und Poroschenko (2014-2019) könnten als pro-europäisch bezeichnet werden, aber ihre "europäische Entscheidung" bedeutete eher eine Zustimmung zum Beitritt in die westliche Gemeinschaft als eine Verpflichtung zur Verbesserung ihres eigenen Regierungssystems, da ihre erklärten Bestrebungen zur europäischen Integration nicht durch die Umsetzung des Reformprogramms unterstützt wurden und die weit verbreitete Korruption eine Verbesserung des Landes unmöglich machte.

Die Analyse zeigt also deutlich, dass das Hindernis für die europäische Integration in der Ukraine die herrschende Elite der Ukraine war, deren Interessen darin liegen, den Prozess der europäischen Integration zu verzögern, da die Einhaltung transparenter Regeln für die Führung zivilisierter (ehrlicher) Geschäfte, wie sie von den europäischen Ländern vorgelebt werden, die Möglichkeiten dieser politischen Eliten, durch Machtmissbrauch und illegale Nutzung staatlicher Ressourcen übermäßige Gewinne zu erzielen, erheblich einschränkt. Dementsprechend sind diese Machteliten zwar "auf dem Papier" Befürworter der europäischen Integrationsstrategie, doch in der Praxis behindern sie aufgrund ihrer weitreichenden Macht und ihrer materiellen Möglichkeiten, die Entscheidungsfindung und Umsetzung zu beeinflussen, die für den EU-Beitritt erforderlichen Reformen. Dementsprechend war ein "harter" Euroskeptizismus fast nie vorhanden, während sich ein "weicher" Euroskeptizismus nur in einigen wenigen Parteien in der Ukraine zwischen 1991 und 2022 manifestierte, von denen die meisten nicht von Bedeutung waren.

In der Masterarbeit wird die Verflechtung der Einstellungen zur EU zwischen den politischen Eliten und der ukrainischen Gesellschaft deutlich. Im Laufe der Geschichte der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine wurde der Vektor der Annäherung an Europa oft sowohl von unten nach oben, d. h. von den Massen zu den Eliten, als auch von oben nach unten, von den Eliten zu den Massen, gestaltet, wobei sich diese beiden Richtungen oft gegenseitig verstärkten. Insbesondere nutzte die herrschende Elite Manipulationen, um die Massen von der Richtigkeit eines bestimmten Entwicklungsweges zu überzeugen, und die Gesellschaft nutzte Revolutionen, um die herrschenden Eliten zu beeinflussen und die Stimmung in der Gesellschaft zu demonstrieren.

Eine Analyse der Erscheinungsformen des Euroskeptizismus in der ukrainischen Öffentlichkeit zeigt, dass der Euroskeptizismus in der Ukraine bereits eine eigene kurze, aber komplexe und zweideutige Geschichte hat. In den Jahren der Gründung der Ukraine und der Zusammenarbeit der Ukraine mit der EU war die ukrainische Zivilgesellschaft äußerst passiv und verließ sich hauptsächlich auf die Bemühungen der staatlichen Behörden im Prozess der europäischen Integration, während die Gesellschaft selbst in erster Linie die Aufgabe hatte, den Prozess zu beobachten und Empfehlungen abzugeben.

Im Zeitraum 1991-2022 wurden die Erscheinungsformen des Euroskeptizismus in der ukrainischen Öffentlichkeit vor allem durch folgende Faktoren beeinflusst: Bekanntheitsgrad der europäischen Integration der Ukraine oder ihrer spezifischen Ausrichtungen (je weniger die Menschen wissen, desto euroskeptischer sind sie), Bildung (je höher das Bildungsniveau, desto weniger euroskeptisch sind die Menschen) und Alter (ältere Menschen sind eher euroskeptisch). Obwohl die West- und Zentralukraine seit 1991 die europäische Integration mehrheitlich unterstützt und die Ost- und Südukraine häufig auf die engen historischen und kulturellen Bindungen zu Russland verweist, kann nur der Donbass als einzige euroskeptische Region der Ukraine bezeichnet werden, in der die große Mehrheit der Bevölkerung der Meinung ist, dass die Mitgliedschaft in der Zollunion die vorrangige Richtung der Integration sein sollte. Auf der Grundlage statistischer Daten, des historischen Hintergrunds und der Forschungen ukrainischer Soziologen kann der Schluss gezogen werden, dass der Euroskeptizismus im Donbass auf den historischen Hintergrund (insbesondere die Vertreibung der Bevölkerung in dieser Region nach dem Holodomor), die geografische Nähe zu Russland und teilweise auf die Angst vor der Globalisierung zurückzuführen ist.

Die Masterarbeit ergab, dass die Wahrnehmung der europäischen Werte durch die Ukrainer sehr oft Stereotypen und falsche Vorstellungen enthält, die durch Manipulation bestimmter politischer Kräfte oder unter dem Einfluss externer Faktoren entstanden sind. Am deutlichsten zeigte die Studie jedoch den extremen Infantilismus und die Ignoranz der ukrainischen Gesellschaft. Dies wird durch die Tatsache bestätigt, dass Anfang der 2000er Jahre viele Menschen in der Ukraine eine gleichzeitige Stärkung der Beziehungen sowohl zu Russland/GUS als auch zu Europa befürworteten und dass die Mehrheit der befragten Ukrainer den Beitritt der Ukraine zur EU in den nächsten fünf Jahren unterstützte. Dies deutet darauf hin, dass sich die ukrainische Gesellschaft des Unterschieds zwischen dem östlichen und dem westlichen Entwicklungspfad nicht bewusst war und nicht wusste, inwieweit die Ukraine auf die europäische Integration (Erfüllung der Kopenhagener Kriterien) vorbereitet war, oder vielmehr, dass sie in allen Bereichen absolut unvorbereitet war und dieser Prozess unmöglich war.

Die Orangene Revolution und die Revolution der Würde (Euromaidan) haben gezeigt, dass die Mehrheit der Ukrainer eine pro-europäische Haltung vertritt. Erst als die Politik der europäischen Integration beschnitten wurde, reagierte die ukrainische Gesellschaft mit einer zunehmenden Unterstützung für diesen Kurs. Später zeigten die Annexion der Krim, die Aggression in der Ostukraine und der Unglaube an die Friedfertigkeit des brüderlichen Russlands", dass die Ukraine, wenn sie ihre Unabhängigkeit und territoriale Integrität bewahren, den demokratischen Charakter der nationalen Regierung stärken und das Wohlergehen der Bevölkerung verbessern will, ein vollwertiger europäischer Staat und kein eurasisches Zwischenland werden muss. Der Analyse zufolge lässt sich die immer noch bestehende Tendenz zu antieuropäischen Gefühlen in den östlichen Regionen der modernen Ukraine durch die geografische Nähe dieser Regionen zu Russland, gemischte Identitäten aufgrund historischer Ereignisse, psychologische Ermüdung durch den militärischen Konflikt in diesen Regionen und Propaganda aus Russland erklären.

Trotz des Vorhandenseins des Euroskeptizismus in der Ukraine kann man ihn also keineswegs als starr bezeichnen. Im Gegenteil, der Euroskeptizismus in der Bevölkerung ist seit 1991 relativ leicht zu manifestieren und weist keine extremistischen Züge auf. Die Daten aus den soziologischen Umfragen, die in der oben genannten Masterarbeit analysiert wurden, geben Anlass zu der Behauptung, dass der Kurs der europäischen Integration den Stimmungen der großen Mehrheit der ukrainischen Gesellschaft entspricht.

5.2. Ausblick

Lange Zeit war die europäische Integration für die ukrainische Elite Teil eines recht interessanten, aber wenig aussichtsreichen geopolitischen Spiels. Die Multi-Vektor-Politik ermöglichte es der ukrainischen Elite, zwischen den Interessen des Westens und Russlands zu balancieren und den Vektor der geopolitischen Zusammenarbeit ständig zu "wechseln", ohne dabei irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen oder politische Verantwortung zu tragen. Wie die Ergebnisse der Masterarbeit jedoch zeigen, haben die Revolution der Würde (Euromaidan), die Annexion der Krim und die Militäraktionen in der Ostukraine die Polarität der West-Ost-Bewegung endgültig aufgehoben und die Integrationsprioritäten der Ukraine in Richtung des europäischen Entwicklungspfad endgültig festgelegt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Beitritt der Ukraine zur EU eine Frage der Perspektive, die von vielen Faktoren abhängt, insbesondere, wie Kruhlaschow et al. (2010:178) feststellt, von der Wirksamkeit der internen Reformen, die durch die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien durch

das Land bestimmt werden, und von den Transformationsprozessen innerhalb der EU, d. h. von der Fähigkeit der EU zu einer weiteren Erweiterung, sowie von der Zustimmung sowohl der EU-Regierungsinstitutionen als Ganzes als auch aller Mitgliedstaaten zur Aufnahme der Ukraine in das Vereinigte Europa, die nicht zuletzt durch die euroskeptischen Stimmungen in der Ukraine während der 20 Jahre währenden Multivektorbewegung beeinflusst wurde.

Die obige Analyse in meiner Masterarbeit zeigt, dass der Euroskeptizismus bzw. die Manipulationen der ukrainischen Behörden in verschiedenen Perioden den Interessen der Ukraine erheblichen Schaden zugefügt haben und sich eindeutig negativ auf die europäische Perspektive und die Chancen der Ukraine auf einen EU-Beitritt auswirken. Die europäischen Länder haben seit langem eindeutig argumentiert, dass die Ukraine seit den Tagen von Leonid Kutschma im Allgemeinen eine doppelte Form der europäischen Integration verfolgt: eine deklarative auf dem Papier und eine reale. Praktisch alle Verpflichtungen der Ukraine in Bezug auf die europäische Integration blieben auf dem Papier. Wie bereits in der Masterarbeit erwähnt, hat die EU seit langem keine großen Fortschritte und keine Umsetzung von Reformen gesehen, insbesondere bei der Reform des Justizwesens und der Korruptionsbekämpfung, und die europäische Unterstützung für die Ukraine kann nicht bedingungslos sein, so dass die Aussicht auf einen EU-Beitritt eher illusorisch bleibt.

Insbesondere Gustav Gressel (2016:1) prognostiziert, dass die Reformen in der Ukraine in jedem Fall ein langer und langwieriger Prozess sein werden und die Ukraine nur dann eine reale Chance auf eine EU-Mitgliedschaft hat, wenn die EU standhaft bleibt, "nicht der Ukraine-Müdigkeit erliegt" und das Land auf seinem Weg in die EU unterstützt. Dementsprechend sind die Aussichten der Ukraine in der EU unter diesen Bedingungen nur dann möglich, wenn die EU beschließt, ein aktives Druckmittel einzusetzen, das durch die Aussicht auf eine Mitgliedschaft gestützt wird, und wenn die ukrainischen Eliten gefügiger und zukunftsorientierter werden, was jedoch nur eine Annahme ist.

Auf der Grundlage der Analyse in meiner Masterarbeit schlage ich vor, dass nur die Umsetzung schwieriger, langfristiger und oft unpopulärer innenpolitischer Reformen durch die ukrainischen politischen Eliten den Weg der Ukraine in die EU garantieren kann. Denn wie bereits in der Masterarbeit erwähnt, verursachen häufige Wechsel der Regierungsparteien nach den Wahlen, die zur Aufgabe pro-europäischer Reformen, zur Verringerung ihres Umfangs und ihrer Rolle oder zum Multivektorkismus im Allgemeinen führen, allein der Ukraine schweren und irreparablen Schaden, machen die langjährige Zusammenarbeit mit der EU zunichte und führen zu wachsender Kritik seitens der EU-Mitgliedstaaten.

Um die Chance einer europäischen Perspektive in der Ukraine zu verwirklichen, muss die herrschende Elite mit einer strikten Kontrolle innerhalb der Regierung beginnen, um die Menschen von diesen Veränderungen zu überzeugen und das Vertrauen in die Staatsführung und die Vertreter des Volkes wiederherzustellen. Die ukrainische Zivilgesellschaft wiederum sollte trotz ihrer Schwächen, des Mangels an Ressourcen und öffentlicher Unterstützung weiterhin Druck auf die Behörden (die politische Elite) ausüben und ihr Streben nach europäischer Integration demonstrieren. Andernfalls wird die Ukraine nur dem Namen und der Geographie nach eine europäische Nation bleiben.

6. Quellenverzeichnis

6.1. Literatur

Appleton, Jane; Cowley, Sarah (1997): Analysing clinical practice guidelines. A method of documentary analysis. Journal of Advance Nursing, 25:1008-1017.

Artemowa, Jewhenija (2014): «Ewroskeptyzysm kak faktor formyrowanyja nowoho polytyko-yeolohytscheskoho prostranstwa ES».

Artomow, Iwan (2007): Problemy i perspektywy wchodshennja Ukrainy w Jewropejskyj Sojus. <https://www.uzhnu.edu.ua/en/infocentre/get/3707>

Bailey, Kenneth (1982): Methods of Social Research (2nd Ed.). New York: Free Press.

Baranowska, Natalija (2001): Ukraina: utwerdshennja nesaleshnoji dershawy (1991-2001). –K.: Alternatywy. – S. 1-704.

Baranowskyj, Feliks (2017): Wplyw hromadjanskoho suspilstwa na prozes jewropejskoji ta jewroatlantytschnoji intehraziji: Ukrainjskyj kontekst. https://ipiend.gov.ua/wp-content/uploads/2018/07/baranovskyi_vplyv.pdf

Boshko, Serhij (2012): Intehrazija w JEwropejskyj Sojus jak sownischnopolitytschnyj priorytet w ukrajinskomu politytschnomudyskursi / S.O. Boshko // Aktualni problemy mishnarodnych widnošyn. – № 108. – S. 75-84.

Burdjak, Wira; Makar, Jurij (2012): Populism – skladowa dijalnosti ukrajinskykh politytschnych partij // Ukraina–Jewropa–Swit = Ukraine–Europe–World: mishnarodnyj sbirnyk naukowych praz. ser. istorija, mishnarodni widnošyny. Ternopil: S.130-138.

Cherasimov, Cristina (2020): Mismatched Expectations Are Straining EU-Ukraine Relations Strengthening Mutual Trust and Credibility Should Remain Key Priority. <https://dgap.org/en/research/publications/mismatched-expectations-are-straining-eu-ukraine-relations>

Fairclough, Graham; Freedman, Amy (2010): 'Kiev Leader Seeks to Join EU' // The Wall Street Journal, 23 September 2010.

<http://online.wsj.com/article/SB4000142405.html>.

Fedonjuk Serhij; Kortschun, Walentyna (2011): Istorija widnoŝyn (Ukrajina-JES)// Jewropejska intehrazija. – (Poŝibnyky ta pidrutschnyky WNU imeni Leŝi Ukrajinky). - S. 709-719.

Fedortschuk, Oksana (2017): Nedershawni analitytschni zentry Ukrainy jak sehment politytschnoji nauky. Visnuk of the Lviv University. Series Philos.-Political Studies. Issue 10, S.155-159.

<http://publications.lnu.edu.ua/bulletins/index.php/politology/article/viewFile/7365/7367>

Gherasimov, Cristina (2019): Rupture in Kiev: Ukrainians Vote for Change to Consolidate Their Democracy. (DGAP- Standpunkt, 11). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/62468/ssoar-2019-gherasimov-Rupture_in_Kiev_Ukrainians_Vote.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2019-gherasimov-Rupture_in_Kiev_Ukrainians_Vote.pdf

Goncharenko, Roman (2011): Die Ukraine zwischen Russland und der EU.

<https://www.deutschlandfunk.de/die-ukraine-zwischen-russland-und-der-eu-100.html>

Gressel, Gustav (2016): Keeping up appearances: How Europe is supporting Ukraine's transformation.

https://ecfr.eu/publication/keeping_up_appearances_how_europe_is_supporting_ukraines_transformation/

Hissa, Oleksandra (2017): Jewroskeptyzysm ta joho wplyw na sownischnju polityku Ukrainy: wytoky, charakter, prohnosy [Tekst]: awtoref. dys. ... kand. polit. nauk: 23.00.04 / Hissa Oleksandra Kostjantyniwna ; TSCHerniwez. naz. un-t im. Jurija Fedkowytscha. - Tscherniwzi.

Hromadski, Gshegosh; Suschko, Aleksandr; Wal, Maryus; Woltschukm, Kataryna; Woltschuk, Roman (2005): Jarkymy budut plodi Pomarantschewoji rewoljuziji? Wsajemyny mish JES ta Ukrainoj u 2005-mu – na potschatku 2006 roku. Fond im. Stefana Batoryja, Warschawa.

https://www.batory.org.pl/doc/orange_ukr.pdf

Iltschenko, Anastaßija (2014): Leonid Kutschma w presydenckych wyborach 1994 r. – potschatok sarodshennja bipoljarnoji systemy ukrajinskoho elektoralnoho polja / A.P. Iltschenko // Intelihenzija i wlada. – № 31. – S. 281-291.

Kapitonenko, Mykola (2020): Priorytetni problemy ta perspektywni naprijamy jewrointeschraziji Ukrainy. W Zentr Rosumkowa (2020): Sektoralna intehrazija ukrainy do Jes: peredumowy, perspektywy, wyklyky. S. 90-93.

https://razumkov.org.ua/uploads/article/2021_sektor_eu_ukr.pdf

Kopecký, Petr; Mudde, Cas (2002): The Two Sides of Euroscepticism: Party Positions on European Integration in East Central Europe. https://www.researchgate.net/publication/249733511_The_Two_Sides_of_EuroscepticismParty_Positions_on_European_Integration_in_East_Central_Europe

Kopynez, Jurij (2021): Wplyw sutschasnych tendenzij roswytku partijnych system krajin jewropejskoho sojusu na ewoljuziju ta funkcionuwannja partijnoji systemy Ukrainy.

https://lnu.edu.ua/wp-content/uploads/2021/11/dis_kopynets.pdf

Kruhlaschow, Anatolij; Osymok, Iryna; Astapenko, Tetjana; Russu, Walerija (2010): Ewropejskaja polityka Kyewa: smena wektorow / Anatolij Kruhlaschow // MOLDOSCOPIE. – № 4. – S. 215-226.

https://chtyvo.org.ua/authors/Kruhlashov_Anatolii/Yevropeiska_intehratsiia_na_pochatku_novo_ho_tysiacholittia/

Krywoschejin, Witalij (2016): Wplyw «rewoljuziji hidnosti» na politytschnu ta prawowu kulturu ukrajinskoho suspilstwa / W.Krywoschejin // Wisnyk Nazionalnoho uniwersytetu «JUrydytschna akademiya Ukrainy imeni Jaroslawa Mudroho». – № 2. – S. 37-58.

Kultschyzkyj, Stanislaw (2005): Ukrainiska rewoljuzija 2004 r. / Stanislaw Kultschyzkyj. – Kyjiw: Henesa. – S. 1-368.

Kyrytschenko, Iryna (2012): Bes ponjattja «jedynoji rodyny». Interwju s profeßorom Jurijem Sajenko // Suwerenitet w Ukraini: wid radjanskoji federaziji – do nesaleshnoji dershawy / – Lwiw: Prostir-M. – S. 1-520.

Laclau, Ernesto (2005): On Populist Reason. London, New York.

<https://voidnetwork.gr/wp-content/uploads/2016/09/On-Populist-Reason-by-Ernesto-Laclau.pdf>

Ljaschenko, Oleh (2021): Elektoralna istorija nesaleshnoji Ukrajiny. Politytschnyj prozes u nesaleshnij Ukraini: pidsumky i problemy. Kyjiw: IPiEND im. I. F. Kuraša NAN Ukrajiny. S. 368–421.

Lytwyn, Wolodymyr (2005): Ukrajina – 2004. Podiji. Dokumenty. Fakty / – Kyjiw: 3 Media. –S. 1-592.

MacFarlane, Neil; Menon, Anand (2014): The EU and Ukraine, Survival.

<https://www.tandfonline-com.uaccess.univie.ac.at/doi/pdf/10.1080/00396338.2014.920139?needAccess=true&>

Markowski, Radoslaw (2015): The state of Democracy in Central and Eastern Europe. [HTTPS://WWW.SCIENCESPO.FR/CERI/EN/CONTENT/STATE-DEMOCRACY-CENTRAL-AND-EASTERN-EUROPE](https://www.sciencespo.fr/ceri/en/content/state-democracy-central-and-eastern-europe)

McCulloch, Gary (2004): Documentary Research in Education, History and the Social Sciences. https://fe.unj.ac.id/wp-content/uploads/2020/04/Gary-Mcculloch-Documentary-Research_-In-Education-History-and-the-Social-Sciences-Social-Research-and-Educational-Studies-Series-22-2004.pdf

McGrath, Joseph (1982): Dilemmatics: the study of research choices and dilemmas. In: McGrath, J. E. and associates (Eds.), Judgments Calls in Research. London: Sage. P.69-102.

Mogalakwe, Monageng (2006): The Use of Documentary Research Methods in Social Research. African Sociological Review, 10, (1), P. 221-230. https://www.researchgate.net/publication/267994948_The_Use_of_Documentary_Research_Methods_in_Social_Research

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. Government and Opposition, 39 (4), P. 541–563.

Müller, Jan-Werner (2016): What is populism? Philadelphia, University of Pennsylvania Press.

Naumenko, Dmytro; Bulana, Oleksandra; Diachenko, Snizhana (2022): Western Balkans Accession to EU: lessons for Ukraine. <https://www.kas.de/documents/270026/18262243/2022+UCEP+Western+Balkans+Accession+t>

[o+EU.+Lessons+for+Ukraine.pdf/2a26c670-f258-5c08-b304-5ffa02cafd4a?version=1.0&t=1668049223289](https://www.researchgate.net/publication/266804922/figure/fig/2a26c670-f258-5c08-b304-5ffa02cafd4a?version=1.0&t=1668049223289)

Netschajuk, Inna (2013): "Jewroskeptyzysm" u prozebi jewropejskoji intehraziji (druha polowyna CH - potschatok CHI st.) [Tekst]: 07.00.02 / Netschajuk Inna Oleksijiwna ; Dyp. akad. Ukrainy pry M-wi sakordon. spraw Ukrainy.

Olijnyk, Jewhenija (2015): Ukrainzi pislja Holodomoru maly sakupyty dlja roßijan-pereßelenziw patefony – istoryk.

<https://www.radiosvoboda.org/a/27018943.html>

Palagnyuk, Yuliana (2013): Mechanizmy salutschennja hromadjan do ozinky jewrointehrazijnoi polityky: doswid jewropejskich dershaw dlja Ukrainy.

<http://www.dy.nayka.com.ua/?op=1&z=740>

Palagnyuk, Yuliana (2014): Monitorynh hromadskoji dumky schtschodo jewropejskoji intehraziji Ukrainy jak mechanism realizaciji dershawnoi jewrointehrazijnoi polityky.

https://www.researchgate.net/publication/338954862_Monitoring_gromadskoi_dumki_sodo_evr_opejskoi_integracii_Ukraini_ak_mehanizm_realizacii_derzavnoi_evrointegracijnoi_politiki

Panaßjuk, Sofija (2022): Jak Roßija rußyfikuwala schid Ukrainy.

<https://ukrainer.net/rusyfikatsiia-skhodu/>

Pawljuk, Mychajlo (2013): Informazijne sabespetschennja polityky jewropejskoji intehraziji Ukrainy u TSCHerniwezkij oblasti /Mychajlo Wiktorowytsch Pawljuk // Naukowyj wisnyk Tscherniwezkoho uniwersytetu: Istorija. Politytschni nauky. Mishnarodni widnoßyny. – № 676. – S. 46-52.

Pohorila, Natalija (2003): Try rewoljuziji: ohljad materialiw opytuwannja hromadskoji dumky.

http://www.3rnatolin.eu/wp-content/uploads/2017/11/pohorila_tekst.pdf

Riishøj, Søren (2004): Europeanisation and Euroscepticism: Experiences from Poland and the Czech Republic / Søren Riishøj. // Středoevropské Politické Studie. NO 6. P. 44.

[HTTPS://JOURNALS.MUNI.CZ/CEPSR/ARTICLE/VIEW/4051](https://journals.muni.cz/cepsr/article/view/4051)

Rjabtschuk, Mykola (2003): Dwi Ukrajiny: realni meshi, wirtualni wijny / Mykola Rjabtschuk. – Kyjiw: Krytyka. – S. 1-336.

Rosumnyj, Maksym (2016): Wyklyky nazionalnoho samowysnatschennja / Maksym Mykolajowytsch Rosumnyj. – Kyjiw: NISD. Nazionalnyj instytut stratehitschnych doslidshen. https://niss.gov.ua/sites/default/files/2016-11/Rozumnyj_druk-915a0.pdf

Rosumnyj, Oleksij (2021): Zentr Rasumkowa. Tschy rostscharuwalyßja ukrajinzi w jewrointehraziji? <https://www.eurointegration.com.ua/experts/2021/06/10/7124269/>

Saremba, Kateryna (2020): Jewropejskyj Donbas: jak komunikuwaty jewropejsku intehraziju na Donetschyni ta Luhanschtschyni. Zentr «Nowa Jewropa», Kyjiw. <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/ukraine/16646.pdf>

Sarrazyn, Tylo (2012): Hermanyja: samolykwydazyja. Massowo-polytytscheskoe ysdanye. Moskwa. S. 6-391.

Schneider, Alexander (2019): Perspektiven und Herausforderungen eines EU-Beitritts der Ukraine. Politische Implikationen versus ökonomische Transformationsprozesse postsowjetischer Staaten. https://api.pageplace.de/preview/DT0400.9783960957089_A39234692/preview-9783960957089_A39234692.pdf

Sherr, James (1999): Ukraine's new time of troubles, The Journal of Slavic Military Studies, P. 10-88.

Sinkowskyj, Serhij (2010): Perspektywy intehraziji Ukrajiny do Jewroßojusu na sutschasnomu etapi roswytku. http://www.investplan.com.ua/pdf/5_2010/11.pdf

Smyrnnow, Alekskj (2013): Ispyt ewroskeptyzysmom: krysyz ewropejskoj yntehrazyy w serkale konserwatysma. <https://cyberleninka.ru/article/n/ispytanie-evroskeptitsizmom-krizis-evropeyskoy-integratsii-v-zerkale-konservatizma>

Solkina, Marija (2014): Jewrointehrazija jak schans: nowi trendy hromadskoj dumky / Marija Solkina // JEwrointehrazija Ukrainy: doswid suʒidiv ta perspektywy objednannja suspilstwa. – K.: Fond «Demokratytschni iniziatywy imeni Ilka Kutscheriwa». – S. 8–23.

Steenbergen, Marco; Edwards, Erica; de Vries, Catherine (2007): Who's cueing whom? Mass-elite linkages and the future of European integration. *European Union Politics*, 8(1), S. 13-35.

Szczerbiak, Alex; Taggart, Paul (2003): Theorising Party-Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality. *SEI Working Paper*, P. 4-22.

Schkljar, Leonid (2006): «Pomarantschewyj» syndrom ta joho projawy (potschatok 2006 roku) /Ukraina na schljachu do Jewropy / – Kyjiw: Etnos. – S. 1-496.

Taggart, Paul (1998): A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary western European party system/ Paul Taggart// *European Journal of Political Research*. – Volume 33 №3, Printed in the Netherlands. – P. 363- 368.

Tarnawskyj, Omeljan (2017): Projawy jewroskeptyzysmu w publitschnomu prostori Ukrainy w period s 1991 po 2018.

rik.[http://www.irbis-nbuv.gov.ua/cgi-](http://www.irbis-nbuv.gov.ua/cgi-bin/irbis_nbuv/cgiirbis_64.exe?I21DBN=LINK&P21DBN=UJRN&Z21ID=&S21REF=10&S21CNR=20&S21STN=1&S21FMT=ASP_meta&C21COM=S&2_S21P03=FILA=&2_S21STR=molv_2018_6(1)__12)

[bin/irbis_nbuv/cgiirbis_64.exe?I21DBN=LINK&P21DBN=UJRN&Z21ID=&S21REF=10&S21CNR=20&S21STN=1&S21FMT=ASP_meta&C21COM=S&2_S21P03=FILA=&2_S21STR=molv_2018_6\(1\)__12](http://www.irbis-nbuv.gov.ua/cgi-bin/irbis_nbuv/cgiirbis_64.exe?I21DBN=LINK&P21DBN=UJRN&Z21ID=&S21REF=10&S21CNR=20&S21STN=1&S21FMT=ASP_meta&C21COM=S&2_S21P03=FILA=&2_S21STR=molv_2018_6(1)__12)

Tschekalenko, Ljudmyla; Fedunjak, Cerhij (2010): Sownischnja polityka Ukrainy (wid dawnych tschaʒiw do naschych dniw). Kyjiw DP «Wydawnytschij dim Personal» S. 3-456.

<https://portal.iapm.edu.ua/portal/media/books/fc8e7971-86e1-4de2-b69f-d23eef4d5c41.pdf>

Wajnschtejn, Hryhorij (2015): Ewroskeptyzysm: nowyj faktor ewropejskoj polytyky. Myrowaja ʒekonomyka y meshdunarodnye otnoschenyja (8). S. 40-48.

https://www.imemo.ru/index.php?page_id=1248&file=https://www.imemo.ru/files/File/magazines/meimo/08_2015/40-48_VAINSHTEIN.pdf

Wallerstein, Immanuel (1999): The End of the World as We Know it: Social Science for the Twenty-first Century.

https://books.google.at/books?id=PEmVAQ_HMc8C&printsec=frontcover&hl=uk&source=gb_s_ge_summary_r&cad=0#v=onepage&q&f=false

Webb, Eugene; Campbell, Donald; Schwarz, Richard; Sechrest, Lee (1984): The Use of Archival Sources in Social Research. In: Bulmer M. (Ed.). Sociological Research Methods - An Introduction. London: MacMillan.

Widnjanskyj, Stepan (2018): Wsajemowidnoŝyny Ukrainy i Jewropejskoho Sojusu pislja Pomarantschewoji Rewoljuziji: potenczial i nerealisowani moshlywosti.

<https://www.uzhnu.edu.ua/en/infocentre/get/16509>

Wolczuk, Kataryna (2004): Integration without Europeanisation: Ukraine and Its Policy Towards the European Union / K. Wolczuk; Robert Schuman Centre for Advanced Studies; European University Institute; EUI Working Papers, RSCAS. – 2004. – №15. – P. 1 – 22.

Wolczuk, Kataryna (2004): Ukraine's Policy towards the European Union: A Case of 'Declarative Europeanization'.

https://www.batory.org.pl/ftp/program/forum/eu_ukraine/ukraine_eu_policy.pdf

Worona, Walerij (2020): Ukrajinske suspilstwo: monitorynh sozialnych smin. Sbirnyk naukowych praz Sasnowanyj Instytutom soziolohiji NAN Ukrainy. Wypusk 7 (21). Kyjiw.

<https://i-soc.com.ua/assets/files/monitoring/mon2020.pdf>

6.2. Primärquellen und Medienberichte

BBC NEWS Ukrajina (2016): Jak Ukrajina prohrala referendum u Niderlandach.
https://www.bbc.com/ukrainian/politics/2016/04/160407_netherlands_referendum_results_hk
Bondarenko, Konstantyn (2007): Leonid Kutschma: portret na fone jewropy / – Charkiw: Folyo.
– S. 1- 635.

CORRUPTION PERCEPTIONS INDEX (2022) <https://cpi.ti-ukraine.org/en/>

Jewrobuleten (2004) Informazijne wydannja predstavnyzwa Jewropejskoji Komißiji w Ukraini.
https://parlament.org.ua/wp-content/uploads/2016/10/200404_uk.pdf

Jewropejska prawda (2019): Selenskyj: my chotschemo w JEwroßojus, ale dejaki krajiny ne chotschut nas tam batschyty.
<https://www.eurointegration.com.ua/news/2019/10/10/7101763/>

Jewropejska prawda (2022): Selenskyj pidpyßaw "jewrointehrazijnij" sakon pro KSU, schtscho superetschyt rekomendazijam Wenezijky.
<https://www.eurointegration.com.ua/news/2022/12/20/7152805/>

Nowyny 24 (2017): Stalo widomo, skilky ukrajinziv ne majut sakordonnoho pasporta.
https://24tv.ua/stalo_vidomo_skilki_ukrayintsiv_ne_mayut_zakordonnogo_pasporta_n832726

Petscherskyj, Anton (2022): Wse potschynaloßja s Tusly: koly roßijski SMI potschaly «wojuwaty» proty Ukrainy.
<https://armyinform.com.ua/2022/05/26/vse-pochynalosya-z-tuzly-koly-rosijski-zmi-pochaly-voyuvaty-proty-ukrayiny/>

Reland, Joel (2022): The Ukraine-EU relationship.
<https://ukandeu.ac.uk/explainers/the-ukraine-eu-relationship/>

Resnik, Oleksandr (2022): Jewrointehrazijni prahnennja ukrajinziv: wid ambiwalentnosti do uwyrasnennja.
<https://dif.org.ua/article/evrointegratsiyni-pragnennya-ukraintsiv-vid-ambivalentnosti-do-uviraznennya>

Sanuda, Anastaßija; Dorosch, Switlana (2015) Roskryttja archiwiv: jak pislja Holodomoru na Donbas pereßeljaly roßijan. V BBC NEWS Ukrajina.

https://www.bbc.com/ukrainian/society/2015/06/150522_holodomor_donbass_russia_az

Zentr Rasumkowa (2020): Rik dijalnosti Presydenta Wolodymyra Selenskoho: sdobutky i prorachunky. Wydawnnytvo “Sapowit”.

https://razumkov.org.ua/uploads/article/2020_Rik_diyalnosti_Prezydenta.pdf

Zentr Rasumkowa (2022): Ukrajina na schljachu do jes: realiji i perspektywy.

https://razumkov.org.ua/images/journal/NSD187-188_2022_ukr_full.pdf

7. Abstract

7.1. Abstract – Deutsch

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine (24. Februar 2022) und die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine (23. Juni 2022) haben in der breiten Öffentlichkeit ein reges Interesse an den kontroversen Prozessen der Gestaltung des außenpolitischen Kurses der Ukraine, dem Platz der Ukraine im Kreis der europäischen Staaten, den Positionen der EU-Mitgliedstaaten zu den europäischen Integrationsbestrebungen der Ukraine und den Aussichten der Ukrainer auf eine Aufnahme in die vereinte Familie der europäischen Nationen geweckt.

Die europäische Integration, die als strategische Richtung der ukrainischen Entwicklung erklärt wurde, ist nicht nur ein außenwirtschaftlicher Vektor, sondern auch ein Wertmaßstab für die gesamte ukrainische Gesellschaft. Heute wird die Integration der Ukraine in die EU von allen Regierungsstrukturen und der großen Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung unterstützt. Diese strategische Ausrichtung der ukrainischen Entwicklung stößt jedoch auf viele Schwierigkeiten, unter anderem auf die ukrainische Euroskepsis.

In dieser Masterarbeit werden die Beziehungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union systematisch analysiert, wobei der Faktor des Euroskeptizismus auf sozialer und politischer Ebene und seine Auswirkungen auf die Außenpolitik der Ukraine im Zeitraum 1991-2022 berücksichtigt werden. Besonderes Augenmerk wird auf die Ursachen, das Wesen und die Folgen des Euroskeptizismus als neues Phänomen im sozio-politischen Leben der Ukraine gelegt.

Die Ergebnisse der Quellenanalyse ermöglichten es, sich ein recht klares Bild vom Stand des gesellschaftlichen und politischen Euroskeptizismus in der Ukraine sowie von der Haltung der EU-Mitgliedstaaten gegenüber den europäischen Integrationsbestrebungen der Ukraine zu machen. Auf dieser Grundlage wurden Schlussfolgerungen über die Aussichten und Chancen eines EU-Beitritts der Ukraine gezogen, wobei den Erfahrungen mit dem ukrainischen Euroskeptizismus in der Geschichte der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

7.2. Abstract - Englisch

Russia's invasion of Ukraine (24 February 2022) and the granting of EU candidate status to Ukraine (23 June 2022) have aroused keen interest among the general public in the controversial processes of shaping Ukraine's foreign policy course, Ukraine's place in the circle of European states, the positions of EU member states on Ukraine's European integration aspirations, and the prospects for Ukrainians to join the united family of European nations.

European integration, declared as the strategic direction of Ukrainian development, is not only a foreign economic vector, but also a value yardstick for the entire Ukrainian society. Today, Ukraine's integration into the EU is supported by all government structures and the vast majority of the Ukrainian population. However, this strategic orientation of Ukrainian development encounters many difficulties, including Ukrainian Euroscepticism.

Using the method of documentary research, this master's thesis systematically analyses the relations between Ukraine and the European Union, taking into account the factor of Euroscepticism at the social and political levels and its impact on Ukraine's foreign policy in 1991-2022. Particular attention is paid to the causes, nature and consequences of Euroscepticism as a new phenomenon in the socio-political life of Ukraine.

The results of the analysis of the sources allowed us to form a fairly clear picture of the state of social and political Euroscepticism in Ukraine, as well as the attitude of the EU member states towards Ukraine's European integration aspirations, on the basis of which conclusions were drawn about the prospects and chances of Ukraine's accession to the EU, paying special attention to the experience of Ukrainian Euroscepticism throughout the history of EU-Ukraine relations.